

Script Rundschreiben Länder- und Marktinformationen

LMI_Nr. 6.docx

Länder- und Marktinformationen

Afrika

AFRIKA / AUSSENHANDEL: Deutsche Exporte ziehen deutlich an
AFRIKA / INVESTITIONEN: Global Gateway: 44 Infrastrukturprojekte
GHANA / ABFALLENTSORGUNG: Staat ist größter Auftraggeber
TUNESIEN / FAHRZEUGE: Europas Marken verlieren Marktanteile

Amerika

ARGENTINIEN / BAUINDUSTRIE: Zukunft ungewiss
ARGENTINIEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: Vorwärts, es geht zurück
BRASILIEN / KONSUMGÜTER: Hersteller setzen auf Innovation...
MEXIKO / AUSSENHANDEL: Zollausweitung auf 392 Importprodukte
MEXIKO / FAHRZEUGE: Verbessertes Investitionsklima

Asien/Ozeanien

ASEAN / KONJUNKTUR: Südostasien ist wieder in aller Munde
ASIEN-PAZIFIK / KONJUNKTUR: Unternehmen bitten früher zur Kasse
CHINA / LOGISTIK: JD Airlines eröffnet eine Route nach Vietnam
INDONESIEN / KONJUNKTUR: Land der Lösungen
INDONESIEN / MEDIZINTECHNIK: Das Local-Content-Dilemma
INDONESIEN / NAHRUNGSMITTEL: Wer zuerst kommt ...
JAPAN / AUSSENHANDEL: Warenaustausch legt leicht zu
JAPAN / TOURISMUS: E-Visa soll Einreise erleichtern und Besucher locken
LAOS / KONJUNKTUR: Tief im Schuldensumpf
PAKISTAN / TEXTIL UND LEDER: Umstellung läuft schleichend
VIETNAM / ENERGIEERZEUGUNG: Der grüne Wandel verzögert sich
VIETNAM / WIRTSCHAFT & POLITIK: E-Visa für alle ausländischen Einreisenden

Europa

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: Exporteur 2.0 - digital und nachhaltig
DEUTSCHLAND / FÖRDERUNG: Keine KfW-Kredite mehr für China ab 2026
DEUTSCHLAND / INFORMATIONSTECHNOLOGIE: KI bereits im Mittelstand angekommen
DEUTSCHLAND / KONJUNKTUR: Bürokratie und Energiekosten schwächen Standort Deutschland
DEUTSCHLAND / LOGISTIK: Hamburg vereinbart strategische Partnerschaft mit MSC
DEUTSCHLAND / RECHT: Entwaldungsfreie Lieferketten
DEUTSCHLAND / RECHT: Rüstungs- oder Dual-Use-Güter?
EUROPA / FINANZIERUNG: „Sustainable Finance“ bringt viel Bürokratie
EUROPA / UMWELTSCHUTZ: Gewinner und Verlierer des Klimazolls
GROSSBRITANNIEN / KONJUNKTUR: Geldpolitik der BoE wirkt
PORTUGAL / PERSONAL: Unternehmen konkurrieren um Fachkräfte

Osteuropa und Zentralasien

BULGARIEN / INVESTITIONEN: Multitasking-Talent
KASACHSTAN / AUSSENHANDEL: Exportkreditagentur entsteht
KASACHSTAN / KONJUNKTUR: E-Commerce legt zu
KROATIEN / PERSONAL: Mindestlohn und Leistungsanreize
OSTEUROPA / ZENTRALASIEN / KONJUNKTUR: EBWE ist wieder etwas optimistischer
POLEN / HANDEL: Rein in die Geschäfte!
POLEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: Korruptionssumpf breitet sich aus
RUMÄNIEN / INVESTITIONEN: Charmeur auf der Südroute
SERBIEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: Massive Investitionen zur Expo 2027
SLOWAKEI / WIRTSCHAFT & POLITIK: Am Scheideweg
UKRAINE / AUSSENHANDEL: Verbesserte Deckungskonditionen

Naher Osten und mittlerer Osten

ISRAEL / MEDIZINTECHNIK: Einfuhr wird erleichtert

KATAR / ROHSTOFFE: Die Zukunft ist blau

TÜRKEI / KONJUNKTUR: Erdogan erklärt Abkehr von Niedrigzinsen

TÜRKEI / NAHRUNGSMITTEL: Hohes Wachstumspotenzial

SAUDI-ARABIEN / ROHSTOFFE: IEA: Kürzungen führen zu erheblichem Engpass

SAUDI-ARABIEN / ROHSTOFFE: Riad schürft tiefer

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE / WIRTSCHAFT & POLITIK: Vereinbarung mit Hongkonger

Wirtschaftskammer getroffen

Welt

WELT / AUSSENHANDEL: Handelsbeschränkungen nehmen weltweit zu

WELT / ELEKTRONIK: Ohne Signal keine automatisierten Lagerhallen

WELT / WINDENERGIE: 60% des Turbinen-Materials kommt aus China

WELT / VERSICHERUNGEN: Steigende Preise für Rückversicherungen erhöhen den Druck

WELT / WIRTSCHAFT & POLITIK: Drei neue Mitglieder für die AIIB

Anleitung:

AFRIKA / AUSSENHANDEL: DEUTSCHE EXPORTE ZIEHEN DEUTLICH AN

Die deutschen Ausfuhren nach Afrika erhöhten sich nach Angaben des Statistischen Bundesamts im ersten Halbjahr 2023 um 17,1% auf 14,6 Mrd Euro. In den ersten sechs Monaten des Vorjahres waren es noch 12,5 Mrd Euro. In den großen Absatzmärkten wie Ägypten und Südafrika nahm vor allem der Warenwert zu. Die Absatzmengen gingen dagegen teilweise zweistellig zurück. Besonders stark war der Mengenrückgang bei chemischen Erzeugnissen. Höhere Warenmengen verzeichneten in einigen Ländern dagegen landwirtschaftliche Produkte wie Getreide.

Der Außenhandel mit dem größten afrikanischen Handelspartner, der Republik Südafrika, verringerte sich im ersten Halbjahr 2023 um 2,2% auf 11,5 Mrd Euro. Die Ausfuhren stiegen um 4,9% auf 5 Mrd Euro, während die Einfuhren um 7% auf 6,5 Mrd Euro zurückgingen. Die bedeutendsten Exportprodukte Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile wuchsen mit 8,1% auf 1,5 Mrd Euro weiter. Auch die Ausfuhr von Maschinen legte mit 19,6% auf 800 Mio Euro zu.

Im südlichen Afrika war Angola mit einem Plus von 63,7% auf 159 Mio Euro nach Südafrika der wichtigste Absatzmarkt für Deutschland. Damit gehört das südwestafrikanische Land wieder zu den wichtigsten zehn Absatzmärkten deutscher Firmen auf dem afrikanischen Kontinent. Die Ausfuhren nach Mosambik verzeichneten mit 157,5% auf 71 Mio Euro ebenfalls einen starken Zuwachs.

Der Absatz in den größten nordafrikanischen Märkten entwickelte sich in den ersten zwei Quartalen des Jahres 2023 positiv. Die Ausfuhren nach Ägypten stiegen um 32,2% auf 2,5 Mrd Euro. Größere Zuwächse gab es etwa bei der Kfz-unabhängigen Warengruppe „sonstige Fahrzeuge“ - vor allem bei Flugzeugen - deren Ausfuhrwert von 5 Mio auf 336 Mio Euro zulegte. Aber auch der Absatz von Maschinen verzeichnete ein Plus von 20,1% auf 463 Mio Euro.

Die Exporte nach Marokko legten um 23,2% auf 1,7 Mrd Euro zu. Besondere Zuwächse verbuchten zum Beispiel landwirtschaftliche Erzeugnisse, deren Ausfuhrwert um 176,9% auf 290 Mio Euro stieg. Der Absatz von elektrischen Ausrüstungen (21,9% auf 227 Mio Euro) und Maschinen (11,7% auf 148 Mio Euro) entwickelte sich ebenfalls positiv. Bei der Einfuhr verzeichnete der Kraftfahrzeugsektor ein starkes Wachstum von 233,3% auf 297 Mio Euro.

Verglichen zum Vorjahreszeitraum wurden nach Algerien 44,4% mehr Waren ausgeführt (im Wert von 1,1 Mrd Euro). In Tunesien wiederum stiegen die Exporte um 6,7% auf 900 Mio Euro.

Rückgang in Westafrika

Ein Blick auf die Absatzmärkte Ost- und Westafrikas ergibt ein fragmentiertes Bild. Innerhalb der Regionen gewinnen einzelne Länder als Handelspartner an Gewicht, während sich der Warenaustausch mit anderen Abnehmerländern weniger stark entwickelte. In Westafrika beispielsweise gingen die Ausfuhren nach Nigeria verglichen zu den ersten 6 Monaten 2022 um 19,3% auf 416 Mio Euro zurück. Auch Ghana verzeichnete mit 12,6% einen Rückgang des Warenwerts auf 130 Mio Euro. Einen Wertanstieg von 27,1% auf 201 Mio Euro entstand dagegen im Handel mit der Elfenbeinküste. Waren im Wert von 92 Mio Euro gingen in den Senegal und damit 9,5% mehr als im Vorjahreszeitraum.

In Ostafrika bleibt Kenia mit 10,7% Wachstum auf 155 Mio Euro im ersten Halbjahr 2023 der größte Absatzmarkt für deutsche Unternehmen. Trotz eines Rückgangs von 12,9% landet Tansania mit einem gehandelten Warenwert von 88 Mio Euro auf dem 2. Platz der wichtigsten ostafrikanischen Handelspartner. Es folgt Äthiopien mit einem um 11,1% gesunkenen Handelsvolumen von 63 Mio Euro.

AFRIKA / INVESTITIONEN: GLOBAL GATEWAY: 44 INFRASTRUKTURPROJEKTE

Mit ihrer Konnektivitätsinitiative Global Gateway will die Europäische Union Schwellen- und Entwicklungsländer dabei unterstützen, ihre Infrastruktur nachhaltig auszubauen. Afrika spielt dabei eine zentrale Rolle. Von der Investitionssumme in Höhe von 300 Mrd Euro sieht Brüssel daher 150 Mrd Euro für den Kontinent vor, so der „Africa Business Guide“-Service der GTAI in einer Mitteilung.

Die EU hat 87 Projektvorhaben zu „Leuchtturmprojekten“ für das Jahr 2023 erkoren, 44 davon werden auf dem afrikanischen Kontinent umgesetzt. Die meisten Projekte sind in den Bereichen Energie, Transport und Digitales angesiedelt. Ein Beispiel ist das Medusa-Datenkabel im Mittelmeer, das ab 2024 Südeuropa und Nordafrika direkt miteinander verbinden soll.

Bei allen Projekten steht 2023 ein Meilenstein an, sei es die Unterzeichnung eines Kreditvertrages, einer Machbarkeitsstudie oder der Baubeginn.

Daneben bereitet die EU eine aus Unternehmensvertretern bestehende Business Advisory Group für Global Gateway vor und verbessert ihre Ansprechstrukturen. Bereits im April 2023 gab sie bekannt, wie viel Geld sie in den Ausbau von Transportkorridoren in Afrika steckt.

GHANA / ABFALLENTSORGUNG: STAAT IST GRÖßTER AUFTRAGGEBER

Die Vergabe öffentlicher Aufträge erfolgt durch die jeweiligen Ministerien oder nachgeordneten Behörden. An nationalen Ausschreibungen können nur ghanaische Unternehmen teilnehmen, das heißt die Mehrheit des Unternehmens muss in ghanaischer Hand sein.

Bei internationalen Ausschreibungen können auch ausländische Unternehmen teilnehmen. Meist werden Ausschreibungen durch die Behörde Public Procurement Agency im Internet unter PPA Ghana - Improving Efficiency and Transparency in Public Procurement veröffentlicht.



Die Regierung strebt höheres Investment des privaten Sektors an

Zudem werden Ausschreibungen in Tageszeitungen publiziert. Die Vergabe von staatlichen Aufträgen wird jedoch oft als intransparent bemängelt und es kann zu Schwierigkeiten bei der Abwicklung von Zahlungen kommen. Auch bereiten Compliance-Themen oftmals Sorgen. Die Regierung wünscht sich jedoch die stärkere Einbindung des Privatsektors, vor allem bei Investitionen. Dazu sollen vermehrt öffentlich-private-Partnerschaften (PPP) geschlossen werden, der notwendige rechtliche Rahmen wurde dazu 2018 geschaffen. Die Umsetzung beziehungsweise der Abschluss neuer PPP-Projekte verläuft jedoch schleppend.

Aufgrund des begrenzten Staatshaushaltes und der angespannten wirtschaftlichen Situation sind viele Projekte von der Finanzierung durch Entwicklungshilfeorganisationen abhängig. Hier können sich auch für deutsche Unternehmen interessante Beteiligungschancen ergeben.

Beteiligungsvorschriften bei Erdöl

Local-Content-Vorschriften existieren im Abfallsektor nicht. Bestimmte Beteiligungsvorschriften können aber zum Tragen kommen, wenn es um Aktivitäten in der Erdölindustrie geht. Zudem sind die allgemeinen Vorschriften bezüglich Unternehmen mit ausländischer Beteiligung zu beachten. Danach müssen sich Firmen registrieren lassen, eine bestimmte Investitionssumme aufbringen und eine Quotenregelung beachten, die die Anzahl ausländischer Mitarbeiter betrifft.

TUNESIEN / FAHRZEUGE: EUROPAS MARKEN VERLIEREN MARKTANTEILE

Tunesische Autofahrer greifen bei Neukäufen immer mehr zu Marken aus Asien. Von Januar bis Juli wurden in Tunesien 23.316 neue Pkw zugelassen. Dabei stand die südkoreanische Marke Hyundai für 18% der Verkäufe. Der Marktanteil asiatischer Hersteller auf dem gesamten Kfz-Markt beträgt bereits rund 60%.

Der Anteil europäischer Hersteller am Kfz-Markt hingegen ist innerhalb eines Jahres - von 2021 auf 2022 - um 5 Prozentpunkte auf 34,5% der Neuzulassungen gesunken. Dies scheint vor allem an Wettbewerbsvorteilen der asiatischen Hersteller zu liegen. Denn europäische Automobilproduzenten hatten mehr als ihre Konkurrenz in Asien mit steigenden Herstellungskosten und Zulieferproblemen zu kämpfen.

Die beliebteste deutsche Automarke, Volkswagen, stand von Januar bis Juli nur noch für 2% der gesamten Pkw-Verkäufe in Tunesien. In der gleichen Periode des Vorjahres waren es noch 7%.

Da es in Tunesien kaum eine eigene Kfz-Produktion gibt, werden Autos fast ausschließlich importiert. Seit 2012 dürfen keine Fahrzeuge mehr nach Tunesien eingeführt werden, die älter als fünf Jahre sind. Bei Neufahrzeugen gelten strenge Einfuhrquoten, die jährlich neu festgelegt werden. Im Juni hat das Handelsministerium die Quoten für das laufende Jahr gesenkt: von ursprünglich 55.000 Fahrzeugen auf 45.000. Als Grund wurde die schlechte Handelsbilanz angeführt.

Die tunesische Kammer der Automobilhändler hatte im April knapp 60.000 gefordert. Ibrahim Debache, Präsident der Kammer, beklagt im Gespräch mit GTAI: „Das bringt unsere Händler in Schwierigkeiten, denn die Verträge für das Jahr 2023 sind mit den Herstellern bereits geschlossen.“ Auch das Argument der schlechten Handelsbilanz stellt er in Frage, denn „Kfz-Importe machen lediglich 2% der tunesischen Gesamteinfuhren aus.“



Immer mehr Tunesier können sich schlicht kein Auto mehr leisten

Aber nicht nur die Quoten sind ein Problem. Immer mehr Menschen können sich schlicht kein Auto mehr leisten. Laut Debache sei die Abwertung des Dinar und die hohe Abgabenlast im Land der Grund. Steuern seien für fast die Hälfte des Preises für Automobile verantwortlich.

Parallelmarkt floriert

Die hohe Besteuerung hat dazu geführt, dass es eine Reihe von privilegierten Gruppen gibt, für die günstigere Sätze gelten. Dies sind zum Beispiel Taxifahrer oder andere Anbieter im Personentransport. Eine andere wichtige Gruppe sind Tunesier mit Wohnsitz im Ausland, die endgültig nach Tunesien zurückkehren wollen. Sie haben das Recht einmalig einen Pkw einzuführen. Ibrahim Debache

schätzt, dass der Parallelmarkt bereits einen Umfang von bis zu 30% des offiziellen Marktes erreicht hat. Dies stellt die 36 offiziellen Autohändler im Land vor große Probleme. Denn ihnen ist es untersagt, Gebrauchtwagen anzubieten.

Eine andere Möglichkeit, an ein günstigeres Auto zu kommen, ist der Erwerb eines sogenannten Volksautos. Dabei profitiert der Käufer von einigen Steuererleichterungen. Durch diese Vergünstigungen können Kleinwagen mit Basisausstattung für etwa 30.000 tunesische Dinar (rund 9.000 Euro) angeboten werden. Auf dem freien Markt zahlt man hierfür teilweise das Doppelte. Berechtig sind tunesische Staatsangehörige mit Einkommen, die bestimmte Schwellenwerte nicht überschreiten und die seit sieben Jahr kein Volksauto gekauft haben.

Allerdings gibt es derzeit nur acht Pkw-Modelle, die als Volksauto angeboten werden und auch der bürokratische Aufwand ist groß. 2022 durften zwölf zugelassene Händler zusätzlich zu den Gesamtquoten je 1.000 Volksautos verkaufen. Dennoch konnten nicht alle Konzessionäre die Quoten ausschöpfen. Das liegt vor allem an dem knappen Angebot, denn für Kfz-Hersteller ist diese Nische kaum interessant.

Die Verkäufe der Volksautos gingen im Jahr 2022 um über ein Fünftel zurück. Von Januar bis Mai 2023 wurden 2.800 für den Straßenverkehr zugelassen. Dieses Jahr dürfen laut Debache offiziell 8.000 neue Volksautos verkauft werden.

E-Autos spielen kaum eine Rolle

Auch in Tunesien wird die Klimaneutralität im Verkehrssektor wichtiger. So hat die Regierung im Januar 2022 Vergünstigungen für den Verkauf von Elektrofahrzeugen beschlossen. E-Autos sind von Einfuhrzöllen befreit, Fahrzeuge mit Hybridantrieb profitieren von einer um 50% ermäßigten Verbrauchsteuer. Die fehlende Ladeinfrastruktur und die hohen Preise behindern allerdings die Entwicklung des Segments.

Amerika

ARGENTINIEN / BAUINDUSTRIE: ZUKUNFT UNGEWISS

Die Bauwirtschaft in Argentinien befindet sich im Abschwung. Die jüngsten Zahlen des nationalen Statistikamts INDEC zeigen, dass die Bauaktivität im Juni 2023 um 1,5% gegenüber dem Vormonat Mai gesunken ist. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergibt sich ein Minus von 2,8%. Abgesehen von einer kurzen Erholung im Frühjahr hält der Abschwung im Baugewerbe seit 2022 an.

"Industrie und Bau erwarten, dass es weiter schlecht bleibt und der schlimmste Moment des Jahres noch bevorsteht", sagte Gustavo Vallejo, Leiter der Statistikabteilung des Instituts für Statistik und Registrierung der Bauindustrie (IERIC), im Juli gegenüber der argentinischen Tageszeitung "La Nación". Mit dieser Einschätzung steht der Ökonom nicht allein. Laut der jüngsten Umfrage von INDEC vom Juni hält nicht einmal jedes fünfte Branchenunternehmen eine Erholung der Bauaktivitäten kurzfristig für möglich.

Genehmigungen rückläufig

Die große Mehrheit glaubt dagegen, dass die Bauaktivitäten weiter abnehmen oder bestenfalls stagnieren werden. Tatsache ist, so der Ökonom Camilo Tiscornia von C&T Asesores Económicos gegenüber La Nación im August 2023, dass die Baugenehmigungen rückläufig sind. Deshalb ist in Zukunft mit weniger Aktivität zu rechnen. Das Portal Reporte Inmobiliario geht für 2023 davon aus, dass laufende Arbeiten zwar fortgesetzt werden, Neuaufträge aber erst einmal ausbleiben, bis das Ergebnis der im Herbst stattfindenden Präsidentschaftswahlen feststeht.

Schockfaktor Präsidentschaftswahlen

Dabei rechnete zum Zeitpunkt dieser Prognosen noch niemand mit dem guten Abschneiden des radikal-libertären Rechtspolitikers Javier Milei bei den Präsidentschaftsvorwahlen am 13. August 2023. Milei will unter anderem die Zentralbank abschaffen und den US-Dollar als Landeswährung einführen. Zwar sind Vorwahlen noch keine Endwahlen. Doch für das Establishment in Buenos Aires war Mileis Sieg ein Schock.

Die Unternehmen mit hauptsächlich staatlichen Aufträgen, die in den kommenden Monaten eine Erholung erwarteten, erhofften sich noch vor den Wahlen die Umsetzung neuer beziehungsweise die Wiederaufnahme gestoppter öffentlicher Bauvorhaben. Die optimistischen Unternehmen, die vorwiegend privat tätig sind, rechneten mit einem allgemeinen Aufschwung durch neue öffentliche Projekte.

Dieser dürfte jedoch ziemlich sicher ausbleiben. Denn die öffentlichen Kassen sind leer. Konnte die Zentralbank in der ersten Jahreshälfte die Nachfrage noch durch den Verkauf von Dollarreserven stützen, so bleibt ihr jetzt nur noch, "negative Nettoreserven" zu verwalten und Altschulden über neue Kredite zu decken. Der Internationale Währungsfonds rechnet für Argentinien 2023 allenfalls mit einem Wirtschaftswachstum von 0,2%.

Kosten-Nutzen-Rechnung im Ungleichgewicht

Den Baufirmen weht schon heute ein heftiger Wind entgegen. Die Inflation von aktuell rund 115% treibt die Kosten für Arbeitskräfte, und Material nach oben. Erschwert wird die Lage durch zahlreiche Importbeschränkungen, den schwierigen Zugang zu Devisen und Fremdkapital sowie verspätete Zahlungseingänge. Auch hält die Abwertung des argentinischen Peso gegenüber dem US-Dollar nicht Schritt mit der Kosteninflation in Pesos für Baumaterial. Das bedeutet einen deutlichen Kostenanstieg der Baukosten in US-Dollar, schreibt "Reporte Inmobiliario". Immerhin sinken die Quadratmeter-Verkaufspreise in US-Dollar, was etwa die Universität Centro de Estudios Macroeconómicos de Argentina (UCEMA) für Buenos Aires beobachtet.

Laut der Umfrage des Statistikamtes INDEC sehen die befragten Unternehmer in folgenden Bereichen die größte Wahrscheinlichkeit, dass Bauprojekte in den kommenden Monaten wie geplant fortgesetzt werden:

Firmen mit Kunden überwiegend aus dem öffentlichen Sektor: Straßenbau, Wohnungsbau, Wasser, Abwasser
Firmen mit Kunden überwiegend aus dem privaten Sektor: Industrieimmobilien

Auch Materialienhersteller betroffen

Weniger Bauaktivitäten bedeuten weniger Verbrauch von Baustoffen: Von 13 untersuchten Produkten entwickelten sich laut INDEC acht im Juni rückläufig. Unter denen, die noch eine steigende Nachfrage verbuchten, war unter anderem Asphalt, was sich wiederum mit der Unternehmenseinschätzung deckt, dass auch künftig im Straßenbau noch etwas gehe.

Der Construya-Index des Firmenverbands Grupo Construya vom Juli lag saisonbereinigt mit minus 1,9% ebenfalls niedriger als im Juli 2022. Der Index misst die Entwicklung der an den privaten Sektor verkauften Mengen zahlreicher Bauprodukte wie Portlandzement, Kalk, Klebstoffe, Imprägnierfarben, Sanitäranlagen oder Heizkesseln sowie Heizungssystemen.

Gemäß Grupo Construya rührt der Verkaufsrückgang aus der allgemeinen Unsicherheit vor den Wahlen. Dies sei nicht außergewöhnlich. Hinzu kommen jedoch die makroökonomische Instabilität sowie die aktuellen Finanz- und Devisenbeschränkungen und deren negative Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung.

Dabei war es gerade der Bausektor gewesen, der in den letzten Jahren von dieser Unsicherheit und der galoppierenden Inflation profitiert hatte: Die Menschen flüchteten in Sachwerte, und der Bau- und Immobiliensektor etablierte sich als Hort der Stabilität. Aber mittlerweile hat die Krise offensichtlich auch den Bausektor erreicht: Wirtschaft und Private legen ihr Geld, falls möglich, lieber im

Ausland an - oder haben schlicht keines mehr. Fremdfinanzierungen sind aufgrund der hohen Risikozuschläge immens teuer.

ARGENTINIEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: VORWÄRTS, ES GEHT ZURÜCK

Für die am 22. Oktober angesetzten Präsidentschaftswahlen gilt Javier Milei den Umfragen zufolge als klarer Favorit. Nach dem derzeitigen Stand würde er 35% der Stimmen an der Spitze liegen, berichtet „mercopress“. Um den zweiten Platz konkurrieren Sergio Massa und Patricia Bullrich mit Anteilen nahe 25% bei leichten Vorteilen für Massa.

Bei diesem Ergebnis wäre eine Stichwahl im November erforderlich, die Milei gegen beide gewinnen würde. Zwei weitere Kandidaten gelten als völlig chancenlos. Nimmt man die Zahlen beim Wort, läuft es auf Milei hinaus. Der hat den Demoskopen zufolge als einziger Kandidat bei Wählern ein positives Image. Das dürfte daran liegen, dass die Inflation als bei weitem wichtigstes Thema gilt.

Geldpolitik als Wahlversprechen

Milei wartet mit einem verführerischen Plan auf: Er will den Peso fest an den US-Dollar binden um damit die nationale Notenbank zu entmachten und die Finanzierung staatlicher Defizite „durch die Notenpresse“ zu stoppen. Milei verbindet mit dem früheren Präsidenten nicht nur der gepflegte Backenbart, er will auch das Experiment des früheren Präsidenten Carlos Menem mit einer festen Bindung an den Dollar (eins zu eins zum Peso) wiederholen.

Dieser Schritt führte zunächst zusammen mit weiteren Liberalisierungen und vor allem Privatisierungen zu einer Zählung der Inflation und ein paar Jahren des Wirtschaftswunders, die als goldene Jahre in Erinnerung sind. So schnell der Aufstieg kam, so schnell ging es auch wieder bergab. Es entsteht ein „moral hazard“-Problem: Jede feste Bindung (etwa Argentiniens) an den Dollar auch durch ein Currency Board (vollständige Deckung der Peso-Emission durch Dollarreserven) macht Peso-Anlagen auf dem Papier zu einem glatten Substitut von US-Anlagen - mit einem kleinen Haken: Die politisch beschlossene Bindung könnte jederzeit rückgängig gemacht werden.

Dieses Risiko muss durch eine Risikoprämie (Renditeaufschlag für Peso-Anlagen) ausgeglichen werden. Die Renditeaufschläge lösen Zuflüsse in die Peso-Anlagen aus. Damit entsteht ein Aufwertungsdruck, der sich aber nicht im (fixierten) Devisenkurs niederschlagen kann, sondern in neuerlich steigende Inflationsraten und eine reale Überbewertung des Peso mündet. Die Verschuldung im Ausland wird damit sehr günstig, während die internationale Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft verdampft und das Leistungsbilanzdefizit explodiert.

Die argentinische Industrie brach unter dem Druck der billigen Konkurrenz aus dem Ausland zusammen. Dazu kamen Massenentlassungen der privatisierten Staatsbetriebe. Vor den Jobbörsen bildeten sich lange Schlangen, genauso wie auch vor den Suppenküchen. Am Ende stand der Staatsbankrott von 2001.

Dass einige Korruptionsaffären Menems und seiner Umgebung hinzukamen, hatte keinen nennenswerten Einfluss auf das Ergebnis des währungspolitischen Experiments. Sie stützen aber bis heute die irreführende Trennung der Erzählung vom Wirtschaftswunder durch eine Dollar-Bindung vom nachfolgenden Zusammenbruch. Den „verkauft“ der Kandidat Milei politisch recht erfolgreich als Folge der Korruption. Das seit über 20 Jahren aktuelle Thema der Staatsschulden Argentiniens bleibt auf der Tagesordnung, bereits jetzt laufen Vorgespräche für neue Umschuldungsverhandlungen - wie praktisch immer seit 2001.

BRASILIEN / KONSUMGÜTER: HERSTELLER SETZEN AUF INNOVATION...

Mit einem Branchenumsatz von 26,9 Mrd US-Dollar verfügt Brasilien laut dem Marktforschungsinstitut Euromonitor über den viertgrößten Markt für Kosmetika weltweit. Nur die Verbrauchermärkte in den USA, China und Japan übertreffen den Konsum im Land.

2022 wuchs der Umsatz real um 7% und erholte sich somit nur teilweise vom zweistelligen Rückgang 2021, zeigen die Konjunkturdaten des Verbandes der brasilianischen Kosmetikindustrie Abihpec. Zudem stiegen die Produktionskosten 2022 um durchschnittlich 16,7%, fast dreimal so hoch wie das gesamtwirtschaftliche Preisniveau. Auch die höhere Besteuerung belastet die Margen der Unternehmen. Für 2023 erwartet der Branchenverband erneut ein schwieriges Jahr. Im Vorjahr hatten zwölf Bundesstaaten Erhöhungen der Umsatzsteuer ICMS ab 2023 beschlossen.

Präsenz braucht Parfüm

Das Segment Parfüm wuchs 2022 besonders stark, laut Euromonitor um 21%. Angetrieben durch die Rückkehr zu Präsenzveranstaltungen legte auch der Absatz von Kosmetika mit 16% überdurchschnittlich zu. Dagegen wiesen Hygiene- und Körperpflegeprodukte ein gemäßigtes Wachstum auf. Während einfache Körperpflege- und Kosmetikprodukte stagnierten, gewann das Luxussegment deutlich hinzu. Laut Angaben des Parfum-Verbands ABPS stieg der Umsatz hier um 30%.

Der Trend schlägt sich auch in den M&A-Transaktionen und Investitionen nieder. Die Marke Cadiveu der heimischen Gruppe Br Beauty sowie Sephora erweitern ihr Luxus-Portfolio. Letztere unterstützte das US-Biotechnologieunternehmen Amyris im Oktober 2022 bei der Markteinführung der Luxuskosmetikmarke Rose Inc. Ab Mitte 2023 wird Amyris einen Teil seiner Clean-Beauty-Linie in Vinhedo produzieren.

Die Hersteller von Luxusmarken setzen vermehrt auf Nachhaltigkeit. Hierzu zählt Cosnova. Nach der erfolgreichen Etablierung der preisgünstigen Marke Essence Cosmetics brachte der deutsche Hersteller im März vegane und tierversuchsfreie Kosmetika der Premiummarke Catrice auf den Markt.

Aufgrund der ethnischen Vielfalt der Bevölkerung und der einzigartigen Biodiversität ist Brasilien ein bedeutender Standort für die Forschung. Das Umfeld für F&E wird durch die Kooperation zwischen Abihpec und der Gesellschaft für Forschung und industrielle Innovation EMBRAPPI gestärkt. Zudem treiben aussichtsreiche Start-ups die Entwicklung voran.

Laut Euromonitor wuchs der Absatz von Naturkosmetik 2022 doppelt so intensiv wie der Markt insgesamt, wobei die Bezeichnung Naturkosmetik noch nicht geschützt und dem Greenwashing dienen kann. Boticário investiert derzeit über 35 Mio Dollar in die nachhaltige Produktion in São José dos Pinhais. Auch Natura und Unilever folgen dem Trend. Ende 2022 verkündete L'Oreal, bereits alle vier Anlagen in Brasilien klimaneutral zu betreiben.

Exportüberschuss steigt

Marken mit einem guten Internetauftritt profitierten in den vergangenen Jahren von der raschen Entwicklung des Onlinehandels. Die Umstellung von Logistik und Vertrieb konnten große Konzerne schneller meistern. Zudem sind die Marktführer sehr innovativ im Marketing. Zu den E-Commerce-Pionieren gehören die lokalen Konzerne Natura und Boticário sowie L'Oréal. Durch das Aufkommen von Onlinevertrieb und Versandlogistik bieten sich auch für deutsche Hersteller neue Möglichkeiten, die Verbraucher in Brasilien zu erreichen.

Auch für deutsche Zulieferer von Vorprodukten, Verpackungen und Maschinen bleibt das größte Land Südamerikas ein höchst interessanter Wachstumsmarkt.

Die Abwertung des brasilianischen Real verteuerte in den vergangenen Jahren den Import und verstärkte den Trend zu lokal gefertigten Produkten - insbesondere im Marktsegment Parfüm. Hier investieren brasilianische Fabrikanten in Innovation und bieten qualitativ hochwertige Alternativen an. Die heimischen Hersteller konnten die hohen Kostensteigerungen nur schwer weitergeben, büßten am Binnenmarkt Gewinnmargen ein und konzentrierten sich folglich stärker auf die Exportmärkte.

Seit 2020 erzielt Brasilien zunehmende Überschüsse in der Außenhandelsbilanz für Kosmetik- und Hygieneprodukte. Die Exporte der brasilianischen Hersteller an die 173 Abnehmerländer stiegen 2022 um fast 11% an. Die wichtigsten Exportmärkte der Kosmetikindustrie liegen in Lateinamerika. Doch die USA und auch EU-Länder gewinnen an Bedeutung.

MEXIKO / AUSSENHANDEL: ZOLLAUSWEITUNG AUF 392 IMPORTPRODUKTE

Mexiko hat zum 16. August seine Zölle auf insgesamt 392 Importprodukte um 5 bis 25% für Staaten erhöht, mit denen das Land kein Freihandelsabkommen hat. China, das mit 17,9% der mexikanischen Gesamtimporte zu diesen Staaten gehört, ist mit fast 90% seiner Exporte betroffen, insbesondere bei Stahl, Textilien, Schuhen, Transportmaschinen sowie Möbeln, berichtet „South China Morning Post“.

Mexiko ist seit Beginn des chinesisch-amerikanischen Handelskriegs im Jahr 2018 zu einem immer wichtigeren Exportziel für China geworden. Um die Lieferketten zu erweitern und die Handelsbeschränkungen der USA zu umgehen, haben einige chinesische Unternehmen entweder ihre Fabriken nach Mexiko verlegt oder nutzen das Land als Zwischenstation für den Export in den amerikanischen Markt. Laut Daten des Forschungsportals Latin America and the Caribbean Network on China haben Firmen aus China seit 2018 rund 8,29 Mrd US-Dollar in Projekte im Land investiert. Der Gesamthandel mit Mexiko wuchs von Januar bis Juli 2023 um 4,79%.

Mit den Zöllen versucht die mexikanische Regierung nun, den heimischen Markt zu stabilisieren und vor zu viel ausländischer Konkurrenz zu schützen. In den letzten Jahren hatte Mexiko immer wieder Antidumpinguntersuchungen gegen chinesische Importe, beispielsweise von Stahl und PVC-Produkten, eingeleitet.

Waren erreichen über Umwege die USA

Nach Einschätzung von Anja Blanke und Julia Haes, Autoren des Newsletters des China-Institut für die deutsche Wirtschaft, haben Mexiko und Vietnam seit der Einführung der US-amerikanischen Handelszölle auf chinesische Produkte das Reich der Mitte als Importland Nummer eins abgelöst. Allerdings haben viele chinesische Exporteure - unter anderem aufgrund von speziellen Forderungen amerikanischer Unternehmen, dass sie mindestens eine Produktionsstätte außerhalb der Volksrepublik haben müssen - ihre Produktion in diese Länder verlagert. Die Produkte erreichen also auf Umwegen weiterhin den Zielmarkt USA.

MEXIKO / FAHRZEUGE: VERBESSERTES INVESTITIONSKLIMA

Die Automobilproduktion zieht in Mexiko spürbar an. Im ersten Halbjahr 2023 liefen im Land rund 1,9 Mio Pkw vom Band, ein Plus von 13,9% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit ist Mexiko auf Kurs, im Gesamtjahr 2023 wieder das Produktionsniveau von vor der Pandemie von knapp 4 Mio Pkw jährlich zu erreichen.

Die Probleme in den Lieferketten für Autoteile und die schwierige Versorgungslage mit Halbleiterchips sind weitgehend überwunden und die Hersteller freuen sich über eine kräftige Nachfrage, vor allem aus dem Ausland. Zwischen Januar und Juni wurden 82,4% der hergestellten Pkw exportiert, der größte Teil davon in die USA. Wichtigste Automobilproduzenten im Land sind General Motors, Nissan, Stellantis, Ford, Volkswagen und Toyota. Jede dieser Firmen hat mindestens zwei Werke in Mexiko.

Geografisch konzentriert sich die Industrie auf die zentrale Bajío-Region um die Bundesstaaten Aguascalientes, Jalisco, Guanajuato, San Luis Potosí und Querétaro. Auch die an die USA angrenzenden Bundesstaaten wie Coahuila und Nuevo León sind attraktiv, ebenso Estado de México und Puebla. Eine Übersicht der insgesamt 37 Automobilwerke in Mexiko bietet der Verband der Automobilindustrie AMIA.

In den vergangenen Jahren haben sich die Hersteller an die starke US-Nachfrage nach SUV, Pick-ups und Geländewagen angepasst. Dementsprechend führen nicht Klein- oder Kompaktwagen die Produktionszahlen in Mexiko an, sondern das Pick-up-Modell Toyota Tacoma (268.000 hergestellte Einheiten 2022), der General Motors Equinox SUV (222.000) und der Audi Q5 (178.000). Audi produziert das weltweite Angebot des Modells Q5 in Mexiko (Bundesstaat Puebla), mit Ausnahme eines Werks in China, das den dortigen Markt bedient.

Herstellung von Teilen auf Rekordkurs

Auch die Produktion von Nutzfahrzeugen entwickelt sich sehr dynamisch. Im ersten Halbjahr 2023 wurden in Mexiko 113.526 Nutzfahrzeuge hergestellt. Das sind 24,3% mehr als zwischen Januar und Juni des Vorjahres. Laut dem Branchenverband ANPACT lag die Produktion damit sogar 8,7% über dem Wert von 2019.

Der Verband schreibt die gute Entwicklung unter anderem dem Handelsabkommen USMCA zu, das Anreize für die lokale Produktion setzt. Wichtigste Hersteller in Mexiko sind Freightliner (Werke in Coahuila und Estado de México), International (Nuevo León) und Kenworth (Baja California). Mexiko ist weltweit der viertgrößte Exporteur von Lkw, Sattelschleppern und Bussen.

Daneben festigte Mexiko 2022 seinen Platz als viertgrößter Hersteller weltweit von Kfz-Teilen mit einem Produktionsvolumen von 106,7 Mrd US-Dollar, so Angaben des Autoteileverbandes INA. Dabei wurde dank eines Anstiegs der Produktion um 12,7% ein neuer jährlicher Rekordwert erreicht.

Aufgrund der weiterhin starken Entwicklung erwartet INA für 2023 ein neues Allzeithoch mit einem Produktionswert von 115,8 Mrd Dollar. Zahlreiche deutsche Zulieferer sind in Mexiko vertreten, darunter Continental, ZF Friedrichshafen, Leoni, Bosch, Dräxlmaier, Schaeffler, Mahle, Brose und thyssenkrupp.

Autobauer rüsten auf Elektro um



Tesla und andere Autobauer investieren in neue Werke

Tesla will in den kommenden Jahren rund 5 Mrd Dollar für ein Werk in Mexiko ausgeben. Im März kündigte das US-Unternehmen den Bau einer Gigafabrik für Elektroautos im Bundesstaat Nuevo León an. Nach Fertigstellung könnte es laut Tesla die weltweit größte Produktionsstätte von Elektroautos werden. General Motors will bereits ab 2024 zwei Elektromodelle in Mexiko fertigen und rüstet dafür sein Werk im nordmexikanischen Ramos Arizpe (Bundesstaat Coahuila) für eine Mrd Dollar um.

Auch deutsche Unternehmen investieren kräftig in Elektromobilität. BMW kündigte Anfang 2023 an, in den kommenden Jahren rund 860 Mio Dollar in das Werk im zentralen Bundesstaat San Luis Potosí zu investieren. Ab 2027 sollen dort vollelektrische Pkw der "Neuen Klasse" vom Band rollen und Hochvoltbatterien gefertigt werden.

Daneben haben Volkswagen und Audi Pläne zur Fertigung von E-Autos ab 2026 in ihren jeweiligen Werken im Bundesstaat Puebla bekannt gegeben, ohne bislang konkrete Investitionszahlen zu nennen.

ZF Friedrichshafen investiert knapp 1 Mrd

Neben den Erstausrüstern (Original Equipment Manufacturer, OEM) steigen auch die Zulieferer auf Elektromobilität um. ZF Friedrichshafen etwa investiert über einen Zeitraum von vier Jahren rund 1 Mrd Dollar in Mexiko, berichtet Alberto de Icaza, Head of External Affairs Mexico im Interview mit GTAI. Dazu zählen ein neuer Komplex in Monterrey mit einem F&E-Zentrum für selbstfahrende Autos, ein neues Werk in Ciudad Juárez für Elektromobilität sowie der Ausbau verschiedener Werke.

Landesweit verfügt ZF Friedrichshafen über 21 Fabriken, in denen Autoteile für Pkw und Nutzfahrzeuge hergestellt werden. Mit 25.000 Angestellten ist das Unternehmen der größte deutsche Arbeitgeber in Mexiko.

Auffällig ist aktuell der Andrang von Tier-1- und Tier-2-Zulieferern, die neue Werke in Mexiko hochziehen. In Nordmexiko werden bereits die Industrieflächen knapp, bekräftigt de Icaza von ZF Friedrichshafen.

Nachdem die Pandemie die Anfälligkeiten der Lieferketten offenlegte, wollen viele Kfz-Hersteller ihre Zulieferer jetzt näher bei sich haben. Hinzu kommen verschärfte Ursprungsregeln im Zuge des US-MCA-Handelsabkommens. Dieses schreibt in der Automobilbranche einen Mindestanteil von 75% an lokaler Wertschöpfung vor, um Zollvorteile zu erhalten. Bei ZF Friedrichshafen strebe man 80% an und ermuntere eigene Zulieferer, ebenfalls in Mexiko zu produzieren.

Asien/Ozeanien

ASEAN / KONJUNKTUR: SÜDOSTASIEN IST WIEDER IN ALLER MUNDE

Beeindruckende Wachstumszahlen haben Südostasien einen beachtlichen Ruf in der Welt eingebracht. Noch wichtiger ist, dass ASEAN auch in der geopolitischen Debatte in den Mittelpunkt gerückt ist. Einige Beobachter sind der Ansicht, dass die südostasiatischen Länder nicht nur von multinationalen Unternehmen profitieren könnten, die sich gegen eskalierende geopolitische Spannungen absichern, sondern dass die Region auch zunehmend zum neuen Produktionszentrum der Wahl werden wird. Das Roland Berger Institut veröffentlichte einen Realitätscheck.

Eine Reihe von strukturellen Veränderungen begünstigt die Verlagerung auf ASEAN-Lieferketten. Da China in der Wertschöpfungskette aufsteigt, verschwinden die Kostenvorteile. Arbeitskraft ist nicht mehr so billig, wie in der Vergangenheit. Seit 2013 haben sich die Löhne in der chinesischen Industrie auf durchschnittlich 8,27 US-Dollar pro Stunde verdoppelt. Dieser Anstieg steht im harten Gegensatz zu den Stundenlöhnen im verarbeitenden Gewerbe in Vietnam, Thailand oder Malaysia, die nach wie vor unter 3 Dollar liegen. Singapur dagegen gewinnt an Boden bei den Finanzdienstleistungen und im High-Tech-Bereich. Gleichzeitig kann Südostasien auf eine beeindruckende Zahl von Menschen zwischen 25 und 54 Jahren mit Hochschulbildung zurückgreifen.



Die niedrigeren Lohnkosten werden durch die geringere Produktivität aufgehoben

Eine reine Betrachtung der Kostenunterschiede verzerrt jedoch das Bild, da das Produktivitätsgefälle nach wie vor erheblich ist. Tatsache ist, dass die meisten südostasiatischen Länder nicht mit Chinas Leistung pro Arbeitnehmer konkurrieren können. Historisch gesehen war Malaysia ein Vorreiter, aber selbst dort stagnierte das Produktivitätswachstum in den letzten Jahren weitgehend.

Unternehmen, die auf der Suche nach Alternativen in der Lieferkette sind, sollten daher zwei Dinge beachten: Erstens müssen sie analysieren, wie niedrigere Produktionskosten mit einer geringeren Produktivität gleichzusetzen sind. Zweitens müssen sie prüfen, ob es möglich ist, das Produktivitätsproblem im Laufe der Zeit durch Ausbildung am Arbeitsplatz und eine verbesserte Infrastruktur zu lösen. Letzteres ist von großer Bedeutung, da einige der südostasiatischen Kostenvorteile im nächsten Jahrzehnt wahrscheinlich schrumpfen werden.

Ähnlich wie ihre nordöstlichen Nachbarn entscheiden sich die ASEAN-Länder für eine FDI-getriebene Industrialisierung und lassen sich in drei Gruppen einteilen. Stufe 1 ist Singapur, das als technologischer Knotenpunkt fungiert. Stufe 2 belegen die ASEAN-4 - Malaysia, Thailand, Indonesien sowie die Philippinen - als Schwellenländer mit gemischter Wettbewerbsfähigkeit. Stufe 3 sind Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam, die für Unternehmen attraktiv sind, die vor allem auf Kostensenkung aus sind.

Die Lieferketten der ASEAN-Staaten sind auch eng mit denen der nordostasiatischen Nachbarn verflochten, mit Japan als Technologieführer gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern. Um die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften in Bezug auf Kosten und Technologie zu maximieren, führt der häufige grenzüberschreitende Transport einer Ware während ihres Produktionszyklus im Netz der multinationalen Unternehmen zu dynamischen regionalen Lieferketten.

ASIEN-PAZIFIK / KONJUNKTUR: UNTERNEHMEN BITTEN FRÜHER ZUR KASSE

In der Region Asien-Pazifik haben Unternehmen ihr Kreditmanagement unterschiedlich auf die wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen angepasst. Obwohl weniger Firmen von Zahlungsverzögerungen betroffen sind, veranlassen verteuerte Rohstoffe und steigende Zinssätze viele Unternehmen, ihre Fristen zu verkürzen und Kunden früher zur Kasse zu bitten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Kreditversicherers Coface.

Der Anteil von Betrieben, die ihren Kunden Zahlungsfristen, also einen Zahlungskredit, anbieten, ist 2022 im asiatisch-pazifischen Raum auf ein Zehn-Jahres-Tief von 73% gesunken - gegenüber 77% im Jahr 2021 und 83% im Jahr davor. Die Firmen, die Zahlungsfristen offerieren, agieren zurückhaltender und so sank die durchschnittliche Kreditlaufzeit von 71 Tagen im Jahr 2021 auf 66 Tage im Jahr 2022.

In Deutschland betrug die Zahlungsfrist bei der letzten Befragung im Schnitt 33 Tage. „Obwohl die meisten der untersuchten Märkte ihre Zahlungsziele im Jahr 2022 verkürzten, variiert die durchschnittliche Kreditlaufzeit zwischen den einzelnen Volkswirtschaften stark. Unternehmen in Süd- und Südostasien sind offenbar vorsichtiger“, so Coface-Volkswirt Bernard Aw. Mit 48 Tagen und einem Rückgang um fünf Tage im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet Singapur die kürzeste durchschnittliche Kreditlaufzeit. Am großzügigsten zeigen sich Unternehmen in China, wo Kunden im Schnitt 81 Tage Zeit haben, ihre Rechnungen zu begleichen. Bei den Branchen wird deutlich, dass 10 der 13 untersuchten Sektoren restriktiver agieren. IT-Firmen und das Baugewerbe kürzten ihre Zahlungsfristen am stärksten, um 11 und 8 Tage.



Weniger Unternehmen sind mit überfälligen Zahlungen konfrontiert

Zum Zeitpunkt der Befragung waren weniger Unternehmen mit überfälligen Zahlungen konfrontiert. Der Anteil von Firmen, die länger als vereinbart auf ihr Geld warten mussten, sank von 64% im Jahr 2021 auf 57% im Jahr 2022 und somit auf den niedrigsten Stand seit 10 Jahren. Allerdings nahm die Länge der Überziehungen im gesamten asiatisch-pazifischen Raum deutlich zu. Der durchschnittliche Zahlungsverzug stieg von 54 Tagen im Jahr 2021 auf 67 Tage, vergleichbar mit dem Stand von 2020 mit 68 Tagen. Den größten Anstieg verzeichneten der Einzelhandel (15 Tage im Vergleich zum Vorjahr), die Pharmaindustrie (11 Tage) und der Energiesektor (10 Tage).

Cashflow-Risiken entstehen dann, wenn diese ultralangen Zahlungsverzögerungen (ULZVs) 2% oder mehr des Jahresumsatzes ausmachen. Der Anteil der Befragten, bei denen ULZVs mehr als 2% ausmachen, ging von 34% im Jahr 2021 auf 26% im Jahr 2022 zurück. Zwar meldeten 36% der Befragten in China und 45% in Hongkong Langzeit-Zahlungsverzögerungen von über 2% ihres Umsatzes, dies entspricht jedoch einem Rückgang von 27 und 21 Prozentpunkten gegenüber der letzten Befragung.

Die Coface-Umfrage wurde zwischen November 2022 und April 2023 durchgeführt. Mehr als 2.300 Unternehmen aus 13 Branchen aus Australien, China, Hongkong, Indien, Japan, Malaysia, Singapur, Taiwan und Thailand nahmen daran teil.

CHINA / LOGISTIK: JD AIRLINES ERÖFFNET EINE ROUTE NACH VIETNAM

Der chinesische E-Commerce-Riese JD.com gab bekannt, dass er einen ersten internationalen Frachtflug zwischen dem chinesischen Festland und Vietnam durchgeführt hat, wie „South China Morning Post“ berichtet. Der Konzern baut seine Logistikaktivitäten in Übersee aus.



JD Airlines will eine globale Cargo-Infrastruktur aufbauen

JD Airlines, die Luftfrachteinheit der Logistiksparte von JD.com, hat ihren ersten Hin- und Rückflug zwischen Shenzhen und Ho-Chi-Minh-City absolviert, teilte das Unternehmen mit. Auf der Strecke, die dreimal wöchentlich bedient werden wird, werden grenzüberschreitende E-Commerce-Pakete und landwirtschaftliche Erzeugnisse zwischen Vietnam und China befördert, heißt es.

Im April schloss der Konkurrent Alibaba mit seiner Logistikeinheit Cainiao bereits eine Vereinbarung mit dem internationalen Flughafen Shenzhen Bao'an, um die Route zum brasilianischen Finanzzentrum Sao Paulo zu bedienen.

JD Airlines wurde 2019 von JD Logistics gegründet und nahm im Oktober 2022 den Flugbetrieb auf. Die Einheit ist derzeit auf fünf Inlandsrouten unterwegs und verbindet Städte wie Shenzhen, Beijing, Hangzhou sowie Wuxi und Nantong aus der östlichen Provinz Jiangsu.

JD Airlines prüft auch die Aufnahme weiterer internationaler Strecken in sein Netzwerk, mit besonderem Augenmerk auf Südasien, Südkorea, Japan sowie Südostasien, so die Mitteilung.

Vorstandsvorsitzender Xu Ran sagte Anfang September bei einem Besuch in Indonesien, dass das Unternehmen seine Logistikinfrastruktur über das chinesische Inlandsnetz hinaus zu einer globalen Infrastruktur ausbauen wolle, wobei Indonesien, das bevölkerungsreichste Land der Region, ein Zielmarkt für strategische Investitionen sei.

INDONESIEN / KONJUNKTUR: LAND DER LÖSUNGEN

Eine neue Hauptstadt, eine massive Energiewende und eine wachsende Volkswirtschaft: Für wenige Länder in Asien gibt es so viele gute Argumente wie für Indonesien.

Die jetzige Hauptstadt Jakarta gilt als Verkehrsmoloch, zudem sackt die am Meer gelegene Megacity stellenweise bis zu 25 cm pro Jahr ab. Bis 2045 soll deshalb eine neue Hauptstadt entstehen, Ibu Kota Nusantara, kurz: IKN. Auf Borneo wird die Hauptstadt wesentlich zentraler liegen als bisher. Der Bau soll zudem die wirtschaftliche Entwicklung der größten Insel Asiens ankurbeln. Nusantara soll eine nachhaltige Stadt mit globaler Vorreiterrolle werden.

Das Vorhaben passt gut zum Land, das sich auf Wachstumskurs befindet. Mit mehr als 275 Mio Einwohnern (Stand: 2022) ist die indonesische Bevölkerung die viertgrößte weltweit. Das BIP wächst konstant, Wachstumstreiber ist die Nachfrage der privaten Haushalte. Im vergangenen Jahr lag es bei umgerechnet gut 1.2 Bill Euro und wuchs im ersten Halbjahr 2023 nochmals um 5,1%.

Damit zählt der Inselstaat zu den attraktivsten Wachstumsregionen weltweit. Bereits heute ist Indonesien - gemessen am BIP - die fünftgrößte Volkswirtschaft Asiens. Insgesamt verschiebt sich Indonesiens Außenhandel zunehmend von Asien nach Europa.

Deutsche Unternehmen sind dabei Indonesiens Top-Handelspartner in Europa. Laut dem Statistischen Bundesamt haben diese im ersten Halbjahr 2023 Waren im Wert von 1,8 Mrd Euro nach Indonesien exportiert. Das entspricht einem Plus von gut 39% gegenüber der Vorjahresperiode. Kein anderer Handelspartner Indonesiens verzeichnete einen so starken Zuwachs.

Die Lieferung von deutschen Kfz nach Indonesien ist in diesem Zeitraum auf einen Rekordwert von rund 185 Mio Euro gestiegen. Drei Branchen stehen für deutsche Unternehmen im Fokus: die Automobilbranche inklusive E-Mobilität, erneuerbare Energien und Infrastruktur.

Investitionen in Zukunftsbranchen

Insbesondere für die grüne Transformation ist Indonesien der richtige Handelspartner. Das Land verfügt über die drittgrößten Nickelreserven weltweit und zieht damit vor allem das Interesse europäischer Autobauer auf sich. Die Branchenriesen müssen sich für die Verkehrswende die entsprechenden Rohstofflieferungen sichern - wie Nickel für die Batterieproduktion für E-Autos.

Auch bei Nickelimporten aus Indonesien können deutsche Unternehmen auf gut ausgebaute ECA-Strukturen setzen: Mit den Ungebundenen Finanzkrediten des Bundes (UFK) sichert die Bundesregierung die langfristige Versorgung der deutschen Industrie mit kritischen Rohstoffen ab. Dazu vergibt die finanzierende Bank einen nicht zweckgebundenen Kredit an den indonesischen Geschäftspartner.

Der Kreditnehmer kann die Mittel nach Bedarf verwenden. Der Vertrag ist jedoch an einen langfristigen Rohstoffliefervertrag mit einem deutschen Importeur gebunden. Über die UFK von Euler Hermes sichert sich die finanzierende Bank die politischen und wirtschaftlichen Ausfallrisiken ab. Energie- und Verkehrswende spielen auch für die Industrie im Land eine große Rolle. Denn Indonesien, das in der Vergangenheit für seine Kohlevorkommen bekannt war, will eine Kehrtwende vollziehen. Bis 2060 will das Land einen Netto-Null-Emissionsausstoß erreichen und seinen Energiemix so weit wie möglich auf erneuerbare Energien umstellen. Ende 2023 soll ein erstes Etappenziel erreicht sein und der Anteil grüner Energie an der Erzeugung bei 23% liegen.

Indonesien verfügt über reichlich Ressourcen wie Wind, Wasser und Biotreibstoffe, -masse sowie -gas, um grüne Energie zu produzieren. Bisher nutzt das Land lediglich 0,3% dieses Potenzials. Hier eröffnen sich enorme Geschäftschancen für Investoren, Projektierer und Produzenten von Erneuerbare-Energie-Technologien. Nach Angaben des indonesischen Energieministeriums werden Gesamtinvestitionen in Höhe von umgerechnet gut 26 Mrd Euro jährlich benötigt, um die Pläne zu verwirklichen.

Das Megaprojekt Nusantara birgt auch für Exporteure aus der DACH-Region viel Potenzial. Der Neubau wird in den kommenden Jahren Investitionen in Milliardenhöhe in fast allen Infrastruktur- und Baubereichen erfordern. Und: Die Regierung plant ihre neue Hauptstadt als grüne Smart City. Das erfordert spezifische Technologien und Know-how von Unternehmen mit hohem Spezialisierungsgrad, über den viele deutsche Unternehmen verfügen.

Finanziers rechnen für die kommenden 10 bis 15 Jahre mit einem enorm hohen Finanzierungsbedarf in Indonesien. Eine Chance für international agierende Banken wie die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), denn: Häufig gelingen die Finanzierungen der umfangreichen Projekte nur mithilfe ECA-gedeckter Exportfinanzierungen.

Der entscheidende Wettbewerbsvorteil für Unternehmen aus der DACH-Region: Sie bieten ihren Kunden zusätzlich zu einem hochqualitativen Produkt und einer langfristigen Handelsbeziehung auch den Zugang zu einer soliden Finanzierung. Die staatliche Risikoabsicherung senkt die Finanzierungskosten und die Europäischen Banken bieten deutlich längere Kreditlaufzeiten an als die lokalen Kreditinstitute.

Gut vernetzt vor Ort

Die LBBW hat 2019 eine Repräsentanz in Jakarta eröffnet und unterstützt deutsche Exporteure sowie deren asiatische Kunden auch von ihrer Niederlassung in Singapur aus. Ein Spezialistenteam vor Ort begleitet Exportfinanzierungen in asiatischen Märkten.

Die Landesbank pflegt zudem ein Netzwerk aus asiatischen Kreditinstituten und relevanten Importeuren samt Entscheidungsträgern vor Ort. So kann die Bank Partner aus der DACH-Region optimal bei der Geschäftsanbahnung unterstützen, vernetzen und mit Marktexpertise sowie den passenden Finanz- und Absicherungshebeln begleiten.

Mark Adamovits
Associate Director Global Trade & Export Finance Asia/Pacific,
LBBW Singapore Branch

INDONESIEN / MEDIZINTECHNIK: DAS LOCAL-CONTENT-DILEMMA

Importe Labortechnik gesamt		
Jahr	Gesamt	aus China
2017	1043	241
2018	1229	183
2019	1245	235
2020	1622	440
2021	1873	469

* SITC-Positionen: 598.69; 665.91; 741.34; 741.73; 743.11; 743.59; 778.24; 871.4; 873.1; 873.2; 874.1; 874.4; 874.41; 874.42; 874.51; 874.6; 874.71; 874.9/Quelle: UN Comtrade 2023

Indonesien importierte 2021 Labortechnik im Wert von fast 2 Mrd US-Dollar. Im regionalen Vergleich ist das wenig. Ein großer Teil des Betrags ging in 2020 und 2021 zudem auf Reagenzien zurück, die zur Diagnose von Corona benötigt werden. Langfristig stehen die Zeichen aber auf Wachstum, denn alle Abnehmerbranchen von Labortechnik sind im Aufschwung.

Das gilt insbesondere für den Gesundheitsmarkt: Im Jahr 2014 hat Indonesien eine allgemeine Krankenversicherung eingeführt, die einen Anspruch ärmerer Bevölkerungsschichten auf Gesundheitsleistungen definiert. Sie beinhaltet Standard-Blutuntersuchungen wie Hämoglobin-, Thrombose- oder Blutzuckertests sowie einfache Stuhl- und Urinuntersuchungen. Immer mehr Menschen können sich zudem eine private Behandlung leisten.

PCR-Tests bleiben gefragt

Infektionskrankheiten wie Malaria, Tuberkulose, Hepatitis oder HIV gehören zu den größten Gesundheitsproblemen in Indonesien. Marktteilnehmer erwarten Investitionen in entsprechende PCR-

Testgeräte und Reagenzien. PCR-Tests werden auch zum Aufspüren von Schweinefleisch in Fleischproben verwendet. Die Nachfrage danach dürfte durch das Halal-Gesetz steigen, das derzeit implementiert wird. Ein weiteres Wachstumsfeld sind Untersuchungen rund um Wohlstandskrankheiten. Die größte Herausforderung ist Diabetes. Bereits 5% der Bevölkerung, sollen unter der Krankheit leiden.

Von den fast 3.000 Krankenhäusern in Indonesien haben etliche eigene Labore oder nutzen Dienstleister von Laborkonzernen wie Prodia. Mit insgesamt rund 150 eigenen medizinischen Laboren in allen 34 Provinzen gilt es als das größte Laborunternehmen des Landes. In ganz Indonesien gibt es 1.300 medizinische Labore.

Labortechnik wird auch in anderen Branchen benötigt, wie etwa in der Öl- und Gasindustrie. Dort wird wieder mehr in die eigene Förderung investiert. Auch im Bergbau ist die Nachfrage groß: Im boomenden Kohleabbau muss der Feuchtigkeitsgehalt des Brennstoffs bestimmt werden. Im Nickelbergbau muss unter anderem der Anteil im Erz bestimmt werden.

Trotz des wachsenden Bedarfs an Labortechnik ist der indonesische Markt für ausländische Lieferanten zuletzt schwieriger geworden. Das große Thema ist Local-Content: Die Regierung ist fest entschlossen, Importe zu beschränken, um Hersteller zu einer Produktion vor Ort zu zwingen. Importprodukte, die auch in Indonesien hergestellt werden, wurden von der öffentlichen Beschaffung ausgeschlossen. In dem zu erheblichen Teilen staatlich gelenkten Gesundheitswesen bleiben Anbietern damit nur noch private Abnehmer. Wer einen Zugang zum gesamten Markt haben will, muss einen möglichst hohen Local-Content-Anteil vorweisen können.

Die Regeln dafür sind nicht immer transparent. Schon für einen ausländischen Geschäftsführer in Indonesien kann es Minuspunkte geben. Allerdings können viele Produkte - oder auch nur Teile davon - lokal nur in minderwertiger Qualität hergestellt werden. Marktteilnehmer berichten, dass einige staatliche Krankenhäuser und Labore die mangelhaften heimischen Geräte ablehnen.

Für große westliche Anbieter ist der Markt noch zu klein und die Rechtssicherheit gering. Verordnungen können sich jederzeit ändern, manchmal gelten neue Regeln auch rückwirkend. Ein großer deutscher Medizintechnikhersteller hat sein Engagement bereits zurückgefahren.

INDONESIEN / NAHRUNGSMITTEL: WER ZUERST KOMMT ...

Als weltweit größtes Land mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit verfügt Indonesien über ein enormes Potenzial in der Halal-Industrie. Vizepräsident Ma'ruf zufolge hat die Halal-Industrie des Archipels einen Wert von etwa 135 Mrd US-Dollar, wie „Jakarta Globe“ berichtet.

„Es wird prognostiziert, dass die Halal-Wertschöpfungskette im Jahr 2023 um 4,5 bis 5,3% wachsen wird. Dazu gehören Lebensmittel und -Getränke, bescheidene Mode und muslimfreundlicher Tourismus. Das riesige Potenzial des Halal-Marktes sollte Teil der indonesisch-chinesischen Geschäftspartnerschaft sein“, sagte Ma'ruf während seiner China-Reise zu Gong Zheng, dem Bürgermeister Shanghais. Ma'ruf wirbt um Investitionen chinesischer Unternehmen in den Halal-Markt seines Landes.

Größter Verbrauchermarkt der Welt?

Laut dem Indonesia Halal Markets Report 2021/2022 erreichten die Inlandsausgaben für Produkte und Dienstleistungen der Halal-Wirtschaft in dem südostasiatischen Land im Jahr 2020 184 Mrd Dollar und werden bis 2025 voraussichtlich 281,6 Mrd Dollar erreichen. Der Bericht bezeichnet Indonesien auch als den größten Halal-Verbrauchermarkt der Welt.

Der Lebensmittel- und Getränkektor ist gemessen an den Ausgaben der größte Teil der indonesischen Halal-Wirtschaft. Muslime in Indonesien gaben im Jahr 2020 135 Mrd Dollar für Halal-Lebensmittel und -Getränkeprodukte aus. Gefolgt von muslimischer Mode (15,6 Mrd), Halal-Pharmazeutika (5,13 Mrd) und Kosmetika (4,19 Mrd). In Indonesien leben im Jahr 2020 rund 229,6 Mio Muslime.

China war im Jahr 2022 der zweitgrößte ausländische Investor in Indonesien, gleich hinter dem unmittelbaren Nachbarn Singapur. Regierungsdaten zeigen, dass China im vergangenen Jahr rund 8,2

Mrd Dollar in Indonesien investiert hat. Die Investitionen Singapurs beliefen sich im genannten Zeitraum auf 13,3 Mrd.

JAPAN / AUSSENHANDEL: WARENAUSTAUSCH LEGT LEICHT ZU

Die Warenausfuhren nach Japan wuchsen im ersten Halbjahr 2023 nominal um 1,7%. Die Einfuhren legten um 6,2% zu. Je nach Branche ist die Entwicklung unterschiedlich.

Im ersten Halbjahr 2023 stiegen die deutschen Ausfuhren nach Japan auf 10,3 Mrd Euro. Damit fehlt nicht mehr viel, dass Japan wieder auf Rang 2 bei den Abnehmern deutscher Waren in Asien und Rang 3 bei den Käufern außerhalb Europas vorrückt. In einigen Jahren könnten aber auch Länder wie Mexiko oder Indien in diese Größenordnung vorstoßen. Das Wachstum der Exporte nach Japan erfolgte unterhalb der Inflationsrate. Daher fand real ein Rückgang der Ausfuhren statt.

Auto-Exporte wachsen kräftig



Deutsche Pkw waren im ersten Halbjahr beliebtes Importgut

Im ersten Halbjahr 2023 stiegen vor allem die Ausfuhren deutscher Autos nach Japan deutlich. Der Zuwachs lag bei mehr als einem Drittel gegenüber dem Wert im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Höhere deutsche Exporte gab es auch bei Elektronik, chemischen Erzeugnissen und Maschinen. Diese Zuwächse glichen Rückgänge etwa bei Metallen und Metallwaren sowie bei Pharmazeutika aus. Letztere waren zu Hochzeiten der Pandemie deutlich stärker gefragt.

Die deutschen Importe aus Japan stiegen im ersten Halbjahr 2023 um 6,2% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wie bei den deutschen Exporten wuchsen vor allem die Importwerte von Autos.

Die wichtigsten Importpositionen sind dagegen Maschinen, Elektronik, chemische Erzeugnisse und Elektrotechnik. Innerhalb der Elektronik entfielen Importe in Höhe von 634 Mio Euro auf Teile und Zubehör für Drucker, Kopierer oder Fax. Eine weitere größere Lieferposition aus Japan waren im ersten Halbjahr 2023 Videospielkonsolen im Wert von 301 Mio Euro.

JAPAN / TOURISMUS: E-VISA SOLL EINREISE ERLEICHTERN UND BESUCHER LOCKEN

Die japanische Regierung will ihr elektronisches Visasystem ausbauen, um die Antragsverfahren für ausländische Besucher zu vereinfachen, berichtet die Nachrichtenagentur „Kyodo“.

Das Außenministerium hat den Online-Service im März in 11 Ländern und Regionen gestartet, und im Juni wurde China in das System aufgenommen. Zu den Vorteilen gehört, dass berechnigte Antragsteller Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt beantragen können, ohne die japanische Botschaft oder das Konsulat aufsuchen zu müssen.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind rund 15,19 Mio ausländische Touristen nach Japan eingereist, wie aus Daten der Japan National Tourism Organization hervorgeht. Das entspricht etwa 69% der im gleichen Zeitraum des Jahres 2019 gemessenen Besucherzahl.

LAOS / KONJUNKTUR: TIEF IM SCHULDENSUMPF

Untragbare Auslandsverschuldungsquoten, Schwierigkeiten bei anstehenden Schuldendienstzahlungen, geringe Liquidität und global verschärfte monetäre Rahmenbedingungen haben Laos nahe an den Staatsbankrott gebracht. Aus diesem Grund hat Credendo das mittel- bis langfristige politische Risiko des Landes von 6/7 auf 7/7 herabgestuft.

Die öffentlichen Finanzen von Laos haben sich durch den Doppelschock der Pandemie und den Folgen des Ukraine-Kriegs drastisch verschlechtert. Die Staatsverschuldung schnellte von 69% des Bruttoinlandsprodukts vor Corona auf 128,5% im Jahr 2022 und im selben Zeitraum vom Fünffachen auf das knapp Zehnfache (966%) der Staatseinnahmen.

Infolgedessen steigen allein die Zinszahlungen künftig auf über 25% der Staatseinnahmen, während sie 2019 noch unter 10% lagen. Das Ausmaß dieses hohen Verschuldungsgrades ist größtenteils auf den Zusammenbruch des laotischen Kip (LAK) zurückzuführen, der zwischen September 2021 und Mai 2023 gegenüber dem US-Dollar 90% seines Wertes verlor. Tatsächlich sind 85% der laotischen Staatsschulden Auslandsschulden, wodurch der öffentliche Sektor einem hohen Wechselkursrisiko ausgesetzt ist. Zudem sind die Staatseinnahmen mit durchschnittlich 12,5% des BIP im Zeitraum 2020 bis 2022 nach wie vor viel zu niedrig.

Zweithöchste Inflationsrate in Asien

Die negativen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine lassen sich in Laos auch an anderen makroökonomischen Indikatoren ablesen. Das BIP-Wachstum stabilisierte sich 2022 bei 2,3%, während die Inflation aufgrund der Verteuerung der Importe, insbesondere von Erdöl, stark anstieg und im Mai 2023 38,8% betrug - nach Sri Lanka die zweithöchste Teuerungsrate in Asien.

Die einzig positive Entwicklung in den vergangenen Jahren war, dass das Leistungsbilanzdefizit aufgrund gestiegener Exporte deutlich verringert werden konnte - vor allem durch Mineralien und Strom aus Wasserkraft. Dennoch dürfte das Leistungsbilanzdefizit wieder ansteigen und sich bis 2025 dem Niveau von 2019 (9%) annähern.

Ein positiver Impuls könnte von der Wiedereröffnung Chinas ausgehen, die den Weg für eine Belebung der chinesischen Investitionen, der laotischen Exporte und des Tourismussektors im Land freimachen könnte. Der Tourismus stellte vor der Pandemie rund 13% der Leistungsbilanzeinnahmen. Seit der vollständigen Wiedereröffnung Laos' im Juni des vergangenen Jahres hat sich die Branche langsam erholt und könnte allmählich dazu beitragen, den Liquiditätsdruck und die Wirtschaftskrise etwas abzumildern.

Hohe Abhängigkeit von der Volksrepublik

Verteuerte Rohstoffimporte haben die Lebenshaltungskosten in Laos zuletzt in die Höhe getrieben und seit 2022 zu Engpässen in der Grundversorgung geführt. Dies hat Proteste ausgelöst, die in dem stabilen Einparteiensstaat ansonsten selten sind. In diesem Kontext sind die Devisenreserven des Landes noch weiter gesunken. Nach den letzten offiziellen Zahlen vom Dezember 2022 verfügte Laos nur über eine Importdeckung von weniger als sechs Wochen.

Wie in Sri Lanka und Pakistan hat der Devisenmangel die Zentralbank des Landes dazu veranlasst, der Verwendung von Devisen für lebenswichtige Güter Priorität einzuräumen. Der Liquiditätsdruck spielt sich vor dem Hintergrund einer schwierigen Gemengelage ab: zu teure Konditionen für die Refinanzierung von Unternehmensanleihen (auf dem thailändischen Markt) bei insgesamt verschärften globalen Finanzierungsbedingungen.

Hinzu kommt ein sehr hoher Schuldendienst, der in den nächsten Jahren mindestens die doppelte Höhe der Devisenreserven betragen dürfte. Da die laotische Regierung nicht bereit ist, die Hilfe multilateraler Organisationen zu beantragen, wird sie sich bei der Bedienung ihrer Schulden vollständig

auf den Hauptgläubiger China verlassen müssen, der die Hälfte der laotischen Auslandsschulden hält. Der südostasiatische Staat ist einer der am stärksten von chinesischen Krediten abhängigen Länder auf der Welt.

Unter den verschiedenen Optionen scheint eine Kombination aus einem verlängerten Schuldenmoratorium, neuen Krediten (einschließlich eines Währungsswaps) und einer Schuldenumwandlung in Eigenkapital möglich zu sein, bis eine unvermeidliche Umschuldung beschlossen wird, um die Schulden auf mittlere Sicht wieder tragfähig zu machen.

Die laotische Auslandsverschuldung ist mit rund 120% des BIP im Jahr 2021 besorgniserregend hoch und dürfte angesichts des teuren Finanzmarktzugangs und des historisch niedrigen Kip-Kurses bei anhaltendem Abwertungsdruck kritisch bleiben. Zudem könnten die staatlichen Auslandsschulden aufgrund versteckter chinesischer Schulden sowie Eventualverbindlichkeiten staatlicher Unternehmen zu niedrig angesetzt sein.

China dürfte daher auch zukünftig der Kreditgeber der letzten Instanz für Laos bleiben. Das Land ist ein strategischer Verbündeter, dessen Auslandsschulden die Volksrepublik nicht ausfallen lassen kann. Dies gilt insbesondere angesichts der jüngsten Schuldenprobleme zweier weiterer Nutznießer der "Belt and Road"-Initiative, Sri Lanka und Pakistan. Daher wird das Ausfallrisiko für kommerzielle und nicht-chinesische öffentliche Gläubiger höher eingeschätzt.

In der Zwischenzeit ist den laotischen Behörden zu empfehlen, Strukturreformen durchzuführen, um die laotische Wirtschaft auf eine solidere Grundlage zu stellen: von einer Anhebung des Steuerebene über eine Verbesserung der chronisch niedrigen Devisenreserven bis hin zur Bekämpfung der tiefgreifenden Korruption innerhalb der kommunistischen Einheitspartei und der Misswirtschaft in zahlreichen defizitären Staatsunternehmen.

Es herrscht jedoch große Skepsis, ob diese Schritte jemals unternommen werden, geschweige denn in naher Zukunft. Die Hoffnung der laotischen Regierung, dass Wasserkraft die Lösung für nachhaltig tragfähige Schulden und langfristige Stabilität sein könnte, ist angesichts des riesigen Schuldenbergs, der geringen Staatseinnahmen und der unzureichenden Leistungsbilanzeinnahmen ebenfalls fragwürdig. Darüber hinaus erweist sich die Stromerzeugung als volatil, insbesondere angesichts der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels in der Mekong-Region.

Karsten Koch, Credendo

PAKISTAN / TEXTIL UND LEDER: UMSTELLUNG LÄUFT SCHLEICHEND

Die Position Pakistans als fünftgrößter Baumwollproduzent der Welt steht auf wackeligen Beinen. Von Wasserknappheit und minderwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen bis hin zu unzureichender staatlicher Unterstützung und verheerenden Naturkatastrophen - die Herausforderungen sind vielfältig. Sie haben dazu geführt, dass die Islamische Republik seit 2014 zunehmend auf Importe angewiesen ist. Das Land benötigt jährlich circa 14 bis 15 Mio Ballen an Baumwolle (1 Ballen = 170 kg). Die Produktion für das Finanzjahr 2022/2023 wird auf etwa 5 Mio Ballen geschätzt.

Jahr 1	Anbaufläche (in Hektar)	Produktion (in Millionen Ballen) ²	Ertrag pro Hektar (in Kilogramm)
2016/2017	2.489	10,7	729
2017/2018	2.700	11,9	753
2018/2019	2.373	9,9	707
2019/2020	2.517	9,1	618

1 Fiskaljahr: 1. Juli bis 30. Juli; 2 ein Ballen = 170 Kilogramm./Quelle: Pakistan Bureau of Statistics 2023, Pakistan Board of Investment 2023

Die Faserindustrie hat weltweit einen bemerkenswerten Wandel vollzogen. Während Baumwolle im Jahr 1960 noch fast 70% des Verbrauchs ausmachte, ist ihr Anteil auf etwa 27% in 2021 gesunken - zugunsten von Kunststoffen, insbesondere Polyester. Der Weltmarkt für Polyestergarne soll der Nachrichtenagentur „Bloomberg“ zufolge von 106 Mrd US-Dollar im Jahr 2022 auf 174,7 Mrd Dollar in 2032 wachsen.

Die Umstellung auf synthetische Fasern kommt in der pakistanischen Textilindustrie jedoch nur langsam voran. Arsalan Hanif, Analyst bei der Investmentbank Arif Habib Limited, weist darauf hin, dass durchschnittlich mehr als 75% der Textilexporte des Landes aus Baumwolle bestehen. Dies zeigt eine deutliche Diskrepanz zwischen globalen Trends und der Praxis in der Islamischen Republik. Polyester und Viskose werden hauptsächlich aus China, Indonesien und Korea importiert, wobei die Einfuhren mit Antidumpingzöllen belegt sind.

Initiativen für Umweltschutz

In der Textil- und Faserindustrie werden Programme wie die „Better Cotton Initiative“ implementiert, um nachhaltige Praktiken zu fördern. Im Rahmen dieser Initiative erhalten Landwirte ein Siegel, das bestätigt, dass ihre Produkte umweltfreundliche Anbaumethoden, einen verantwortungsvollen Umgang mit Wasser und Pestiziden sowie soziale Kriterien berücksichtigen.

Zahlreiche Großunternehmen implementieren spezifische Färbetechniken, um sowohl den Wasserverbrauch als auch die Umweltverschmutzung zu minimieren. Allerdings begrenzen sich diese Bemühungen auf Konzerne, deren Marktanteil weniger als 5% an der gesamten Textilindustrie ausmacht.

Der Markt ist fragmentiert

Die Faserproduktion in Pakistan konzentriert sich hauptsächlich auf die Provinzen Punjab und Sindh. Es gibt keine verlässlichen Informationen über die Marktanteile der Unternehmen in der Baumwollproduktion und über die Hersteller von Kunstfasern in dem südasiatischen Land. 95% der Firmen sind im informellen Sektor tätig, der statistisch nicht erfasst wird. Im formellen Sektor gibt es in dem Land nur fünf große Hersteller von synthetischen Fasern mit einer Gesamtkapazität von über 636.000 t pro Jahr. Darunter befinden sich die drei größten Akteure: Ibrahim Fibres, ICI Polyester und Rupali Polyester. Zu den wichtigsten Baumwollproduzenten gehören unter anderem Nishat Mills, Gul Ahmed, Kohinoor Mills, Fatima Group und die Sapphire Group.

Pakistan strebt an, die Produktionsmenge von Baumwolle von den rund 6 Mio bis 7 Mio Ballen im Finanzjahr 2021/2022 auf 15 Mio Ballen im Zeitraum 2024/2025 zu erhöhen und plant bis 2030 mit einer Menge von 20 Mio Ballen. Noch stehen keine konkreten Pläne zur Umsetzung dieser Ziele fest. Branchenexperten äußern allerdings Skepsis.

VIETNAM / ENERGIEERZEUGUNG: DER GRÜNE WANDEL VERZÖGERT SICH

Vietnam hatte sich beim Weltklimagipfel in Glasgow im November 2021 das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Das Land ist damit weiter gegangen als etwa China oder Indonesien, die diese Marke erst für 2060 anvisieren. Aber die Umsetzung gestaltet sich schwierig.

Im Oktober 2022 setzte sich Vietnam neue nationale CO₂-Ziele. Demnach würde das Land erst nach einem Höchststand im Jahr 2035 mit der CO₂-Rückführung beginnen. Entwürfe des Energieplans PDP8 (Power development plan) sahen zudem einen kräftigen Ausbau der Kohlekraft vor. Studien verwiesen darauf, dass diese Pläne kaum mit dem Ziel Klimaneutralität zu vereinbaren sind. Dies alarmierte die großen Industrieländer, welche daraufhin Vietnam als drittem Land eine Just Energy Transition Partnerships (JETP) anboten. Die Partnerschaft wurde im Dezember 2022 abgeschlossen.

Im Rahmen der Partnerschaft wollen die Geberländer Vietnam in den kommenden drei bis fünf Jahren zusätzlich zu anderen bereits zugesagten Finanzmitteln 15,5 Mrd US-Dollar zur Verfügung stellen, um die Dekarbonisierung im Energiesektor zu beschleunigen. Dieser ist für zwei Drittel der

CO₂-Emissionen verantwortlich. Die Summe lässt sich sehen: Südafrika wurden 8,5 Mrd Dollar und dem weitaus bevölkerungsreicheren Indonesien 20 Mrd Dollar zugesprochen.

Die eine Hälfte der Finanzierung sind staatliche Hilfen, die andere private Mittel über Geschäftsbanken. Die JETP-Mittel sind als erste Tranche eines größeren Unterstützungspakets gedacht. Den gesamten Finanzbedarf für die Klimaneutralität im Energiesektor soll Vietnam bis November 2023 in einem "Resource Mobilization Plan" definieren.

Engagierte Ziele für das Land

Zentrales Ziel der JETP-Vereinbarung ist es, den Höchststand bei den Emissionen im Energiesektor von 2035 auf das Jahr 2030 vorzuziehen. Mit 170 Mio t CO₂-Äquivalent wird außerdem ein niedrigerer Scheitelpunkt angepeilt als vor JETP-Abschluss mit etwa 240 Mio t. Vietnam soll den Ausbau der Kohlekraft auf insgesamt 30,2 GW begrenzen. Vorherige PDP8-Entwürfe sahen noch bis zu 37 GW vor. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung soll bis 2030 auf 47% ansteigen, gegenüber der früheren Planung mit 36%.

Die Umsetzung der Vereinbarung lief zunächst sehr zäh. Dem Vernehmen nach gestaltete sich die interne Abstimmung unter verschiedenen Ministerien innerhalb der Regierung schwierig. So ließ Vietnam das in der Vereinbarung gesetzte Zieldatum für die Schaffung eines JETP-Sekretariats bis April 2023 verstreichen. Mitte Mai veröffentlichte die Regierung dann mit zweijähriger Verspätung den Energieplan PDP8.

Beim Ausbau klafft große Lücke

PDP8 zeichnet den Pfad der Energiewende mit Vorgaben für den Energiemix bis 2030 und 2050 vor. Die JETP-Ziele werden jedoch nur teilweise berücksichtigt. Die Begrenzung des Kohleausbaus ist enthalten, aber bei den CO₂-Emissionen besteht eine deutliche Lücke. Das JETP-Ziel sind 170 Mio t Emissionen bis 2030, PDP8 gibt Zielwerte von 204 Mio bis 245 Mio t CO₂ vor. Zwar erwähnt PDP8 das Ziel von 170 Mio t, allerdings mit der Bedingung, dass die JETP-Zusagen von den internationalen Partnern voll umgesetzt werden.

Eine große Lücke besteht entsprechend auch beim Ausbau erneuerbarer Energien. Diese könnten laut Plan bis 2030 zwischen 30,9 und 39,2% zur Stromerzeugung beitragen. Im Vergleich zum Jahr 2022, in dem die erneuerbaren Energien einen Anteil von 49,2% an der Stromproduktion hatten, wäre dies jedoch ein deutlicher Rückgang. JETP sieht bis 2030 mindestens 47% vor. Um den stark steigenden Strombedarf zu decken, setzt der PDP8 auf Gas- und Kohlekraft. Das Potenzial der Wasserkraft gilt als weitgehend ausgeschöpft.

Windkraft soll in Form von Offshore-Parks langsam an Bedeutung gewinnen, um dann zwischen 2030 und 2050 sowohl für das Inland als auch für den Export Strom und Wasserstoff zu erzeugen. Wind- und Solarkraft an Land sollen bis 2030 vor allem für die Eigenversorgung installiert werden. Bis 2021 führten attraktive Einspeisetarife für Wind- und Solarparks zu einem ungeordneten Ausbau. Die eher bescheidenen Ziele in diesem Bereich rühren daher, dass die Regierung ein solches Chaos in Zukunft vermeiden will. Auch wird das Ministerium für Industrie und Handel derzeit einer staatlichen Untersuchung unterzogen, weil im Rahmen des früheren Ausbaus informelle Zahlungen geflossen sein sollen.

Für die Umsetzung des PDP8 müssen größtenteils noch die Weichen gestellt werden. Dabei geht es darum, wie die Abnahme künftig durch die staatliche Vietnam Electricity Group geregelt wird - etwa über Auktionen oder direkte Verhandlungen sowie zwischen privaten Investoren und Abnehmern über neu zu schaffende direkte Abnahmeverträge. Mit der Veröffentlichung eines übergreifenden Energie-Masterplans im Juli 2023 hat die Umsetzung an Dynamik gewonnen.

JETP kommt in Bewegung

Gleiches gilt für JETP. Hier hat die Regierung mit zweieinhalb Monaten Verspätung Mitte Juli 2023 ein Sekretariat unter der Leitung des Ministeriums für Umwelt und Rohstoffe geschaffen. Die Institution hat bereits begonnen, den "Resource Mobilization Plan" zu erstellen. Darin dürfte stehen, was an Dekarbonisierungsmaßnahmen im Energiesektor zusätzlich möglich sein wird und welche Hürden entfernt werden müssen, um private Investitionen anzukurbeln.

Der JETP-Zeitplan bis 2030 ist sehr ambitioniert und die bisherigen Verzögerungen bei der Umsetzung sowie bei der Verabschiedung des PDP8 stimmen viele Beobachter skeptisch. Experten sehen auch bei den gewollt niedrig gehaltenen Ausbauzielen für Solar- und Windkraft an Land noch Luft nach oben. Hoffnung macht, dass die Regierung in den letzten Monaten wieder mit Geberinstitutionen über Entwicklungskredite verhandelt. Sie war in den vergangenen Jahren hierbei sehr zögerlich gewesen.

VIETNAM / WIRTSCHAFT & POLITIK: E-VISA FÜR ALLE AUSLÄNDISCHEN EINREISENDEN

Ab dem 15. August wird Vietnam elektronische Visa für Bürger aller Länder und Gebiete der Welt ausstellen, berichtet der Deutsch-Asiatische Wirtschaftskreis unter Berufung auf Dr. Oliver Massmann von Duane Morris. Gemäß dem Regierungsbeschluss 127/NQ-CP vom 14. August können Ausländer auf 13 vietnamesischen Flughäfen mit E-Visa ein- und ausreisen: Noi Bai, Tan Son Nhat, Cam Ranh, Da Nang, Cat Bi, Can Tho, Phu Quoc, Phu Bai, Van Don, Tho Xuan, Dong Hoi, Phu Cat und Lien Khuong. In der Zwischenzeit wird es 16 Grenzübergänge an der Land- und 13 an der See-grenze geben, an denen E-Visa von Ausländern akzeptiert werden.

Zudem wird die Gültigkeitsdauer von E-Visa für Ausländer bei mehrfacher Einreise von derzeit 30 Tagen auf 90 Tage verlängert. Derzeit werden E-Visa für Bürger aus 80 Ländern von der vietnamesischen Einwanderungsbehörde des Ministeriums für öffentliche Sicherheit ausgestellt und gelten für eine einmalige Einreise.

Europa

DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL: EXPORTEUR 2.0 - DIGITAL UND NACHHALTIG

Der „Tag der Exportweltmeister“ am 26. September im Deutsche Bank Park wirft längst seine Schatten voraus. Über der Weltwirtschaft liegt indessen eine teils beängstigende dunkle Kontur. Doch in Frankfurt kommen export- und importierende Vertreter gerade auch deshalb zusammen, um sich mit nützlichen Ansätzen auf die neuen Marktstrukturen einzustellen.



Der Tag der Exportweltmeister wird wieder im Deutsche Bank Park ausgetragen

Zahlreiche Expertinnen und Experten lassen eine noch lange nachhaltige Veranstaltung erwarten. Im Laufe des Tages geht es im VIP-Bereich der Frankfurter Eintracht bei verschiedenen Vorträgen und Panels unter anderem um die Digitalisierung des Exportgeschäfts. Dass digitale Werkzeuge auch helfen können, um ein Unternehmen nachhaltig aufzustellen, zeigen Steve Oliver Schindler-Le Huray, Robert-Bosch-Vorstandsmitglied für das neue Datenökosystem Catena X, und Stefanie Fay, Leiterin Marketing und Vertrieb der Rohstoffdatenplattform Matflixx, in einem Forum am Nachmittag.

Das Thema Nachhaltigkeit ist ebenfalls ein großes beim diesjährigen „Tag der Exportweltmeister“ in Frankfurt. Darum dreht sich unter anderem ein Panel mit Dr. Hartmut Henninger, Partner bei GvW Graf von Westphalen, Prof. Dr. Matthias Paul, Professor an der DHBW Dualen Hochschule Baden-Württemberg, und Dr. Meriem Tazir, Geschäftsführerin des Darmstädter Beratungsbüros e-hoch-3 um die Mittagszeit. ESG, LkSG, CSR - Abkürzungen, die die meisten Unternehmer vor allem mit finanzieller Belastung und Einschränkung ihrer unternehmerischen Freiheit in Verbindung bringen. Mit einem Perspektivwechsel zeigen die genannten Referentinnen und Referenten, dass aus Nachhaltigkeitspflichten auch Chancen entstehen können.

Gleich am Morgen stehen nach der Begrüßung um 9 Uhr die beiden Keynotes von KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib sowie Hauke Burkhardt, Head of Trade Finance & Lending DACH und Global Co-Head of Lending bei der Deutschen Bank AG, im Blickpunkt. Sie nehmen allen voran die aktuelle Lage in der Weltwirtschaft und das Geschäftsmodell Deutschland ins Visier. Es folgt das erste Panel, zu dem sich noch Dr. Robert Hermann, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Germany Trade & Invest (GTAI), hinzugesellt. Dabei soll es unter anderem um einen geringeren China-Anteil im Auslandsgeschäft, aber auch ein nachhaltiges und digitales Exportgeschäft gehen.

Welche alternativen Bezugs- und Absatzmärkte es auf dem asiatischen Kontinent gibt, ist Schwerpunkt eines weiteren Forums am späten Vormittag. Zunächst hält Syed Naushad Zaman, der von Dhaka aus die Deutsche-Bank-Repräsentanz in Bangladesch verantwortet, einen Impulsvortrag. Danach diskutiert er mit Andreas Krieg, Head of Finance and Controlling des Maschinenbauers Dieffenbacher, Thomas Kaczorowski, APAC-Firmenkundenbetreuer der Deutschen Bank, sowie Frank Aldenhoff, der dort als Bankenbetreuer Außenhandelsfinanzierung tätig ist. Vitalii Ostapchuk, Senior Project and Business Development Manager bei der Schneider Group, referiert über den Wiederaufbau in der Ukraine und welche Chancen sich dort hiesigen Firmen bieten. Nach Lateinamerika blickt einmal mehr Santander-Experte Uwe Erbs. Er wird sich wieder allen voran Argentinien und Brasilien annehmen.

Ein neues Format auf dem „Tag der Exportweltmeister“ ist das sogenannte Wissensforum. Es bietet die Gelegenheit, marktnahe Lösungsansätze, Best Practices und erfolgreiche Anwendungsbeispiele direkt von Experten zu erfahren, die damit tagtäglich zu tun haben. Darunter sind Jonas Bazan, selbstständiger KMU-Berater für Zoll und Export, Prof. Dr. Tilko Dietert von der FOM Hochschule für Oekonomie & Management, Matthias Klaholt, Consultant Exportkreditgarantien des Bundes bei Euler Hermes, Dr. Achim Kampf, Leiter des Bereichs Zoll bei GTAI, sowie Herwig Maaßen, Seniormanager bei PricewaterhouseCoopers. Am frühen Nachmittag geht es in einem weiteren Forum um die Digitalisierung des Avalgeschäfts. Nach einem Praxisbeispiel mit dem Fintech Digital Vault Services werden aktuelle Trends sowie zukünftige Entwicklungen des digitalen Avalmanagements diskutiert.

Trainer Toppmöller und die Torwand

Spätestens seit ChatGPT zumindest die Schlagzeilen erobert, scheint der Glaube an digitale Lösungen keine Grenzen mehr zu kennen. Im Abschlusspanel am späten Nachmittag diskutieren die Gäste Dr. Matthias Fritton, einstiger Redenschreiber von Bundeskanzler Helmut Kohl, Digital Native Dr. Sebastian Schäfer und Trainerfuchs Klaus Toppmöller über die effiziente Nutzung digitaler Tools und die ungebrochene Kraft persönlicher Beziehungen. Damit schließt sich auch der Kreis zum Veranstaltungsort im VIP-Bereich des Deutsche Bank Parks. Denn Toppmöllers Sohn Dino hat im Sommer das Traineramt beim heimischen Bundesligisten Eintracht Frankfurt angetreten. So darf beim abschließenden Get-together auch das Torwandschießen nicht fehlen.

Das Event im Deutsche Bank Park steht diesmal unter der Schirmherrschaft des hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein. Es wird wieder von Martin Brückner (Herausgeber „ExportManager“ et cetera) und Anne-Catherine Beck (unter anderem ARD-Finanzredaktion) moderiert und von einer Ausstellung der Partner begleitet. Erstmals werden auch direkt im VIP-Sitzbereich auf der Stadiontribüne parallel laufende Foren stattfinden. Den ganzen Tag über gibt es bei Speis und Trank viele Möglichkeiten zum Netzwerken. Die Veranstalter MWM Medien und Deutsche Bank rechnen in Frankfurt mit über 300 Führungskräften, Fachleuten und Exportentscheidern. Alle weiteren Informationen und das Anmeldeformular für das Event finden Sie unter www.tag-der-exportweltmeister.de. Die Teilnahme ist kostenfrei.

DEUTSCHLAND / FÖRDERUNG: KEINE KfW-KREDITE MEHR FÜR CHINA AB 2026

Ab 2026 werden keine Förderkredite der KfW-Bank mehr nach China vergeben. Das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) bestätigte dem „Deutschlandfunk“ zufolge einen entsprechenden Exklusivbericht des Medienhauses „Table.Media“. Das BMZ habe das chinesischen Finanzministerium Mitte September über die Entscheidung der Bundesregierung unterrichtet, die Vergabe von Förderkrediten an China perspektivisch einzustellen.

Es werden nur noch Förderkreditvorhaben bis einschließlich 2025 geprüft und unterzeichnet. Diese müssten aber ambitionierte Wirkungen im Klima- und Umweltbereich aufweisen, heißt es vom BMZ. Man erwarte von der Volksrepublik, dass es sich entsprechend seiner Möglichkeiten an der Bewältigung globaler Herausforderungen beteilige. Als mittlerweile weit entwickelte Volkswirtschaft könne China seinen Zugang zum internationalen Kapitalmarkt und zu günstigen Refinanzierungskonditionen nutzen.

DEUTSCHLAND / INFORMATIONSTECHNOLOGIE: KI BEREITS IM MITTELSTAND ANGEKOMMEN

In welchen Bereichen und bei welchen betriebswirtschaftlichen Aufgabengebieten plant die mittelständische Wirtschaft den Einsatz von Künstlicher Intelligenz? Dieser Frage ist die Steinbeis Augsburg Business School, in einer Studie nachgegangen.

Die Business School hat hierzu eine Umfrage unter mehr als 100 Top-Managern aus überwiegend mittelständischen Unternehmen in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt. Wesentliche Erkenntnisse aus der Befragung wurden im Rahmen der Starnberger-See-Gespräche, einem Unternehmer- und Managertreffen, bei dem die großen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Themen im Mittelpunkt standen, vorgestellt.

Produktion und Logistik am wichtigsten

In beinahe allen Bereichen, aber am stärksten in der Produktion und Logistik und am wenigsten in der innerbetrieblichen Kommunikation, kommt die neue Technologie zum Einsatz. So stufen 89% der befragten Manager den KI-Einsatz in der Fertigung in der einen oder anderen Form als gegeben ein, 53% halten Künstlich Intelligenz für eine künftige Kernkompetenz in der Produktion (Mehrfachnennungen waren erwünscht).



Gerade in Logistikzentren könnte die KI zukünftig einen großen Anteil ausmachen

In der Logistik räumen 57% der KI eine Schlüsselfunktion ein, weitere 32% sehen dort zumindest Anknüpfungspunkte. Ähnlich hoch schätzen die mittelständischen Führungskräfte die Nutzung im Supply-Chain-Management ein: 56% Kernfunktion, 33% Anknüpfungspunkte.

Mehr als die Hälfte der Mittelstandsmanager sind zudem fest davon überzeugt, dass KI in der Produktentwicklung (51%) und im Marketing (52%) eine führende Rolle spielen wird. 40% versprechen sich deutliche Vorteile durch die Nutzung im Vertrieb und weitere 38% erwägen zumindest den

Einsatz im Rahmen von Vertriebsstrategien. Vor allem die Kundenkommunikation wollen mehr als drei Viertel (77%) der Topmanager mittels KI optimieren.

Bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle haben 38% der Befragten fest vor, sich von KI-Systemen helfen zu lassen. Weitere 34% wollen hierzu zumindest teilweise auf Unterstützung durch Künstliche Intelligenz zurückgreifen.

Auffallend niedrig ist der Ruf nach KI in der Personalabteilung. 64% halten den Einsatz im Personalwesen zwar nicht für abwegig, aber nur 34% stufen ihn dort als wichtig ein. Etwas KI-freundlicher sieht es laut Umfrage bei der Lohn- und Gehaltsabrechnung aus: 77% sehen Ansatzpunkte, aber nur 40% halten sie dort für zwingend notwendig.

Künstliche Intelligenz kann maßgeblich zum Umweltschutz und zur Erreichung der Klimaziele beitragen, wird oftmals behauptet. Das spiegelt die Umfrage für die Wirtschaft ebenfalls wider. Drei Viertel der Firmenchefs im Mittelstand wollen KI nutzen, um die Nachhaltigkeit ihres Unternehmens zu verbessern. Für ein Viertel steht dieser Aspekt sogar ganz weit oben auf ihrer Agenda für den betrieblichen Einsatz von Künstlicher Intelligenz, hat die Business School herausgefunden.

„Das Gros der Mittelständler plant die KI-Nutzung über praktisch alle Betriebsebenen und Bereiche hinweg“, resümiert Andreas Renner, Akademischer Direktor der Steinbeis Augsburg Business School und Studienleiter der aktuellen Untersuchung.

Die Vorstellung aller Umfrageergebnisse erfolgte auf den „Starnberger See Gesprächen“ am 27. September. Dabei handelte es sich nach Angaben der Steinbeis Augsburg Business School um ein „Netzwerktreffen für Unternehmer, Vorstände, Geschäftsführer, Aufsichtsräte und Beiräte“.

DEUTSCHLAND / KONJUNKTUR: BÜROKRATIE UND ENERGIEKOSTEN SCHWÄCHEN STANDORT DEUTSCHLAND

Die Atradius-Umfrage, an der mehr als 400 Unternehmen teilnahmen, ergab, dass die durchschnittliche Zustimmung zu der Aussage „Deutschland ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort“ bei den Unternehmen in Deutschland sehr zurückhaltend ausfällt. Auf einer Skala von eins bis zehn für niedrige bis hohe Zustimmung liegt der Durchschnittswert der Befragten bei vorsichtigen sechs positiven Punkten. Einen großen Anteil unter den Befragten bildeten kleine und mittlere Unternehmen.

Die Unternehmen benennen in der Umfrage zwei zentrale Probleme des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die Liste der Schwächen führen Bürokratie und Energiekosten fast gleichwertig mit einer Zustimmung von 83% der Befragten an. 75% benennen die steuerliche Situation als großen Nachteil, gefolgt von knapp 67%, die die Fachkräftesituation am Arbeitsmarkt und 52%, die die Lohnkosten als zentrale Schwächen für die deutsche Wirtschaft sehen.

Parallel zu den Schwächen erkennen die Unternehmen jedoch auch die Stärken an. Platz eins der abgefragten möglichen Stärken des Standortes belegt hier der Zugang zu Märkten und Handelspartnern mit über 70% Zustimmung. 60% der befragten Unternehmen loben die politische Stabilität und knapp 59% das Gesundheitssystem. Auch die Infrastruktur wird bei mehr als der Hälfte (55%) der Unternehmen als Stärke benannt.

Befragt nach der aktuellen wirtschaftlichen Situation ihres eigenen Unternehmens, schätzt knapp die Hälfte der Befragten die Lage als sehr gut bis gut ein. 32% geben an, ihre wirtschaftliche Situation sei noch im mittleren Bereich. Die Investitionsbereitschaft ist bei 6% der Befragten sehr positiv, bei 33% positiv und bei 35% der Befragten noch moderat. Etwa jedes fünfte Unternehmen zeigt jedoch nur noch geringe bis sehr geringe Bereitschaft, Investitionen innerhalb des deutschen Marktes zu tätigen.

Die Umfrage zeigt, dass Unternehmen insbesondere auch ihre eigene Schnelligkeit und Modernität auf den Prüfstand stellen: Die Digitalisierung steht bei knapp der Hälfte als Investitionsprojekt auf dem Plan.

Trotz der aktuellen Herausforderungen und Schwächen des Standortes kommt für eine klare Mehrheit der Befragten (79%) keine Verlagerung ihrer Geschäfte ins Ausland infrage. 15% könnten sich dies unter Umständen vorstellen und nur 6% können sich schon jetzt vorstellen, ihren Standort zu verlagern.

DEUTSCHLAND / LOGISTIK: HAMBURG VEREINBART STRATEGISCHE PARTNERSCHAFT MIT MSC

Hamburg und MSC haben laut gemeinsamer Erklärung einen verbindlichen Vorvertrag unterzeichnet, mit dem sie eine strategische Partnerschaft hinsichtlich der HHLA AG begründen. Die Freie und Hansestadt Hamburg hält gegenwärtig rund 69% der Anteile an dem börsennotierten Logistikunternehmen, welches unter anderem Containerterminals im Hamburger Hafen betreibt.

Die HHLA soll künftig als Joint Venture geführt werden, wobei der Anteil der Stadt 50,1% und der von MSC bis zu 49,9% beträgt.

Im Zuge der Vereinbarung wird MSC seinen Warenumsatz an den HHLA-Terminals in Hamburg ab dem Jahr 2025 erheblich ausbauen. Von 2031 an wird ein Mindestvolumen von 1.000.000 TEU seitens MSC in Hamburg umgeschlagen werden.

Außerdem wird MSC seinen Deutschlandsitz mit mehreren hundert Beschäftigten nach Hamburg verlegen. Hamburg und MSC haben sich weiterhin darauf verständigt, einen langfristigen Investitionsplan aufzustellen, der gemeinsam mit der HHLA entwickelt wird.

Der Hamburger Hafen wird damit zu einem wichtigen Knotenpunkt im weltweiten Schifffahrts- und Intermodalnetz von MSC und baut seine Position als eine führende nord-westeuropäische Handelsdrehscheibe aus.

Die HHLA hat sich in den vergangenen Jahren zu einem europäischen Logistikunternehmen entwickelt. Ihre Aktivitäten umfassen neben den Terminals im Hamburger Hafen auch Containerterminals in Odessa, Tallinn und Triest sowie ein weitgespanntes Netzwerk von Hinterlandverbindungen und Schienentransportwegen der HHLA-Tochterfirma METRANS. Die HHLA verfügt daneben über eine dichte Infrastruktur an die eng verbundenen Intermodal-Hubs in Zentral- und Osteuropa.

DEUTSCHLAND / RECHT: ENTWALDUNGSFREIE LIEFERKETTEN

Die Umsetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) ist für viele Unternehmen in Deutschland aktuell ein großes Thema. Zusätzlich steht die Verabschiedung der sogenannte Corporate Sustainability Due Diligence Directive (auch "europäisches Lieferkettengesetz" genannt) bevor, durch die die Sorgfaltspflichten für Lieferketten europaweit verschärft werden sollen. Bei allen diesen Themen darf allerdings nicht übersehen werden, dass die EU für spezifisch umgrenzte Bereiche bereits gesonderte Regelungen für Lieferketten geschaffen hat.

Hierzu zählt die sogenannte Deforestation-Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, die bereits am 29. Juni 2023 in Kraft getreten ist und zur Stärkung von entwaldungsfreien Lieferketten beitragen soll. Zwischen 1990 und 2020 ist es weltweit zu einem Verlust von ca. 420 Mio Hektar Wald gekommen - dies ist etwa 10% der verbleibenden Wälder der Welt und eine Fläche, die größer ist als die Europäische Union. Ziel der EU ist es daher, die weltweite Entwaldung und Waldschädigung zu minimieren und damit einen Beitrag zu Verringerung der Treibhausgasemissionen und zum weltweiten Erhalt der biologischen Vielfalt zu leisten.

Die neuen Entwaldungsvorschriften werden nach einer Übergangsfrist ab 31. Dezember 2024 in Deutschland unmittelbar anwendbar sein.

Nach der neuen Verordnung dürfen bestimmte relevante Rohstoffe (Rinder, Kakao, Kaffee, Ölpalme, Kautschuk, Soja und Holz) und aus diesen Rohstoffen gewonnene Erzeugnisse (wie Rindfleisch, Schokolade, Palmöl, Luftreifen und Bekleidung aus Kautschuk, Sojabohnen, Bücher und Zeitungen, Holzmöbel, et cetera) nur noch dann in der EU in den Verkehr gebracht, auf dem EU-

Markt bereitgestellt oder aus der EU ausgeführt werden, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind: Die Rohstoffe/Erzeugnisse müssen entwaldungsfrei sein, gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften des Erzeugerlandes erzeugt worden sein und Gegenstand einer Sorgfaltserklärung sein.

Anders als nach bisheriger Rechtslage ist es nicht mehr ausreichend, dass eine Entwaldung in dem Erzeugerland selbst als legal gilt. Auch müssen im Erzeugerland nicht nur die umwelt-, forst- und landnutzungsrechtlichen Vorschriften, sondern beispielsweise auch Arbeitnehmerrechte, völkerrechtlich geschützte Menschenrechte sowie Steuer- und Korruptionsbekämpfungsvorschriften beachtet worden sein.

Welche unternehmerischen Sorgfaltspflichten sind zu beachten?

Zu den Sorgfaltspflichten der betroffenen Unternehmen im engeren Sinne gehört zunächst die Informationsbeschaffung. Hierzu zählt beispielsweise die Erfassung der genauen Geolokalisierung aller Grundstücke, auf denen die relevanten Rohstoffe erzeugt wurden.

Diese Informationen sind sodann einer Risikobewertung (zum Beispiel hinsichtlich der Präsenz indigener Völker im Erzeugerland) zu unterziehen. Hierbei soll ein offizielles Benchmarking-System helfen.

Wird ein (nicht nur vernachlässigbares) Risiko identifiziert, müssen Risikominderungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Die Unternehmen sind zudem gehalten, einen (zu veröffentlichenden) Rahmen von Verfahren und Maßnahmen zur Wahrung der Pflichten einzuführen, fortlaufend zu aktualisieren und jährlich zu überprüfen. Die Einhaltung ihrer Sorgfaltspflichten müssen die Unternehmen zudem in einer Sorgfaltserklärung bestätigen. Ohne derlei Erklärung ist ein Inverkehrbringen im Unionsmarkt oder die Ausfuhr aus demselben künftig untersagt.

Die neue Verordnung verpflichtet sowohl Händler wie auch sonstige Marktteilnehmer, die im Rahmen ihrer gewerblichen Tätigkeit die relevanten Erzeugnisse in Verkehr bringen oder ausführen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich um natürliche oder juristische Personen handelt. Ebenso wenig kommt es auf die Größe des Marktteilnehmers oder Händlers, auf dessen Arbeitnehmerzahl oder die erzielten Umsätze an. Für kleine und mittlere Unternehmen ergeben sich aber zumindest Erleichterungen in Form teilweiser Befreiung von den Sorgfaltspflichten (zum Beispiel verringerte Informationsbeschaffung).

Wer gegen die EU-Verordnung verstößt, muss mit Korrekturmaßnahmen (zum Beispiel Rückruf der relevanten Erzeugnisse) sowie behördlichen Sanktionen rechnen. In Betracht kommen beispielsweise Geldstrafen (die abhängig vom wirtschaftlichen Gewinn/Umsatz bemessen werden), das Verbot, die Erzeugnisse in den Verkehr zu bringen und auszuführen sowie der Ausschluss vom Zugang zu einer öffentlichen Finanzierung. Verstöße können unter namentlicher Benennung im Internet publiziert werden. Die damit einhergehende Prangerwirkung solcher Schritte ist hierbei nicht zu unterschätzen.

DEUTSCHLAND / RECHT: RÜSTUNGS- ODER DUAL-USE-GÜTER?

Reichen tatsächlich schon Design-Intent beziehungsweise "konstruiert für Rüstungszwecke" aus, um Güter als Rüstungsgut zu klassifizieren, wenn es dabei um Allerweltsgüter geht, die in jeder Baumaschine oder jedem Pkw enthalten sind?

Ausgangsfall: D in Deutschland will bestimmte Güter an den Rüstungshersteller F in Frankreich liefern, der diese Teile in Militärfahrzeuge einbauen will. F hatte D gesagt, die von ihm gelieferten Teile seien allein schon deswegen keine Rüstungsgüter, weil sie relativ harmlos seien - so könnten sie in der Regel unverändert in ein rein ziviles Fahrzeug eingebaut werden. Jetzt kommen D aber doch Zweifel - unter anderem deswegen, weil die Teile mit diesem Design-Intent und eigens für diesen Zweck gefertigt wurden und zum Teil militärische Normen genannt werden. Die betroffenen Teile sind: Gut 1 bis 4: Steuergerät, um die Batterie vom Fahrzeug zu trennen; EMV-Filtereinheit, um

Störungen im Fahrzeug zu filtern; Entstörfilter und Rundumkennleuchte Gut 5: eine LED-Warnleuchten-Anzeige

Braucht D für die Verbringungen nach Frankreich eine BAFA-Genehmigung?

Beurteilungskriterien: Grundsätzlich können die folgenden Kriterien für die Abgrenzung eines Rüstungs- von einem Dual-Use-Gut genutzt werden:

1. Design-Intent: Für welche Zwecke ist das Gut entwickelt worden?
2. Ersetzbarkeit/Austauschbarkeit: Geht es um Katalogprodukte oder um eigens für diese Zwecke konstruierte Güter? Ein Sonderfall wäre eine Konfiguration für diese Zwecke (eine anforderungsorientierte Zusammenstellung von bei D standardmäßig vorhandenen Ausstattungsmerkmalen) - die Konfiguration kann nicht als eine Konstruktion für diese Zwecke angesehen werden.
3. Technische Anpassungen: Hat das Gut technische Anpassungen, sodass eine Verwendung für Rüstungsgüter naheliegt?

Zuweilen wird hierzu auch darauf abgestellt, ob ein Gut überwiegend für Rüstungszwecke verwendet wird. Hierzu hat aber das BAFA klargestellt: Die überwiegende Verwendung eines Gutes für Rüstungszwecke hat nur Indizwirkung für das Kriterium "besonders konstruiert für militärische Zwecke": Entscheidend sind eher seine Beschaffenheit, technische Anpassungen, Design-Intent und die Frage, ob eine Spezialanfertigung oder eine Katalogware vorliegt.

Lösung Ausgangsfall

Hier dürften vor allem Beurteilungskriterien 1 und 2 für ein Rüstungsgut sprechen: Das Design-Intent war auf einen militärischen Zweck ausgerichtet. Es handelte sich auch nicht um Katalogprodukte, sondern um solche, die eigens für diesen Zweck konstruiert (und nicht nur konfiguriert) waren. Zur Frage, ob technische Anpassungen vorliegen: Der Umstand, dass in den technischen Unterlagen zum Teil militärische Standards genannt werden, kann hier eine Rolle spielen, aber nur dann, wenn das Gut für diesen militärischen Standard angepasst werden muss beziehungsweise angepasst wird.

Zumindest die Beurteilungskriterien 1 und 2 sprechen somit eher dafür, dass diese Teile als "besonders konstruiert für militärische Zwecke" und somit als Rüstungsgüter anzusehen sind. Dass es hier um relativ harmlose Güter geht, die u.U. auch unverändert für rein zivile Fahrzeuge genutzt werden könnten, ist ein Punkt, der bisher allein im US-Exportrecht anerkannt ist. Für das BAFA ist das in der Regel kein Kriterium für die Frage, ob ein Rüstungsgut vorliegt, sondern allein ein solches für die Genehmigungsfähigkeit: Je harmloser ein Gut ist, umso eher wird die Genehmigung erteilt.

In einem BAFA-Bescheid vom April 2023 wurde von den fünf Teilen des Ausgangsfalls lediglich eines - nämlich die LED-Warnleuchten-Anzeige - als "besonders konstruiert für militärische Zwecke" angesehen. Die übrigen vier Teile sind demnach nicht gelistete Dual-Use-Güter.

Der neue BAFA-Ansatz

Wenn es sich um Güter handelt, die in jeder Baumaschine und in jedem Pkw vorhanden sind oder sein können (das ist bei den Gütern 1 bis 4 zu bejahen), dann sind dies Grenzfälle und diese Güter nicht mehr zwingend kontrollbedürftig.

Dies gilt nicht, wenn es sich erstens um Güter handelt, die deutlich überwiegend vom Militär verbaut werden; dies ist aber bei einer EMV-Filtereinheit nicht der Fall (im Gegensatz etwa zum EMP-Schutz). Zweitens gilt dies auch nicht für Güter, die besonders prägend für den Rüstungs-Lkw sind, oder wenn es sich drittens um Teile handelt, die eine Funktion im Zusammenhang mit spezifisch militärischen Elementen (wie mit der Tarnbeleuchtung, vgl. Anmerkung 2 zu Position 0006 in der Ausfuhrliste) haben, wie das bei der LED-Warnleuchten-Anzeige (sie hatte eine technische Anpassung für einen Tarnmodus) der Fall war. Nur für das letztgenannte Gut ist dann als Rüstungsgut eine Verbringungsgenehmigung des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle erforderlich.

Resümee

Dieser neue Ansatz des BAFA ist eine wichtige Ergänzung zu den bisherigen Beurteilungskriterien. Selbst wenn nach den üblichen Beurteilungskriterien ein Gut als "besonders konstruiert für militärische Zwecke" anzusehen wäre, ist das Kriterium als Allerweltsgut ein mögliches Korrektiv, durch das die Rüstungsgüter-eigenschaft evtl. auch verneint werden kann, sofern keine der genannten Ausnahmen greifen.

Unseres Erachtens wäre es noch vorzugswürdiger, unmittelbar das Differenzierungskriterium aus dem US-Exportrecht zu entnehmen: Wenn ein Gut unverändert sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke verwendet werden kann, sollte es nicht als "besonders konstruiert für militärische Zwecke" angesehen werden - für das BAFA ist dies aber gegenwärtig nur eine Frage bezüglich der Genehmigungsfähigkeit.

Wenn es sich um Allerweltsgüter handelt, die überall vorkommen, dann dürften bereits Gründe der Verhältnismäßigkeit dafür sprechen, nicht alle diese Güter als Rüstungsgüter anzusehen. Die bisherigen Beurteilungskriterien bleiben somit bestehen, werden aber um ein mögliches Korrektiv ergänzt, was zu einem vernünftigen Ergebnis führt.

PD Dr. Harald Hohmann
Rechtsanwalt, Hohmann Rechtsanwälte

EUROPA / FINANZIERUNG: „SUSTAINABLE FINANCE“ BRINGT VIEL BÜROKRATIE

Das Thema grüne Transformation gewinnt für kleine und mittlere Unternehmen in Europa zunehmend an Bedeutung, allerdings fehlt ihnen einer aktuellen Studie zufolge der Zugang zu nachhaltigen Finanzierungen. Stattdessen bedeutet die Sustainable-Finance-Regulierung der EU vor allem mehr Bürokratie.

Das ist das Fazit der Studie "Sustainable Finance im Mittelstand", für die die europäischen Kammerorganisationen Eurochambres und SMEunited sowie die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) für die Platform on Sustainable Finance der EU-Kommission (DG FISMA) EU-weit 2.141 Unternehmen befragt haben.

Die Ergebnisse sind nach Worten von DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben "äußerst ernüchternd". Die Umfrage zeige aber, wo der Kurs jetzt angepasst werden müsse: "Wir brauchen hier drastische und spürbare Vereinfachungen sowie eine mittelstandsfreundliche Ausrichtung der Finanzierungsstandards im Bereich der Nachhaltigkeitsfinanzierung. Andernfalls werden KMU bei der Transformation ausgebremst. Das Interesse der Wirtschaft, mehr in Nachhaltigkeit zu investieren, ist jedenfalls sehr groß."



Die grüne Transformation gestaltet sich für den Mittelstand schwierig

So haben knapp 60% der KMU nach eigenen Angaben in den vergangenen zwei Jahren Investitionen getätigt, um zum Beispiel die Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit im eigenen

Unternehmen zu verbessern.

Das meiste Geld bringen diese Betriebe aus eigenen Mitteln auf. Danach kommt die für den Mittelstand typische Hausbankfinanzierung. Während große Unternehmen an den Kapitalmärkten "grüne" Finanzierungen erhalten können, haben kleine und mittlere Betriebe der Studie zufolge kaum Zugang zu entsprechenden Mitteln.

Der weitere Bedarf für Investitionen in die Nachhaltigkeit sei "ohne Zweifel enorm", stellt der DIHK-Hauptgeschäftsführer klar. "Aber KMU sind bisher kaum berücksichtigt worden. Das liegt am grundlegenden Webfehler der EU-Taxonomie, der einseitigen Ausrichtung auf die Kapitalmärkte. Wir benötigen einfache und handhabbare Kriterien für nachhaltige Bankkredite - und das jenseits der Taxonomie."

Die für größere Unternehmen sowie für Banken eingeführten Nachhaltigkeitsberichtspflichten landen indirekt auch bei mittleren und Kleinunternehmen, kritisiert Wansleben. "Diese müssen dann als Bankkunde oder Lieferant aus der Wertschöpfungskette immer mehr Offenlegungsverpflichtungen nachkommen, für die sie weder Vorteile bekommen noch Kapazitäten haben. Wenn sie aber selbst eine günstige Finanzierung etwa bei der Umstellung auf eine nachhaltigere Energieversorgung brauchen, gibt es für sie allenfalls Förderprogramme, die mit hohem Antragsaufwand verbunden sind."

Aus DIHK-Sicht gehen Vorschläge in die richtige Richtung, einen einfachen und freiwilligen Berichtsstandard für KMU zu entwickeln und einzuführen. Das könnte zumindest die Belastungen durch indirekte Berichtspflichten abschwächen und Banken alle notwendigen Informationen für nachhaltige Kredite liefern, hofft Wansleben.

EUROPA / UMWELTSCHUTZ: GEWINNER UND VERLIERER DES KLIMAZOLLS

Der Klimazoll (CBAM) werde „die Welt auf dem Weg in die Dekarbonisierung weiter voranbringen und weltweite Auswirkungen haben“, schreiben die Autoren einer Studie der Beraterfirma Wood Mackenzie, die am 21. September in London vorgestellt wurde. Die Neuordnung des Welthandels werde sich über Jahrzehnte hinziehen. Die Einführung des CBAM der Europäischen Union beginnt am 1. Oktober schrittweise.

Die Importeure werden bis Ende 2025 aber nur verpflichtet, Daten über die Kohlenstoffintensität ihrer Produkte an die EU-Kommission zu übermitteln. Die Kommission legt auf dieser Grundlage die Höhe des CBAM für jedes Produkt der betroffenen Branchen fest: Aluminium, Stahl, Zement, Düngemittel, Wasserstoff und Elektrizität. Die Importeure müssen den CBAM für solche Produkte von 2026 an bezahlen. 2030 ist eine Ausweitung des Klimazolls auf alle Metalle, Glas, Keramik, Papier, organische Chemikalien und Ölprodukte vorgesehen. Die Importeure müssen für die CO₂-Emissionen ihrer Waren entweder nachweisen, dass sie dafür bereits einen vergleichbaren Preis (oder eine Steuer) bezahlt haben, oder sie müssen CBAM-Zertifikate erwerben. Deren Preis richtet sich nach der CO₂-Notierung im europäischen Emissionshandelssystem (ETS).

Der CBAM erhöht sich ebenfalls Schritt für Schritt: 2026 werden 10% fällig, 2034 der volle Satz. Gleichzeitig wird die Zuteilung von Gratis-Emissionsrechten für die gleichen Branchen im Rahmen des ETS schrittweise zurückgeführt: Von 2034 an müssen Stahl- oder Zementwerke in der EU alle Zertifikate für ihren Ausstoß ersteigern.



Asien wird sich mit der CBAM-Einführung bei Stahl wohl andere Lieferländer suchen

Damit werde der CO₂-Gehalt zu einem neuen und wichtigen Kostenfaktor, heißt es in der Studie, mit neuen Anreizen, in emissionsarme Technologien zu investieren. Mackenzie hat die Auswirkungen auf drei der betroffenen Branchen untersucht: Stahl, Wasserstoff und Mineralölprodukte.

Betroffen von der Kostensteigerung sind sowohl die Importe als auch die europäischen Produkte. Allerdings ist die Wirkung auf die europäischen Anbieter schneller und unmittelbar. Die Importeure können zunächst auf die Hersteller mit niedrigen Emissionen zurückgreifen. Stärker belastete Waren, die bislang in die EU geliefert wurden, würden dann auf anderen Märkten abgesetzt. Die EU-Kommission habe das Problem der Verlagerung zwar grundsätzlich auf dem Schirm, schreibt Wood Mackenzie, aber keine Strategie, wie sie damit umgehen wolle.

Für den importierten Stahl bedeutet der Klimazoll nach den Berechnungen von Wood Mackenzie einen Aufschlag von 275 Dollar/Tonne. Im vorigen Jahr bezahlte man für die vom CBAM erfassten Stähle auf dem Weltmarkt im Durchschnitt 1.450 US-Dollar pro Tonne.

Deutlich höher wäre die Belastung für Stahl aus Indien und China, der 2034 mit dem heutigen CO₂-Fußabdruck 56 respektive 49% teurer wäre als ohne den Klimazoll. Entsprechend erwarten die Autoren, dass vor allem die asiatischen Länder in Zukunft versuchen werden, ihren Stahl außerhalb Europas zu verkaufen.

GROSSBRITANNIEN / KONJUNKTUR: GELDPOLITIK DER BOE WIRKT

Die britische Wirtschaft ist im Juli stärker geschrumpft als erwartet. Dies deutet darauf hin, dass die Bemühungen der Bank of England (BoE), die Nachfrage zu drosseln, Wirkung zeigen, während sie darüber nachdenkt, ob sie ihren Zinserhöhungszyklus fortsetzen soll. Das Bruttoinlandsprodukt sank im Vergleich zum Vormonat um 0,5%, wie aus den Daten des Office for National Statistics hervorgeht.

Der Rückgang kam, nachdem die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt zwischen April und Juni ein unerwartetes Wachstum verzeichnete, wobei der wichtige Dienstleistungssektor trotz Streiks im öffentlichen Dienst und einer Reihe von zusätzlichen Feiertagen in diesem Zeitraum expandierte. Im Juli ging der Dienstleistungssektor um 0,5% zurück, während die anderen wichtigen Sektoren Produktion und Bauwesen ebenfalls rückläufig waren.

Die BoE wird nächste Woche entscheiden, ob sie ihren Leitzins zum 15. Mal in Folge anheben wird, um die Inflation zu dämpfen. Die Gesamtinflation ist mit 6,8% nach wie vor hoch - höher als in vielen anderen großen westlichen Volkswirtschaften. Der Rückgang im Dienstleistungssektor, der ein wichtiger Faktor für die genau beobachtete Kerninflationsrate ist, könnte die Notenbanker allerdings ermutigen.

Die Arbeitslosenquote ist in den drei Monaten bis Juli leicht gestiegen, obwohl das Lohnwachstum im gleichen Zeitraum konstant blieb. Die Ökonomen sind nach wie vor geteilter Meinung darüber, ob die Notenbank ihren Leitzins noch einmal anheben kann und sollte. Einige Experten warnen, dass

eine zu starke Straffung die Arbeitslosigkeit noch weiter in die Höhe treiben und das Land in eine noch schmerzhaftere Rezession stürzen könnte.

PORTUGAL / PERSONAL: UNTERNEHMEN KONKURRIEREN UM FACHKRÄFTE

Portugals Volkswirtschaft hat den kurzen, coronabedingten, Einbruch schnell hinter sich gelassen. Im Jahr 2022 wurde mit real plus 6,7% das höchste Wirtschaftswachstum seit 35 Jahren erreicht. Die jüngsten Prognosen der Europäischen Kommission lauten auf 2,4% reales Wachstum im Jahr 2023 und eine Zunahme um 1,8% 2024.

Weitere Informationen zur Wirtschaft des Landes bietet der Wirtschaftsausblick Portugal. Der inländische Arbeitsmarkt erwies sich selbst in der Coronakrise als sehr robust. Die Prognosen der Europäischen Kommission lassen für 2023 eine Arbeitslosenquote von 6,5% erwarten. Im nächsten Jahr soll sie auf 6,3% sinken.

Anzahl der Streiks nahm 2022 weiter zu

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist in Portugal im öffentlichen Sektor hoch und im Privatssektor gering. Insgesamt nahm die Zahl der angekündigten Streiks 2022 um 215 auf 1.087 zu, wie aus Informationen der Generaldirektion für Arbeit und Arbeitsbeziehungen DGERT hervorgeht. Am häufigsten wurde die Arbeit 2022 im Transportsektor (17%) und der öffentlichen Verwaltung (13%) niedergelegt.

Deutsche Betriebe haben in den vergangenen Jahren gute Erfahrungen mit der Einbindung der Arbeitnehmervertreter sowie generell mit einem offenen Kurs gegenüber der Gesamtbelegschaft gemacht.

Jüngere arbeiten häufiger befristet und in Teilzeit

Der Anteil befristeter Stellen blieb 2022 mit 16,6% auf dem Vorjahresniveau. Befristungen sind in Portugal erheblich verbreiteter als in Deutschland (10,8%) und dem Durchschnitt der EU mit 12,9%. Bei den Berufseinsteigern in Portugal betrafen Befristungen 57,6% der Arbeitsverträge.

Teilzeitarbeit ist in Portugal ebenfalls vor allem bei jungen Beschäftigten ein Thema. Eurostat zufolge arbeiteten laut den neuesten Angaben 2022 genau 6,8% der 15 bis 64 Jahre alten Portugiesen in Teilzeit. Bei Berufseinsteigern lag der Anteil mehr als dreimal so hoch: In der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren waren 21,8% in Teilzeit beschäftigt.

Für ihr Arbeitsmarktbarometer Guia Hays 2023 befragte die Personalberatung Hays im Oktober 2022 online 3.139 Fachkräfte und 842 Unternehmen. Von den Unternehmen rechnen 58% mit mehr geschäftlichen Aktivitäten als 2022. Neue Arbeitskräfte werden 2023 unter anderem im IKT-Sektor benötigt. Die steigende Dienstleistungsnachfrage bringt einen höheren Personalbedarf mit sich. Business Services Center befinden sich in einer ähnlichen Situation. Im Bereich Life Sciences stehen das Rekrutieren und Halten von Talenten weit oben auf der Agenda. Im Hotelsektor fehlen unverändert Fachkräfte. Für Optimismus sorgt jedoch, dass ohne Coronabeschränkungen wieder bessere Planbarkeit herrscht.

Quer durch die von der Personalberatung Hays untersuchten Branchen ist Englisch die am häufigsten gewünschte Fremdsprache und den Unternehmen fast so wichtig wie die Landessprache. Die Arbeitskräfte in Portugal sind sprachlich überdurchschnittlich gut ausgebildet. Im EF English Proficiency Index 2022 belegt Portugal den 9. Rang unter 111 Ländern. Der Index errechnet sich aus den Ergebnissen von Sprachtests bei Erwachsenen. Zudem sind technische und naturwissenschaftliche Studienabschlüsse häufiger vertreten als in den meisten EU-Staaten. Da solche Fachkräfte auch in anderen Ländern begehrt sind, konkurrieren lokale Unternehmen manchmal auch mit ausländischen um diese Personengruppe. Die Fachkräftesituation prägt auch den Blick der befragten Unternehmen für die Publikation Guia Hays 2023. Von diesen berichten 48% von einem generellen

Mangel. Für 37% fehlen qualifizierte Bewerber. Zudem berichten 22% der Befragten von einer harten Konkurrenz durch andere Unternehmen.

Wegen des Fachkräftemangels unternehmen die Firmen teils erhebliche Anstrengungen der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Das schlägt sich positiv im Engagement der Angestellten nieder sowie in ihrer Loyalität, Leistungsbereitschaft und Produktivität.

Fehlende Karrierechancen befeuern die Wechselbereitschaft

Im Umkehrschluss werden Faktoren deutlich, die für berufliche Unzufriedenheit sorgen. Mit 66% Nennungen waren fehlende Karrieremöglichkeiten die häufigsten. Mit ihren Löhnen waren 56% der Befragten nicht einverstanden. Unzufriedenheit mit einem einzelnen Aspekt führt oft nicht zu Abwanderungsgedanken. Die Zahlen von Hays belegen jedoch auch, dass 70% sich einen anderen Arbeitsplatz vorstellen könnten. Gegenüber den Antworten von 2022 sank der Anteil um 4 Prozentpunkte.

Unternehmen setzen oft auf private Personaldienstleister

Im Jahr 2023 bleibt die Bereitschaft der Unternehmen verhältnismäßig hoch, neue Arbeitsverträge abzuschließen. Laut Hays planen 82% der Befragten, neues Personal einzustellen. Das entspricht einem Rückgang um 2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Von staatlicher Seite ist das Institut für Beschäftigung und Berufsbildung IEFP landesweit mit seinen Zentren für die Vermittlung von Arbeitskräften zuständig. Das dazugehörige Portal net empregos veröffentlicht Stellenangebote. Auch zahlreiche Unternehmen weisen auf ihren Internetseiten auf Stellenangebote hin. Die Suche über Jobportale wie Emprego ist verbreitet.

Wer qualifiziertes Personal sucht, schaltet häufig private Personaldienstleister ein, von denen einige auch jährlich aktualisierte Lohn- und Gehaltsstudien anbieten (etwa Hays, Mercer, Page Personnel). Auf Zeitarbeitsverträge spezialisierte Firmen sind zum Beispiel Manpower, RHmais und Randstad Portugal. Es gibt eine Vielzahl von Personalberatungsfirmen, sogenannte Consultorias de Recursos Humanos. Unternehmen, die portugiesische oder deutsche Führungs- und Fachkräfte für Aufgaben in Portugal suchen, finden auch in der Deutsch-Portugiesischen Industrie- und Handelskammer einen erfahrenen Ansprechpartner. Zu den Mitgliedern der AHK Portugal gehören zudem mehrere Personalvermittlungsfirmen.

Osteuropa und Zentralasien

BULGARIEN / INVESTITIONEN: MULTITASKING-TALENT

Zwar landet Bulgarien in vielen sozioökonomischen Vergleichen unter den EU-Mitgliedstaaten auf dem letzten Platz, das damit einhergehende Entwicklungspotenzial wissen deutsche Firmen und andere ausländische Investoren jedoch zu schätzen. Die Wirtschaft wächst dynamischer als die der westeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten. Der Investitionsbedarf in Straßen-, Schienen- und Energieinfrastruktur ist hoch. Für diese Vorhaben stehen EU-Fördermittel bereit.

Das Land muss politische Reformen im Bildungs-, Justiz- und Gesundheitswesen angehen sowie den Ausbau der Infrastruktur vorantreiben. Letzteres ist nötig, um Wertschöpfungsketten besser an den europäischen Binnenmarkt anzubinden. Die größten Herausforderungen aber sind der Kohleausstieg und die Transformation hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung. All dies bietet Unternehmen Beteiligungschancen. Allerdings bremst ein strukturelles Problem die langfristige Wirtschaftsentwicklung aus: Bulgariens demographische Situation. Die Bevölkerung altert und schrumpft zusätzlich. Viele, vor allem junge Menschen, verlassen Bulgarien, um stattdessen im Ausland zu arbeiten. Damit sich das ändert, muss die Regierung dafür sorgen, dass sie im eigenen Land attraktive Arbeitsplätze finden.

„Investoren aus Deutschland schätzen an Bulgarien dessen Mitgliedschaft in der EU und die vergleichsweise niedrigen Steuern und Lohnkosten“, sagt Mitko Vassilev, Hauptgeschäftsführer der

Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer über die Bedeutung Bulgariens für die deutsche Wirtschaft. In einzelnen Bereichen wie etwa der IT-Industrie werde es schwieriger, gut ausgebildetes und hochqualifiziertes Personal zu den vergleichsweise günstigen Lohnkosten zu finden, wie aus Unternehmerkreisen zu hören ist.

Entwicklung zur Hochtechnologie

Besonders eng verflochten sind die bulgarische Automobil- und Elektroindustrie, die Kfz-Teile und andere Vorprodukte an europäische Abnehmer liefern. Heimische und international agierende Unternehmen betreiben moderne Produktionsstätten. Das macht Bulgarien zu einem attraktiven Absatzmarkt für deutsche Ausrüstung und Maschinen.

Bulgarien entwickelt sich schrittweise von einem Outsourcing-Standort der Textilindustrie hin zu einem Hochtechnologiestandort. Besonders Sofia hat Investitionen im Bereich Software-Industrie sowie Forschung und Entwicklung angezogen. Bulgariens verarbeitende Industrie liefert elektronische und hydraulische Komponenten für den Maschinenbau sowie Aluminiumwannen für die Automobilindustrie.

Einen starken Beitrag zum wachsenden Dienstleistungssektor trägt neben der IT-Industrie auch der Tourismus bei. Bulgarien positioniert sich als Destination für Kuren und möchte damit das Image vom Billigtourismus loswerden. Die Regierung fördert den Gesundheitstourismus und versucht, Investoren und auch Gäste anzulocken.

Das Ministerium für Tourismus unterstützt nach eigenen Angaben 20 einschlägige private und öffentliche Projekte im Wert von rund 175 Mio Euro, unter anderem neue Spa- und Wellnesszentren, Hotelanlagen und Golfplätze. Für das deutsche Tourismusgewerbe bieten sich auf dem Markt neue Möglichkeiten, denn seit 2020 übernehmen Krankenkassen in Deutschland Kosten für Kuraufenthalte in Bulgarien. Ob dies reicht, um mehr Gäste aus Deutschland anzulocken, ist schwer zu sagen. Im Jahr 2022 waren es 788.000, 25% weniger als im Jahr 2019. Die Tourismusbranche trägt dennoch rund 12% zum Bruttoinlandsprodukt bei.

KASACHSTAN / AUSSENHANDEL: EXPORTKREDITAGENTUR ENTSTEHT

Kasachstan wird eine Exportkreditagentur gründen, die sich auf die Versicherungsgesellschaft Kazakh-Export stützt, um die Maßnahmen zur Unterstützung der Exporteure auszuweiten, berichtet die „Astana Times“.

Die Abgeordneten der Mazhilis, der unteren Kammer des kasachischen Parlaments, billigten den entsprechenden Gesetzentwurf. Laut dem Abgeordneten Ruslan sollen die Instrumente der neuen Agentur die Arbeit der Agentur erleichtern. Bisher habe die kasachische Exportagentur nur zwei Instrumente zur Unterstützung durch den Staat bereitgestellt: die Versicherung von Exportgeschäften und die Rückversicherung, erklärte er. Die Agentur werde die weltweite Praxis der Entwicklung von Nicht-Rohstoffexporten durch Exportkreditagenturen berücksichtigen, die den Regierungen gegenüber rechenschaftspflichtig sind.

Laut Kozhasbayev wurden von Januar bis Juni vor allem Kupfer und Kupferkathoden, Ferrolegierungen, Uran, Erdölprodukte, Silber, Rohzink, warmgewalzte Flacherzeugnisse aus unlegiertem Stahl und andere Industriegüter aus Kasachstan exportiert. Was den Export von landwirtschaftlichen Gütern betrifft, so waren die wichtigsten Nicht-Rohstoffe Weizenmehl, Sonnenblumenöl, Wasser, Mineralwasser, Margarine, Tabakwaren und Teigwaren.

KASACHSTAN / KONJUNKTUR: E-COMMERCE LEGT ZU

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 erreichte der Handelsumsatz der kasachischen Hersteller mit Fertigprodukten 39,4 Mrd US-Dollar, was einem Anstieg von 22% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Exporte von Nicht-Rohstoffen machten ein Drittel davon aus und beliefen sich auf 12,1 Mrd Dollar, berichtete der Pressedienst des Premierministers laut „Astana Times“.

Zu den wichtigsten Exportgütern des Landes gehören Produkte der Metallurgie und der chemischen Industrie, wie Kupfer, Kupferkathoden, Ferrolegierungen, Uran, unverarbeitetes Zink und Aluminium, warmgewalzte Flacherzeugnisse und Erdgas. Die Nachfrage nach Weizenmehl, Sonnenblumenöl und Mineraldünger steigt. Die Ausfuhren von Sonnenblumenöl wuchsen auf 155.900 t, was ein Plus von 33,4% gegenüber dem Vorjahr entspricht. 2022 verdreifachten sich die Sonnenblumenölexporte im Vergleich zu 2021 und erreichten 346,4 Mio Dollar, während die Margarineexporte um das 2,7-fache auf 88,8 Mio Dollar anzogen.



Sein Konzern ist auch in Zentralasien ein Handelsgigant - Alibaba-CEO Jack Ma

Die Zahl der Exportmärkte erhöhte sich von 114 auf 125 Länder, wobei bedeutende Exporte in wichtige Zielländer wie Russland, China, Usbekistan, die Türkei, die Niederlande, das Vereinigte Königreich und Japan gingen. Das kasachische Ministerium für Handel und Integration versucht, Exporteure bei der Erschließung ausländischer Märkte durch die Organisation von Handelsmissionen, die Teilnahme an internationalen Ausstellungen und Geschäftsforen sowie durch das Angebot von Bildungsprojekten und -programmen zu unterstützen.

Ein weiteres wichtiges Instrument zur Förderung von Produkten ist die internationale E-Commerce-Plattform „Alibaba.com“, zu der der Staat den Zugang für heimische Anbieter erleichtern will. So erhielten 70 kasachische Lieferanten im Jahr 2023 Zugang zu Chinas größtem B2B-Marktplatz mit einem Premium-Gold-Lieferantenkonto. Das Umsatzvolumen über die Alibaba-Plattform übersteigt derzeit 300 Mio Dollar.

Lebensmittel per Internet

Kasachstan hat das rasante Wachstum des elektronischen Handels erkannt und seinen nationalen Pavillon auf der B2C-Plattform „JD.com“ eingerichtet, wo heimische Lebensmittelprodukte schnell ausverkauft waren, was auf eine hohe Nachfrage und Wettbewerbsfähigkeit hindeutet. Die Regierung organisiert außerdem Handels- und Wirtschaftsmissionen, um weitere exportorientierte Firmen zu unterstützen, und ermöglicht es Unternehmern, Regierungseinrichtungen, Einzelhandelsketten, Lagerhäuser und nationale Konzerne im Ausland zu besuchen.

KROATIEN / PERSONAL: MINDESTLOHN UND LEISTUNGSANREIZE

Der durchschnittliche Bruttomonatslohn ist in Kroatien deutlich höher als in anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. Es gibt ein beträchtliches Lohngefälle zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Nach Angaben des Internetportals MojPosao wurden 2022 die höchsten Löhne in der Hauptstadt Zagreb und deren Umland gezahlt.

Die höchsten Gehälter wurden 2022 laut Erhebung des Internetportals MojPosao außer bei Führungskräften im Bereich Forschung und Entwicklung sowie in der IT-Branche gezahlt. Die niedrigsten Bezüge wurden bei Hilfsarbeitern, in der Textil- und Lederverarbeitung sowie in einigen Dienstleistungssparten registriert. Die Regierung bereitet eine Einkommensteuerreform vor, die ab 2024 vor allem Niedriglohnverdienern höhere Nettoverdienste ermöglichen soll.

Entwicklung der durchschnittlichen Bruttomonatslöhne

	2020	2021	2022	2023 ¹
nominal in Kuna	9.216	9.599	10.400	-
nominal in Euro	1.223	1.274	1.380	1.500 ³⁾
reale Veränderung (in %) 2)	+2,4%	+1,6%	-2,3%	+2,0%

1- Prognose; 2-gegenüber dem Vorjahr bezogen auf die Landeswährung Kuna; 3- Kroatien hat Anfang 2023 den Euro als Landeswährung eingeführt/Quelle: Staatliches Statistikamt Kroatiens 2023; Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) 2023

Bei allen Angaben des kroatischen Statistikamtes ist zu beachten, dass die amtlich erfassten Löhne niedriger sein können, als die tatsächlich gezahlten. Früheren Erhebungen zufolge haben mindestens 6,6% der registrierten Arbeitnehmer noch eine zusätzliche Gehaltsauszahlung „bar auf die Hand“ erhalten. Diese Praxis ist vorwiegend im Bausektor sowie in einigen Dienstleistungsparten anzutreffen. Die Gesamtarbeitskosten pro Arbeitsstunde lagen in Kroatien 2022 nach Eurostat-Angaben mit durchschnittlich 12,10 Euro in etwa auf dem gleichen Niveau wie in Polen (12,50 Euro).

Löhne und Gehälter werden in Kroatien meist netto vereinbart. Ab 2023 müssen sie aber in Arbeitsverträgen mit dem entsprechenden Bruttobetrag ausgewiesen werden. Für bestimmte Branchen oder Bereiche handeln Tarifpartner Kollektivverträge aus. In Kroatien gilt seit 2008 ein gesetzlicher Mindestlohn. Für Vollzeitbeschäftigte beträgt dieser 700 Euro brutto pro Monat. In Ausnahmefällen kann durch Kollektivvertrag ein niedrigerer Mindestbetrag vereinbart werden. Er darf jedoch 95% des Mindestlohns nicht unterschreiten.

Zusätzlich zu den regulären 12 Monatsgehältern, kommt eine Reihe von zum Teil steuerfreien Sonderzulagen. Dazu gehören unter anderem Leistungen für Kinder, Weihnachts- und Urlaubsgeld. Laut einer Umfrage von MojPosao hatten 2022 mehr als drei Viertel der Arbeitnehmer Anrecht auf mindestens einen Leistungsanreiz.

Sozialversicherungsbeiträge

Die Sozialabgaben der Arbeitnehmer bestehen vor allem aus Beiträgen zur Rentenversicherung, die der Arbeitgeber in Höhe von 20% vom Bruttolohn direkt einbehält und abführt. Im Zuge der Anfang 2019 durchgeführten Steuerreform wurden die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosen- und Arbeitsunfallversicherung abgeschafft. Dadurch hat sich die Arbeitgeberbelastung von 17,2% auf 16,5% des Bruttogehalts verringert. Vom Arbeitgeber ist nur noch der Beitrag zur Krankenversicherung zu tragen.

OSTEUROPA / ZENTRALASIEN / KONJUNKTUR: EBWE IST WIEDER ETWAS OPTIMISTISCHER

Die auf Osteuropa und Zentralasien fokussierte europäische Entwicklungsbank EBWE ist für ihre Regionen nun etwas optimistischer als im Mai. Sie erhöhte die Wachstumsprognose für 2023 von 2,2 auf 2,4%. Vor allem in der Türkei und in Zentralasien seien die Aussichten nun rosiger. Die Prognosen betreffen einen Wirtschaftsraum mit fast 40 Staaten, der sich von Mitteleuropa über den Balkan und die südlichen und östlichen Mittelmeerränder bis nach Zentralasien erstreckt.

Für die Ukraine sagt die EBWE für in diesem Jahr 1% Wirtschaftswachstum voraus - verglichen mit 2022, das ab März vom Angriff Russlands geprägt war, der für das Gesamtjahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 29% mit sich brachte. Auch die ersten beiden Monate 2023, die sich noch mit den Vorkriegsmonaten von 2022 vergleichen müssen, brachten einen massiven Rückgang der Wirtschaftsleistung. 2024 könnte das Wirtschaftswachstum im vom Krieg gebeutelten Land dann von der niedrigen Basis ausgehend 3% betragen.

Auch Russland im Plus

Demgegenüber sieht die EBWE für Russland nach dem Rückgang der Wirtschaft um 2,1% im Vorjahr in diesem Jahr wieder ein Wachstum von 1,5% voraus, 2024 soll es sich dann wieder auf 1% verlangsamen.

Für die europäischen Länder ist das geringe Wachstum in Deutschland ein Problem, für die zentralasiatischen und den Kaukasus vor allem die lahmende Wirtschaft Chinas. Wobei der Bericht auch darauf hinweist, dass in den meisten europäischen Ländern der EBWE-Region die Stückkosten der Produktion schneller gestiegen sind als in Deutschland - die Länder also an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben. Nur in einigen Ländern hat der Zuwachs an Produktivität die im Zuge der Hochinflationsphase nominell stark gestiegenen Löhne kompensieren können.

POLEN / HANDEL: REIN IN DIE GESCHÄFTE!

Wie die Immobilienfirma Savills ermittelte, befanden sich zur Jahresmitte 2023 rund 438.500 qm Handelsfläche im Bau, davon 354.100 in 40 Handelparks und 84.400 in sechs Einkaufszentren. Handelparks bestehen aus einzelnen Hallen und werden auf größeren Freiflächen am Stadtrand errichtet. Mehr als die Hälfte der neuen Flächen entsteht in kleineren Städten.

Übergeben wurden im ersten Quartal laut dem Immobilienunternehmen CB Richard Ellis (CBRE) 107.400 qm Handelsfläche in zwölf Objekten, vor allem Handelparks mit je bis zu 10.000 qm Fläche.

Ein weiterer, derzeit errichteter Park ist der Fabryka Park in Katowice. Investor ist die Bauentwicklungsfirma TDJ Estate, die erstmals ein Handelsobjekt baut. Der insgesamt 9.000 qm große Fabryka Park entsteht auf einem ehemaligen Grundstück des Herstellers von Bergwerksmaschinen Famur. Als Mieter werden Handelsfirmen aus verschiedenen Branchen gesucht, damit das Warenangebot möglichst breit ist. Hinzu kommen zahlreiche Dienstleister. Mit der Kommerzialisierung des Objekts ist die Firma REALM befasst. Auf dem angrenzenden Grundstück wird derzeit die dritte Katowitzer Filiale von Kaufland errichtet.

In letzter Zeit eröffnen laut CBRE vor allem Discounter-Ketten für Lebensmittel und Non-Food-Produkte neue Filialen, darunter Pepco, Tedi, Dealz oder Action. Diese siedeln sich gerne in Handelparks an. Solche Parks sind bei den Kunden beliebt, da sie ihnen ein breites, kostengünstiges Warenangebot an einem Ort offerieren.

Anzahl der Einzelhandelsgeschäfte in Polen am Jahresende	
Jahr	Anzahl
2020	376.300
2021	376.100
2022	372.100
2023 *	370.100

* Jahresmitte./Quelle: Dun&Bradstreet 2023

Stand Mitte 2023 verfügt Polen nach Angaben von Savills zufolge über rund 13 Mio qm moderne Handelsflächen in 648 Objekten zu je über 5.000 qm. Davon befinden sich 10,5 Mio qm in 444 Einkaufszentren, 2,2 Mio qm in 190 Handelparks und 248.900 qm in 14 Outlet-Zentren.

Die Anzahl kleinerer Geschäfte geht zurück, was auf eine fortschreitende Konsolidierung des immer noch stark zersplitterten Einzelhandels hindeutet. Im ersten Halbjahr mussten laut der Auskunftsfirma Dun&Bradstreet rund 500 Lebensmittelgeschäfte schließen, weitere 900 setzten ihre Tätigkeit aus. Seit 2015 ist die Zahl kleinerer Lebensmittelgeschäfte um rund 9.000 zurückgegangen, trotz des Handelsverbots an den meisten Sonntagen und einer zusätzlichen Umsatzsteuer für große Handelsketten. Mitte 2023 gab es noch 91.400 Lebensmittelgeschäfte und 38.700 Bekleidungsäden. Sie stehen in einem harten Preiswettbewerb mit Discount- und Supermärkten.

Seit dem 1. August 2023 gelten auch für kleinere Geschäfte wieder strengere Regelungen für Arbeits- und Öffnungszeiten, die während der Coronakrise gelockert wurden. Der Inhaber eines Geschäfts darf zwar weiterhin an Sonntagen hinter der Verkaufstheke stehen, nicht aber die Angestellten. Letztere dürfen auch nicht mehr Güter des Grundbedarfs an Sonntagen ausladen, entgegennehmen oder lagern.

Umsätze sinken real

Noch zeichnet sich kein Aufschwung im Einzelhandel ab. Die Umsätze von Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten stiegen im ersten Halbjahr laut GUS nominal zwar um 5,7%. Real bedeutete das angesichts der hohen Inflationsrate von 15% im ersten Halbjahr jedoch einen Rückgang um 5,7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Stabil waren nur die realen Umsätze mit Fahrzeugen, Krafträdern und -Teilen. Diese Warengruppen hatten allerdings zuvor deutliche Rückgänge verzeichnet. Bei Bekleidung und Kosmetik blieb das Umsatzminus moderat.

POLEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: KORRUPTIONS-SUMPF BREITET SICH AUS

Als der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft um die Jahreswende deutliche Kritik an den Verhältnissen in Ungarn übte, beeilten sich viele Wirtschaftsvertreter zu betonen, dass das PiS-regierte Polen ganz anders zu beurteilen sei und deuteten damit an, dass die Sperrung der EU-Mittel wegen „Korruptionsverdacht“ im Hinblick auf Ungarn nachvollziehbar sei, nicht aber im Falle Polens. Diese Einschätzung steht mittlerweile auf eher dünnem Eis.



Durch die Korruptionsvorwürfe werden die EU-Mittel wohl gesperrt bleiben

So erweist sich der ruchbar gewordene Skandal um gekaufte Visa als ernstzunehmender Kriminalfall: Mittlerweile wurde gegen sieben Personen Anklage erhoben, drei davon sitzen in Untersuchungshaft, wie die staatliche Agentur „PAP“ berichtete.

Ausgangspunkt war die Entlassung des stellvertretenden Außenministers Piotr Wawrzyk mit der kryptischen Begründung „Mangel an zufriedenstellender Zusammenarbeit“. Wenig später erklärte das Außenministerium den „Notes from Poland“ zufolge, dass der Leiter des Büros für Recht und Compliance entlassen, eine Prüfung der Konsularabteilung des Ministeriums und aller konsularischen Vertretungen angeordnet - und Verträge mit externen Unternehmen für die Bearbeitung von Visa gekündigt worden seien.

Dass es für den Korruptionsvorwurf handfeste Anhaltspunkte gibt, wird etwa im Fall des Ministers für Staatsvermögen, Jacek Sasin erkennbar. Der polnische Rechnungshof hat bei der Staatsanwaltschaft die Anklageerhebung beantragt, nachdem die Mittelverwendung in der Corona-Pandemie untersucht wurde. Der Staat gab dem Rechnungshof zufolge rund 7 Mrd Zloty (1,52 Mrd Euro) aus, um Personal, Ausrüstung und Betten für die Behandlung von Corona-Patienten bereitzuhalten, aber nur 5 Mrd Zloty, um diese Patienten tatsächlich zu behandeln. „Das bedeutet, dass es über 2 Mrd Zloty mehr kostet, leere Krankenhausbetten zu unterhalten und Ärzte und Krankenschwestern in Bereitschaft zu bezahlen, als den Kranken tatsächlich zu helfen“, so die Prüfer. Es wurden mehrere provisorische Krankenhäuser errichtet, die nie in Betrieb gingen und 9 Mrd Zloty an Gehältern ohne ordnungsgemäße Überwachung ausgegeben.

Ein Blick auf die Wahlkampffinanzierung offenbart den Griff der PiS-Partei ins Staatsvermögen. Die größten Einzelspenden an die PiS-Partei kommen von den Führungskräften der großen Staatsunternehmen. Diese verdanken ihren Job eben dieser Regierungspartei, die die Spenden dankbar annimmt. Mehr noch, die Stiftungen der Unternehmen unterstützen den PiS-Wahlkampf mit großen Beträgen. Der Trick: Sie beteiligen sich an den von der PiS-Partei parallel zur Wahl auf den Weg gebrachten Referenden. Die wurden allerdings von dieser lanciert, um den zentralen Parolen der PiS-Wahlkampagne mehr Durchschlagskraft zu verleihen - auch dank den Staatsunternehmen.

Mit von der Partei als verdeckte Finanziere sind etwa die Energieunternehmen PGE, Enea und Tauron, die staatliche Eisenbahngesellschaft PKP, der Rüstungskonzern PGZ, die Banken PKO BP und Pekao SA, der Versicherer PZU und seine Tochtergesellschaft Alior Bank, das Kohleunternehmen JSW und der Lotteriebetreiber Lotto. Auch hier wäre Minister Jacek Sasin als Verantwortlicher für das Staatsvermögen zur Rechenschaft zu ziehen.

Fehlzündung bei E-Auto-Projekt

Jüngstes Beispiel ist das Projekt „Izera“, der Markenname für Elektro-Autos, die vom 2020 gegründeten Staatsunternehmen EMP produziert werden sollen. Ein Bericht der Rechnungsprüfer deckt nun nicht nur auf, dass das Projekt so weit hinterm Zeitplan hinterher hinkt („4% Erfüllung des Plans“), dass es obsolet wird und abgebrochen werden muss, sondern auch „Unregelmäßigkeiten bei der Bezahlung von EMP-Vorstandsmitgliedern - die die von einer Hauptversammlung festgelegten Grenzen überschritten - und bei der Überweisung von 250 Mio Zloty öffentlicher Mittel an das Projekt im Jahr 2021 festgestellt“ worden seien, die aufgrund von Vertraulichkeitsanforderungen nicht vollständig aufgedeckt werden können. Man darf wohl den Verdacht hegen, dass es sich dabei um eine diplomatische Umschreibung für „PiS-Funktionäre haben mal wieder in die Kasse gegriffen“ handelt.

Im PiS-Polen entwickeln sich Strukturen, die beginnen, denen in Südafrika in der Zuma-Ära („state capture“) zu ähneln. Etwaige Zweifel am Korruptionsverdacht der EU-Kommission zur Begründung der Sperre von EU-Mitteln dürften sich langsam erledigen.

RUMÄNIEN / INVESTITIONEN: CHARMEUR AUF DER SÜDROUTE

Der Standort Rumänien gehört innerhalb der EU zu den Volkswirtschaften mit einem stabilen Wachstum. Mit dem Schwarzmeer-Hafen in Constanta und der Donau ist das Land ein Bindeglied der Lieferketten von Europa in die Türkei in Richtung Südkaukasus. Diese Route gewinnt durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine an Bedeutung. Denn seit Kriegsbeginn Ende Februar 2022 haben Unternehmen ihre Lieferwege von Russland auf die Südroute verlagert.

Gleichzeitig schreitet der Infrastrukturausbau in Rumänien voran. Derzeit sind zahlreiche Autobahnprojekte in der Umsetzung. Auch den intermodalen Verkehr will die Regierung weiter ausbauen. Dies fördert eine bessere Integration der rumänischen Wirtschaft in europäische Wertschöpfungsketten. Für die Projekte stehen reichlich EU-Fördermittel innerhalb des Förderzeitraums 2021 bis 2027 zur Verfügung.

Noch existiert keine durchgehende Verbindung mit Autobahnen, sodass Transporte länger dauern. Der angekündigte Beitritt Rumäniens in den Schengenraum kann hier Transportzeiten leicht verkürzen, weil an den Binnengrenzen innerhalb der EU dann keine Kontrollen mehr durchgeführt werden. Der Beitritt soll voraussichtlich 2024 erfolgen, wenn alle EU-Mitgliedstaaten damit einverstanden sind.



Auch um den CEC-Palast in Bukarest steigen die Investment-Chancen

Die größten Risiken, die Unternehmen beklagen, sind struktureller Natur. So ist etwa der Ausbau der Strom- und Straßennetze im Land nicht überall auf gleichem Niveau. Bei der Standortauswahl sollten Unternehmer berücksichtigen, dass es neben den sich gut entwickelten Wirtschaftszentren Bukarest, Cluj, Brasov, Sibiu, Timisioara und Iasi auch Regionen gibt, die vergleichsweise schlechter an Hauptverkehrsadern angebunden sind und weniger Stromtrassen besitzen. Dass der Ausbau der Infrastruktur langwierig ist, liegt auch an administrativen Prozessen und fehlenden Katastereinträgen von privatem Landbesitz.

Erdgas sichert mittelfristig Energieversorgung

Rumänien verfügt über reiche Erdgasvorkommen im Schwarzen Meer. Dies macht das Land interessant, denn während der Transformation hin zur klimaneutralen Strom- und Wärmeherzeugung drohen keine Engpässe mit der Versorgung. Im Schwarzen Meer liegt das Erdgasfeld „Neptun Deep“, eines der größten Erdgasvorkommen in Europa. Der österreichische Öl- und Gaskonzern OMV investiert gemeinsam mit dem rumänischen Gasproduzenten Romgaz in dessen Erschließung. Die Energiebranche gehört darüber hinaus zu den Branchen, in die zunehmend Investitionen fließen. Rumänien will wie alle anderen EU-Mitgliedstaaten auch bis 2050 klimaneutral werden. Die größte Herausforderung dabei ist der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Ausstieg aus der Energieversorgung aus fossilen Quellen.

Rumänien hat als Standort für Hochtechnologie an Bedeutung gewonnen. Stärker als seine Nachbarn Serbien und Bulgarien entwickelt sich das Land zum Anbieter von hochwertigen IT- und Software-Dienstleistungen jenseits von Outsourcing. In der Automobilindustrie erweitern deutsche Zulieferer wie Bosch, Continental oder Huf ihre Produktion und investieren in Forschungs- und Entwicklungszentren. Sie profitieren von großzügigen steuerlichen Anreizen. Auch in anderen Branchen zeichnet sich eine neue Entwicklungsstufe zu mehr Wertschöpfung ab. Das zeigt sich unter anderem in einer steigenden Nachfrage des verarbeitenden Gewerbes nach Maschinen und Ausrüstung, die Unternehmen größtenteils aus Deutschland, Italien und Frankreich importieren.

Die meisten ausländischen Direktinvestitionen, die Rumänien anzieht, fließen in die verarbeitende Industrie, das Baugewerbe, in Immobilientransaktionen, in den Handel sowie in die Finanz- und Versicherungswirtschaft. Dabei zieht die Region Bukarest das meiste Kapital an. Den Anteil von 60,7% der Zuflüsse, die auf Bukarest entfallen, bewertet die Zentralbank als unverhältnismäßig hoch. In den vergangenen drei Jahren bauten Unternehmen ihre Logistikzentren aus, diese Entwicklung wird sich weiter verstärken, wenn mehr Autobahnen fertig ausgebaut sind.

Deutsche Firmen sind zwar in Rumänien die größten Investoren, jedoch haben sie es zunehmend schwer, gut ausgebildete Fachkräfte in Rumänien zu finden, heißt es im aktuellen Konjunkturbericht der AHK. Angesichts stark steigender Arbeitskosten konkurriert der Standort Rumänien zunehmend mit anderen europäischen Ländern. Dabei ist der größte Nachteil der Zustand der Infrastruktur. Laut Global Competitiveness Report von 2019 hat die Qualität der Infrastruktur, in Serbien, Kroatien und Ungarn eine vergleichsweise besser Qualität.

Befreiung der Einkommenssteuer in ausgewählten Branchen

Rumänien verspricht bei Investitionen in IT- und Baubranche Steuerbefreiungen für Beschäftigte. Der Einkommensteuersatz liegt generell bei 10%, zählt dabei im EU-Vergleich bereits zu den niedrigsten. Der Staat garantiert eine Steuerbefreiung, wenn der Arbeitgeber pro Mitarbeiter Einnahmen von mindestens 10.000 Lei (rund 2.027 Euro) im Jahr erzielt hat.

Für Unternehmen bietet der Staat mit IMM Invest ein Garantieprogramm, um den Zugang zu Finanzierung zu erleichtern. Damit erhalten Unternehmen bei ihren Geschäftsbanken Kredite zu günstigeren Konditionen. Für das Jahr 2023 stehen dafür aus dem Haushalt insgesamt 4,3 Mrd Euro bereit.

SERBIEN / WIRTSCHAFT & POLITIK: MASSIVE INVESTITIONEN ZUR EXPO 2027

Mit dem Konzept „Play for Humanity - Sport and Music for All“ hat sich Belgrad als Austragungsort der Fach-Expo 2027 durchgesetzt. Dafür will die Hauptstadt ein komplett neues Messegelände bauen und muss nun kräftig investieren. Präsident Aleksandar Vucic und Premierministerin Ana Brnabic kündigten in einer dafür einberufenen Pressekonferenz im August 2023 an, dass Serbien rund 12 Mrd Euro investieren werde.



Das alte Messegelände wird durch ein neues Hochhausviertel ersetzt

Das Konzept für Belgrads neue Messe sieht eine Kombination aus Messegelände, Nationalstadion sowie Wohn- und Gewerbeflächen vor. Angesiedelt ist das Projekt im Vorort Surcin und damit in unmittelbarer Nähe zum Belgrader Nikola-Tesla-Flughafen. Der Zeitplan für das Vorhaben ist straff: Bereits am 1. Dezember 2026 soll das Gelände fertig sein. Premierministerin Ana Brnabic kündigte zudem an, dass auf dem Messegelände autonome Elektrofahrzeuge unterwegs sein werden.

Neues Nationalstadion

Ähnlich ambitioniert ist der Zeitplan für den Bau des Nationalstadions. Der Baubeginn ist für Juni 2024 vorgesehen, die Fertigstellung für 2026. Architekt des 52.000 Zuschauer fassenden Stadions wird Mark Fenwick. Der Brite hat mit seinem Architektenbüro Fenwick Iribarren Architects zahlreiche Projekte weltweit entworfen, darunter das Nationalstadion in Oslo und das Al-Thumama-Stadion in Doha.

Das aktuelle Messegelände stammt noch aus den 1950er-Jahren und befindet sich relativ zentrumsnah am rechten Save-Ufer. Die alten Hallen werden nun abgerissen. Lediglich die große Halle 1, die unter Denkmalschutz steht, wird erhalten bleiben. Was mit dem frei werdenden Gelände geschieht, steht auch schon fest: Dort darf sich das umstrittene Projekt Belgrade Waterfront weiter ausbreiten, lokal als Beograd na vodi bekannt. Belgrade Waterfront ist ein neues Stadtviertel am rechten Save-Ufer in Belgrad. Es grenzt sich architektonisch durch zahlreiche Wolkenkratzer deutlich vom restlichen Stadtbild ab. Umgesetzt wird das Projekt von der Immobilien-Investmentgesellschaft Eagle Hills aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Laut Präsident Vucic wurden für das neue Gelände bereits im März 2023 entsprechende Verträge unterzeichnet.

Belgrad modernisiert Bahnverkehr

Der im Bau befindliche Belgrader Bahnhof Beograd Centar, auch bekannt als Prokop, hatte bereits im Jahr 2018 den historischen Bahnhof im Stadtzentrum ersetzt. Im Oktober 2023 soll er fertiggestellt werden und dann das zugehörige Bahnhofsgebäude erhalten. Ab Ende 2026 sollen von dort dann Züge zum Flughafen Nikola Tesla und weiter bis zum Messegelände und Nationalstadion verkehren. Dafür werden 18 neue Schienenkilometer gebaut, die Geschwindigkeiten von bis zu 120 km pro Stunde erlauben. So würde die Fahrzeit zum Nationalstadion nur rund eine halbe Stunde betragen. Im Zuge dessen soll auch der Bahnhof in Neu-Belgrad (Novi Beograd) umgebaut werden. Auch hier ist der Zeitplan mit einer Bauzeit von zwei Jahren ambitioniert.

Gerade im Berufsverkehr ist Belgrad überlastet. Schon lange gibt es Pläne für eine Metro, die den Straßenverkehr in der Miostadt entlasten soll. Dieses Vorhaben konkretisiert sich nun: Die erste Metrolinie soll bis zum Jahr 2028 fertiggestellt werden. Für die Expo spielt sie damit keine Rolle mehr. Auch ein deutsches Unternehmen ist in die Planung involviert. Die Deutsche Bahn-Tochter DB Engineering & Consulting wird zusammen mit dem französischen Unternehmen Systra Dienstleistungen für den Bau der ersten Metrolinie erbringen. Insgesamt sollen die Kosten für die ersten beiden Metrolinien bei rund 4 Mrd Euro liegen.

SLOWAKEI / WIRTSCHAFT & POLITIK: AM SCHEIDEWEG

Die Slowakei ist ein wichtiger Handelspartner und Investitionsstandort für die deutsche Wirtschaft. Daher schauen die Unternehmen mit Interesse auf die Wahlen zum Nationalrat, die am 30. September stattfinden.

Der Ausgang der Stimmabgabe könnte für eine Neuausrichtung der slowakischen Politik sorgen und damit die Wirtschaftsagenda verändern. Schon der Wahlkampf verläuft polarisierend und oft ruppig. Das politische Klima ist zunehmend vergiftet.

Die Kriminalpolizei führte Razzien bei leitenden Sicherheitsbeamten durch, darunter beim Chef des Inlandsgeheimdienstes und bei einem früheren Polizeipräsidenten. Die Vorwürfe reichen von Amtsmissbrauch über Justizbehinderung bis hin zur Bildung krimineller Vereinigungen.

Die vorgezogenen Neuwahlen in der Slowakei waren notwendig geworden, nachdem Premierminister Eduard Heger Ende 2022 das Vertrauen des Parlaments verloren hatte. Seit Mai 2023 ist eine Expertenregierung am Ruder.

Prorussischer Kandidat führt in den Umfragen

Bei der letzten Umfrage von NMS Market Research vom September 2023 führt die Partei Smer-SD mit 22%. Sie ist dem Namen nach sozialdemokratisch, vertritt aber zunehmend nationalkonservative und prorussische Positionen. Dahinter folgen Progresívne Slovensko (18,1%, linksliberal) und Hlas-SD (11,4%, sozialdemokratisch). Mit Republika (nationalistisch, europaskeptisch), SNS (nationalkonservativ), OLANO (konservative Protestpartei) und Sme Rodina (rechtspopulistisch) würden weitere vier Parteien die Fünf-Prozent-Hürde schaffen. Andere Umfragen trauen sogar neun Parteien zu, die Sperrklausel zu überwinden.

Laut den aktuellen Prognosen könnte Smer-SD-Chef Robert Fico wieder eine führende Rolle im Land übernehmen. Der Politiker war bereits dreimal Ministerpräsident der Slowakei, musste 2018 nach massiven Protesten zurücktreten. Auslöser dafür war der Auftragsmord an einem Journalisten, der Korruption und Steuerdelikte auch in Ficos Umfeld recherchierte.

Der Spitzenkandidat von Smer-SD will die Militärhilfe für die Ukraine einstellen und sich für die Aufhebung der Russlandsanktionen stark machen. Experten erwarten ein Koalitionsbündnis mit kleineren Parteien wie der katholisch-konservativen KDĽ oder der rechtspopulistischen Sme Rodina.

Politische Instabilität vergrault Investoren

Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung der Slowakei (reale Veränderung)			
Indikator	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt	1,2%	1,3%	3,1%
Privatverbrauch	-0,5%	+0,9%	+2,1%
Bruttoanlageinvestitionen	11,9%	3,1%	3,6%
Export	-1,8%	+5,7%	+6,9%
Import	-5,6%	+7,0%	+6,2%
Löhne	-0,6%	+2,2%	+2,7%
Nominallöhne, in Euro	1.304%	1.433%	1.534%
Arbeitslosenquote	6,1%	5,7%	5,4%
Inflation	10,6%	4,8%	3,0%

Quelle: Slowakisches Finanzministerium, Juni 2023

Die letzten fünf Regierungen der Slowakei haben nie länger als zwei Jahre durchgehalten. Diese Unbeständigkeit wirkt sich auf das Geschäftsklima aus. Bei der Konjunkturumfrage unter europäischen Investoren im Mai war die "politische und soziale Stabilität" der am schlechtesten bewertete Standortfaktor. Auch die Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik, Transparenz bei öffentlichen Vergaben sowie die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption wurden kritisiert.

Trotzdem blicken die deutschen Unternehmen in der Slowakei "vergleichsweise gelassen" auf den Wahltermin, sagt Peter Kompalla, Geschäftsführer der Deutsch-Slowakischen Industrie- und Handelskammer. Die wirtschaftlich schwachen Impulse, die aktuell aus Deutschland als wichtigstem Handelspartner der Slowakei kommen, würden für größere Skepsis sorgen.

Das Nachbarland Ungarn zeigt allerdings auch, dass eine "patriotische Wirtschaftspolitik" den Investoren durchaus Sorgen bereiten kann. Dort beklagen ausländische Unternehmen zunehmend diskriminierende Sondersteuern, Preisdekrete und Drangsalierungen durch Behörden. Der in den Meinungsumfragen der Slowakei führende Robert Fico hat große Sympathien für Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Die tschechische Zeitung "MF Dnes" titelte bezogen auf Fico: "Russland im Herzen, Orbán als Vorbild".

Wichtiger Handelspartner für Deutschland

Die Slowakei lag 2022 auf Platz 22 der wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Als Beschaffungsmarkt belegte das Land sogar Rang 19. Die deutschen Exporte erreichten ein Volumen von 17 Mrd Euro. Das Land ist zudem ein wichtiger Produktionsstandort für deutsche Unternehmen wie VW, Schaeffler, Continental und Bosch. Nach Angaben der AHK Slowakei sorgen die rund 600 deutschen Unternehmen im Land für 139.000 Arbeitsplätze.

Nach den Vorstellungen von Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, sollten die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und die weitere Förderung der Slowakei als Innovationsstandort im Mittelpunkt der Politik stehen.

Seit der Pandemie ist das Wachstum der Slowakei ins Stocken geraten. Die verfügbaren Einkommen wachsen kaum noch. Auch 2023 bleibt die Inflationsrate zweistellig, was die Unzufriedenheit der Wähler befördert. Breite Teile der Bevölkerung unterstützen deshalb Parteien, die einfache und populistische Lösungen versprechen.

Die Konjunktorentwicklung hängt hauptsächlich vom Wohlergehen der Automobilindustrie ab. Andere Impulse fehlen. Das Finanzministerium rechnet für 2023 und 2024 mit einem leichten Anstieg des BIPs.

UKRAINE / AUSSENHANDEL: VERBESSERTE DECKUNGSKONDITIONEN

Die Regierung verbessert die Garantiekonditionen für deutsche Investitionen in die Ukraine, informiert der EKG-Report in Kooperation mit Euler Hermes.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs hat der Bund zahlreiche Investitionsgarantien für deutsche Projekte in der Ukraine unter Berücksichtigung der aktuellen Risikosituation übernommen. Die Deckung umfasste immer auch die Absicherung des Kriegsrisikos, sah aber aufgrund der Devisenbeschränkungen in der Ukraine auch Deckungseinschränkungen vor.

Ab sofort werden nicht nur Enteignungs- und Kriegsrisiken gedeckt, sondern auch Konvertierungs- und Transferrisiken für Zinszahlungen und Tilgungen auf beteiligungsähnliche Darlehen an Projektgesellschaften in der Ukraine werden jetzt abgesichert. Bei beteiligungsähnlichen Darlehen handelt es sich um langfristige Kredite, die deutsche Firmen häufig - neben der üblichen Eigenkapitalbeteiligung - zur Finanzierung ukrainischer Töchter einsetzen.

Diese Deckungserweiterung ist jetzt möglich, weil die Nationalbank der Ukraine bestimmte Transfer- und Devisenbeschränkungen für staatlich abgesicherte Darlehen aufgehoben hat. Diese Regelung gilt unabhängig davon, wann die betreffenden Darlehen gewährt wurden.

Darüber hinaus fallen, zunächst bis 2025 befristet, keine Antragsgebühren für Ukraine-Anträge an, sodass Unternehmen nur noch das jährliche Garantieentgelt zahlen müssen.

Naher Osten und mittlerer Osten

ISRAEL / MEDIZINTECHNIK: EINFUHR WIRD ERLEICHTERT

Im August verkündete das israelische Gesundheitsministerium eine Reform des Zulassungsverfahrens. Die Einfuhr zahlreicher Produkte wird künftig im Notifizierungsverfahren ermöglicht. Dabei gibt der Importeur eine Erklärung ab, dass das Produkt den Anforderungen der Gesundheitsbehörden in einem vom Ministerium zuvor festgelegten anerkannten Land entspricht.

Das neue Prozedere erleichtert die Marktzulassung erheblich. Die Verkürzung der Wartezeiten kommt laut Gesundheitsministerium nicht nur Importeuren, sondern auch den Krankenhäusern, Krankenkassen, Kliniken und Arztpraxen zugute. Deutschland zählt zu den wichtigsten Lieferanten der Branche. Die Reform des Marktzulassungsverfahrens erleichtert daher auch für viele deutsche Anbieter den Handel mit Israel.

Zulassung in „anerkannten Ländern“ erleichtert viele Importe

Das bisherige Zulassungsverfahren für Produkte der Medizintechnik beruhte auf umfassenden, detaillierten Vorabkontrollen des Gesundheitsministeriums. Importeure kritisieren es seit vielen Jahren als langwierig und bürokratisch. Auch für ausländische Anbieter sind die teils langen Wartezeiten auf eine Marktzulassung ein Ärgernis.

Voraussetzung für den Import nach Israel bleibt die bereits bestehende Zulassung eines medizinischen Produkts durch die Gesundheitsbehörden eines „anerkannten Landes“. Diese sind derzeit Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, die USA und das Vereinigte Königreich. Dabei ist nicht der Herstellungsort relevant, sondern die Zulassung in einem anerkannten Land.

Das novellierte Zulassungsverfahren unterscheidet drei Kategorien. Medizintechnische Produkte, die das Gesundheitsministerium mit „geringem Nutzungsrisiko“ klassifiziert, dürfen importiert werden, wenn der Importeur erklärt („notifiziert“), dass das Produkt den Anforderungen der

Gesundheitsbehörden in einem „anerkannten Land“ entspricht. Die Erklärung muss einmal pro Jahr erneuert werden.

Rund 40% aller medizintechnischen Importprodukte in Israel gehören laut Gesundheitsministerium zu dieser Kategorie. Beispiele sind Rollstühle, Reha-Geräte, Spritzen und Verbände.

Produkte mit „geringem bis mittlerem Nutzungsrisiko“ bilden die zweite Kategorie. Für das Notifizierungsverfahren benötigen sie die Zulassung durch Gesundheitsbehörden von mindestens zwei anerkannten Ländern. Zudem müssen sie zum Zeitpunkt der Antragstellung seit mindestens sechs Monaten in anerkannten Ländern im Handel gewesen sein.

Bei Produkten der dritten Kategorie, die als risikoreich eingestuft werden, bleibt es bei der bisherigen Genehmigungspraxis mit umfangreichen Vorabprüfungen. Als Beispiel nennt das Ministerium Stents.

Eine Sonderregelung gilt für genehmigungspflichtige Produkte, die eine Zulassung der US-amerikanischen Gesundheitsbehörde FDA besitzen und seit mindestens sechs Monaten auf dem US-Markt vertrieben werden. Für sie soll das israelische Gesundheitsministerium nach der Antragstellung innerhalb von 60 Tagen eine Genehmigung erteilen. Im Zuge dessen soll die für die Marktzulassung von Medizintechnik genutzte IT-Plattform modernisiert werden.

Der Anteil von Importen aus Deutschland schwankte von 2018 bis 2022 erheblich zwischen 10 und 17%. Die führenden deutschen Lieferkategorien waren 2022 Röntgenapparate und Ausrüstungen, die Alpha-, Beta- oder Gammastrahlen verwenden. An zweiter Stelle folgten medizinische, chirurgische und tiermedizinische Ausrüstung.

Die führende Position bei den Importen waren im Jahr 2022 medizinische, chirurgische und tiermedizinische Instrumente, Apparate und Geräte (SITC 872), gefolgt von Röntgenapparaten und Ausrüstungen, die Alpha-, Beta- oder Gammastrahlen verwenden (SITC 774.2), sowie von Elektrodiagnoseapparaten und -geräten (SITC 774.1).

Zu den führenden deutschen Herstellern von Medizintechnik in Israel gehört Siemens. Der Technologiekonzern ist mit einer israelischen Tochterfirma, Siemens Healthineers, vertreten. Das Unternehmen Sartorius vertreibt seine Produkte über Sartorius Israel, einem mit einer israelischen Firma gegründeten Unternehmen. Der Hersteller Dräger arbeitet seit 1958 mit ihrem israelischen Vertriebspartner zusammen. Auch B. Braun ist mit einem israelischen Partner präsent.

KATAR / ROHSTOFFE: DIE ZUKUNFT IST BLAU

Katar ist einer der größten Erdgasproduzenten der Welt, und plant in Zukunft eine regionale Führungsrolle in der Wasserstoffindustrie einzunehmen. Dabei konzentriert sich das Land insbesondere auf die Produktion von blauem Wasserstoff. Dieser wird aus Erdgas gewonnen. Parallel dazu setzt der Golfstaat auf die Carbon Capture and Storage (CCS)-Technologie - ein Prozess, der die Abscheidung, den Transport und die sichere Lagerung von Kohlendioxid beinhaltet.

Dabei erweisen sich die geologischen Formationen Katars als wertvolles Kapital. Sie haben über Jahrmillionen Erdgas sicher beherbergt und könnten nun als potenzielle Speicher für CO₂ genutzt werden. Große, bereits erschlossene Erdgasfelder würden dabei eine zentrale Rolle spielen. Sie haben ihre Eignung zur sicheren und langfristigen Gasspeicherung bereits unter Beweis gestellt und könnten daher für die CCS-Technologie nutzbar gemacht werden, heißt es in einem Bericht der Fachzeitschrift Science Direct.

Darüber hinaus könnten die bestehenden Infrastrukturen, die zur Förderung des Erdgases eingesetzt wurden, auch für die Einspeisung von CO₂ genutzt werden. Das würde zu erheblichen Kosteneinsparungen führen. Dieser strategische Einsatz vorhandener Ressourcen verschafft dem Land einen klaren Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Nationen.

Nationale Projekte und ambitionierte Ziele angekündigt

Im Oktober 2021 kündigte die Golfmonarchie an, bis 2030 jährlich 9 Mio t CO₂ zu speichern. Dafür kündigte der staatliche Energiekonzern QatarEnergy ein CCS-Projekt im Wert von 200 Mio US-Dollar an, das im Rahmen der Erweiterung des North-Field-Vorhabens umgesetzt werden soll. Dabei

soll die Produktion von verflüssigtem Erdgas von derzeit jährlich etwa 80 Mio t bis Ende 2027 auf 126 Mio t erhöht werden.

Weiterhin setzt das Land auf Solarenergie, wie der Bau der Solaranlage Al Kharsaah zeigt. Das Kraftwerk erstreckt sich über 10 qkm und umfasst mehr als 1.800.000 Solarmodule. Al Kharsaah wurde im Oktober 2021 von Scheich Tamim bin Hamad Al-Thani, dem Emir des Landes, eingeweiht und ist seit Oktober 2022 in Betrieb. Mit einer Gesamtkapazität von 800 MW ist es eines der größten Solarkraftwerke in der Region und soll 10% des Spitzenstrombedarfs des Landes decken. Darüber hinaus plant Qatar Energy erneuerbare Energien mit einer Kapazität von 4 GW bis zum Ende des Jahrzehnts zu installieren, um sowohl den eigenen Betrieb zu dekarbonisieren als auch in das nationale Stromnetz einzuspeisen.

Die Qatar Fertiliser Company (QAFCO), eine Tochtergesellschaft von QatarEnergy, verfolgt das ehrgeizige Ziel, die weltweit größte Anlage für blaues Ammoniak mit einer Kapazität von 1,2 Mio t pro Jahr zu errichten. Zur Umsetzung dieses Vorhabens wurde ein detaillierter Bauplan erstellt. Dieser umfasst die Errichtung einer Wasseraufbereitungsanlage, Dampferzeugung, Kohlenstoffabscheidung und -speicherung sowie Anlagen zur Ammoniakproduktion und -verarbeitung. Die Kosten für das Projekt belaufen sich nach offiziellen Angaben auf umgerechnet 1,06 Mrd Dollar.

Die Inbetriebnahme ist für das erste Quartal 2026 vorgesehen. Nach ihrer Fertigstellung wird die Anlage nicht nur die Ammoniakproduktion des Landes deutlich erhöhen, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der CO2-Emissionen leisten. Den Auftrag für Engineering, Beschaffung und Bau erhielt ein Konsortium aus dem deutschen Unternehmen thyssenkrupp und der griechischen Consolidated Contractors Company. Der Vertrag wurde am 31. August 2022 unterzeichnet.

Darüber hinaus plant QatarEnergy den Bau einer direkten Pipeline für den Transport des Ammoniaks zu den Verbrauchszentren im In- und Ausland. Damit sollen neue Märkte erschlossen und bestehende Handelsbeziehungen gestärkt werden, sagte Al-Thani in Interviews mit verschiedenen katarischen Medien.

TÜRKEI / KONJUNKTUR: ERDOGAN ERKLÄRT ABKEHR VON NIEDRIGZINSEN

Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan stellte am 6. September 2023 das neue mittelfristige Programm (MTP) für die Jahre 2024 bis 2026 vor. Dieser im Dreijahresturnus veröffentlichte Wirtschaftsplan fokussiert diesmal auf Strategien, um die Inflation zu reduzieren und das Wachstums zu fördern.

Zielwerte des mittelfristigen Programms 2024 bis 2026					
	2022 *	2023	2024	2025	2026
BIP (in Mrd. US\$)	906	1.067	1.119	1.205	1.318
BIP pro Kopf (in US\$)	10.659	12.415	12.875	13.717	14.855
Reales BIP-Wachstum (Veränderung)	+5,5%	+4,4%	+4,0%	+4,5%	+5,0%
Privater Konsum (Veränd.)	+17,8%	+10,9%	+3,5%	+4,3%	+4,4%
Private Bruttoanlageinvestitionen (Veränderung)	-0,6%	+5,1%	+4,0%	+4,3%	+5,0%
Inflation zum Jahresende	+64,3%	+65,0%	+33,0%	+15,2%	+8,5%

* Ist-Wert. Quelle: Amtsblatt Resmi Gazete 2023

Der Staatschef erklärte, dass mit Hilfe einer restriktiven Geldpolitik die Inflation bis 2026 auf einstellige Werte gesenkt werden soll. Das Inflationsziel des MTP zum Jahresende 2023 liegt bei 65%. Im August betrug die Preissteigerung 59%. Energiekosten werden die Inflation in den kalten Wintermonaten wieder antreiben. Die hohe Inflation ist das derzeit schwerwiegendste Problem der türkischen Wirtschaft. Er versprach bei der MTP-Präsentation fiskalische Disziplin und bewertete diese als

Grundstein für Vertrauen und Stabilität in die türkische Wirtschaft. Dies markiert eine Abkehr von Erdogans Niedrigzinspolitik, um kurzfristiges Wachstum über Exporte und Konsum zu erzielen.

Inflationsbekämpfung hat Priorität

Der neue Finanzminister Mehmet Simsek und die Zentralbankchefin Hafize Gaye Erkan verfolgen seit Erdogans Wiederwahl eine strenge Finanz- und Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, die Inflation durch niedrige Zinsen und einen schwächeren Konsum zu senken. Erkan hat den Leitzins schrittweise von 8,5 auf 25% angehoben. Das mittelfristige Programm scheint den Willen Erdogans zu zeigen, diese Neuausrichtung zu unterstützen.

Allerdings stehen Ende März 2024 Kommunalwahlen an, und das Zeitfenster für bei der Bevölkerung unpopuläre, restriktive Maßnahmen wie weitere Zins- oder Steuererhöhungen ist begrenzt. Denn Erdogan möchte Istanbul und Ankara von der Opposition zurückgewinnen. Vor der Wahl im Mai 2023 hatte er zudem Wahlgeschenke verteilt, wie Rentenerhöhungen, Erleichterungen der Renteneintrittsvoraussetzungen oder einen Monat kostenloses Gas für die Bevölkerung. Maßnahmen wie diese stünden im Widerspruch zu einer straffen Geldpolitik. Außerdem hatte die türkische Zentralbank auf Druck der Politik den Wechselkurs der Türkischen Lira durch Devisenverkäufe und andere Maßnahmen gestützt. Simsek und Erkan wollen den Lirakurs wieder stärker dem Markt überlassen. Sie fahren die Stützungskäufe und andere Maßnahmen wie gegen Währungsverluste gesicherte Lira-Einlagenkonten (KKM) zurück, die zwar maßgeblich dazu beigetragen haben, den Lirakurs zu sichern, aber für den Staat auch sehr teuer waren.

Weltbank erhöht Kreditpaket

Die Weltbank gab nach Veröffentlichung des MTP bekannt, dass sie ihre Mittel für die Türkei in den nächsten drei Jahren von 17 Mrd auf 35 Mrd US-Dollar aufstocken wird. Dies umfasst auch direkte Kredite für die Regierung, um die Privatwirtschaft zu stützen. Ein Sprecher der Weltbank erklärte, diese Entscheidung sei eine Reaktion auf Ankaras Entschlossenheit, die makroökonomische Stabilität wiederherzustellen.

Das mittelfristige Programm nennt sieben Schlüsselbereiche für Strukturreformen: - Wachstum und Handel - Preisstabilität und Finanzstabilität - Grüne und digitale Transformation - Geschäfts- und Investitionsumfeld - Öffentliche Finanzen - Humankapital und Beschäftigung - Katastrophenmanagement Vizepräsident Cevdet Ylmaz erklärte, dass das Wachstum und der Handel durch die Unterstützung des industriellen Wandels gefördert werden sollen. Außerdem würden Maßnahmen ergriffen werden, um die Logistik auf der Schiene zu verbessern. Reformen auf den Finanzmärkten sollen zur Preis- und Finanzstabilität beitragen. Im Bereich des Geschäfts- und Investitionsumfelds stehen Themen wie transparente und berechenbare Vorschriften in Übereinstimmung mit internationalen Normen sowie die Vereinfachung bürokratischer Verfahren auf der Agenda.

Führende Wirtschaftsverbände haben das MTP positiv aufgenommen.

TÜRKEI / NAHRUNGSMITTEL: HOHES WACHSTUMSPOTENZIAL

Die Türkei profitiert von günstigen geografischen und klimatischen Bedingungen, die sie zum siebtgrößten Agrarproduzenten weltweit machen. Das Land ist einer der führenden Hersteller von getrockneten Feigen, Haselnüssen, Sultaninen und Rosinen, getrockneten Aprikosen, Honig sowie ein wichtiger regionaler Produzent von Milch und Milchprodukten. Die Türkei importiert landwirtschaftliche Produkte vor allem aus den Ländern der Europäischen Union, insbesondere den Niederlanden und Deutschland.

Viele internationale Unternehmen haben die Türkei als Produktionsstandort und Export-hub gewählt. Der Inlandsmarkt ist groß und wächst kontinuierlich. Mit rund 85 Mio Menschen, darunter viele junge und konsumfreudige Verbraucher, bietet das Land ein attraktives Absatzpotenzial. Die Tourismusbranche spielt ebenso eine bedeutende Rolle bei der Nachfrage von Nahrungsmitteln und Getränken.

Großinvestition geplant

Die Alarco Holding hat im Mai angekündigt, dass sie ab diesem Jahr ihre Aktivitäten im Bereich Landwirtschaft und Ernährung unter der Marke Alto Farm aufnehmen wird. Die Gruppe plant, bis 2028 über 650 Mio Dollar in die Agrar- und Lebensmittelbranche zu investieren und einer der weltweit größten Produzenten zu werden. Das Ziel sei es, zunächst Kapazitäten für den Gewächshausanbau von 300.000 t Obst und Gemüse pro Jahr aufzubauen und dann den Fokus auf Freilandflächen zu verlagern.

Mehr Unternehmen setzen auf nachhaltige Produkte und Verpackungen, die umweltfreundliche Materialien verwenden, um die Konsumenten für sich zu gewinnen. Auch in der Politik wird den Themen Nachhaltigkeit und der Vermeidung von Müll mehr Bedeutung beigemessen. Anfang 2019 wurden Tragetaschen in Supermärkten kostenpflichtig. Ende des Jahres 2019 wurde die Verordnung zur Recyclingabgabe GEKAP im Amtsblatt veröffentlicht, die von Produzenten, die Einwegverpackungen verwenden, erhoben wird.

Der E-Commerce im Lebensmittelhandel hat seit Beginn der Corona-Pandemie signifikant zugenommen und die Einzelhändler bauen ihre Online-Angebote weiter aus. Sogar Discounter wie A101 oder Sok bieten mittlerweile Lieferdienste an. In den Großstädten gibt es ein engmaschiges Netzwerk von Lieferanten, die Haushalte schnell und in der Regel kostenlos beliefern. Branchenexperten zufolge bestehen jedoch Defizite in der Logistik für gekühlte oder tiefgefrorene Produkte, was Marktchancen für Anbieter von kleineren Kühllösungen eröffnen könnte.

Die Nachfrage nach importierten, hochwertig verarbeiteten Lebensmitteln dürfte mittel- und langfristig steigen. Dies gilt vor allem für die wohlhabenderen Großstädte im Westen des Landes. Die wachsende Mittelschicht und die Offenheit der jüngeren Generation für internationale Produkte könnten zu einem erhöhten Bedarf an internationalen Lebensmitteln führen. Das Angebot an Fertiggerichten und Convenience-Produkten ist bisher begrenzt, könnte sich jedoch mit dem zunehmenden Anteil berufstätiger Frauen und der steigenden Anzahl von Single-Haushalten in den Städten ändern.

Es wird erwartet, dass auch die Nachfrage nach funktionellen Lebensmitteln steigen wird. Derzeit sind Diabetiker- und glutenfreie Lebensmittel nur in begrenztem Umfang verfügbar. Diätprodukte stellen ebenfalls noch ein Nischensegment dar, aber mit zunehmendem Gesundheitsbewusstsein könnte der Bedarf steigen. Gesundes Essen entwickelt sich zum Trend, insbesondere in den höheren Einkommensklassen und teilweise auch bei der Mittelschicht. Organische Lebensmittel sind bisher vor allem bei Milchprodukten, Säuglingsnahrung und Snacks verbreitet. Auch angereicherte Babynahrung mit Nährstoffen und Vitaminen hat Wachstumspotenzial, obwohl die Auswahl noch begrenzt ist.

SAUDI-ARABIEN / ROHSTOFFE: IEA: KÜRZUNGEN FÜHREN ZU ERHEBLICHEM ENGPASS

Die Entscheidung Saudi-Arabiens, die Kürzung der Rohölförderung bis zum Jahresende zu verlängern, wird wahrscheinlich zu einem erheblichen Versorgungsengpass für den Rest des Jahres führen und die Preise an der Zapfsäule weiter steigen lassen, erwartet die Internationale Energie-Agentur (IEA). In ihrem Monatsbericht erklärte die Agentur, dass die Kürzungen der Opec, in dem Saudi-Arabien der größte Produzent und de facto Marktführer ist, dazu geführt haben, dass seit Januar täglich 2,5 Mio Barrel vom Markt genommen wurden.

Allerdings seien die Opec-Kürzungen durch das Rekordangebot aus den USA und Brasilien gemildert worden. Die Rücknahme der Förderkürzungen im Jahr 2024 sollte den Markt wieder in den Überschuss bringen, aber ein Mangel an Ölvorräten könnte eine hohe Volatilität auf dem Markt bedeuten, so die IEA weiter.

Die Kürzungen kommen zu dem Umstand hinzu, dass die IEA mit einem weiteren Nachfragewachstum rechnet, wobei die Ölnachfrage laut IEA bis 2023 um 2,2 Mio auf durchschnittlich 101,8 Mio bpd steigen soll. Dieses Nachfragewachstum dürfte sich im nächsten Jahr auf 1 Mio bpd abschwächen, was einem Durchschnitt von 102,8 Mio bpd entspricht.

Der Nachfragerückgang sei darauf zurückzuführen, dass sich die chinesische Wirtschaft von der Pandemie nur langsam erhole und der zunehmende Einsatz von E-Autos der Verbrauch von fossilen Brennstoffen senkt. Es wird jedoch erwartet, dass 75% des Nachfrageanstiegs in diesem Jahr auf China entfallen werden.

SAUDI-ARABIEN / ROHSTOFFE: RIAD SCHÜRFT TIEFER

Saudi-Arabien verfügt über große, noch nicht erschlossene Erzvorkommen und sucht internationale Partner, um bestehende Minen auszubauen und neue Lagerstätten zu erschließen. Die Regierung des Königreichs hat sehr ambitionierte Ziele für den Bergbau und die nachgelagerten Industrien. Der Sektor soll nach der Öl- und Gasförderung sowie der Petrochemie zu einer weiteren zentralen Säule der saudi-arabischen Wirtschaft werden.

Das Ministerium für Industrie und Bergbau beziffert die Wertschöpfung des Bergbaus und der Metallindustrie für 2019 mit insgesamt 17 Mrd US-Dollar. Im Jahr 2030 sollen es 75 Mrd Dollar sein. Beobachter gehen zwar von einer dynamischen Entwicklung des Sektors aus, halten das angestrebte Wachstumstempo aber für wenig realistisch.

Privatsektor soll Hauptinvestor werden

Bislang sind staatliche Akteure die tragende Säule des Bergbaus und der Metallindustrie. Zukünftig sollen jedoch vor allem private Unternehmen aus dem In- und Ausland die Entwicklung vorantreiben. Nach Angaben des Ministeriums für Industrie und Bergbau aus dem Jahr 2022 sollen mittelfristig 25 Mrd Dollar an Investitionen in den Bergbau fließen. Den Investitionsbedarf für mögliche Projekte in der Metallindustrie beziffert das Ministerium mit über 30 Mrd Dollar, wobei die Basis dieser Berechnung unklar ist.

Große, in vielen Landesteilen noch wenig erforschte Rohstoffvorkommen machten das Land für ausländische Investoren attraktiv, so das Ministerium. Der Wert der Rohstoffe könne laut einer offiziellen Schätzung 1,3 Bill Dollar erreichen. Im Jahr 2021 trat ein neues Investitionsgesetz für den Bergbau in Kraft, das privates, insbesondere ausländisches Engagement ankurbeln soll.

Großes Interesse an Explorationslizenzen

Auf dem "Future Minerals Forum" in Riad stellte das Ministerium für Industrie und Bergbau im Januar dem Privatsektor sechs Projekte vor, die beschleunigt umgesetzt werden sollen:

Ar Ridaniyah (Riad), 78 qkm; Zink, Silber Bir Umq (Madinah), 187 qkm; Kupfer, Zink Jabal Idsas (Riad), 121 qkm; Eisen Jabal Sahabiyah (Asir), 283 qkm; Zink, Blei, Kupfer, Eisen Muhaddad (Asir), 139 qkm; Kupfer, Zink, Gold Umm Hadid (Riad), 246 qkm; Silber, Zink, Blei, Kupfer Die Vergabe der Explorationslizenzen erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst fordert das Ministerium Unternehmen auf, Interessenbekundungen abzugeben. Aus der Gruppe der Interessenten erstellt das Ministerium eine Liste von präqualifizierten Unternehmen, die sich um eine Explorationslizenz bewerben dürfen. Die letzten Schritte sind die Aufforderung zur Angebotsabgabe und die Lizenzvergabe.

Die Angebote für Muhaddad und Ar Ridaniyah liegen bereits vor. Insgesamt 13 Unternehmen/Konsortien hatten sich präqualifiziert. Eine Vergabe wird in Kürze erwartet. Für Umm Hadid, Bir Umq und Jabal Sahabiyah sind zehn Interessenten präqualifiziert.

Die Präqualifizierungsverfahren für zwei Vorkommen in der Provinz Asir (Al Halahilah und An Nimas) sowie für die Eisenerzvorkommen Jabal Idsas könnten noch 2023 beginnen. In den Lagerstätten Al Halahilah und An Nimas gibt es vor allem Kupfer- und Goldvorkommen.

Zwei Explorationslizenzen wurden 2022 vergeben. Ein Konsortium aus dem kanadischen Unternehmen Barrick und der staatlichen Saudi Arabian Mining Company (Ma'aden) erhielt eine Explorationslizenz für die Umm-al-Damar-Vorkommen mit Kupfer-, Zink-, Gold- und Silbererzen.

Seit 2016 fördert ein 50:50-Joint-Venture aus Barrick und Ma'aden Kupfererz in der Jabal Sayid Region rund 350 km nordöstlich von Jeddah. Dort werden jährlich 45.000 t Kupferkonzentrat gewonnen.

Ein Konsortium der britischen Moxico Resources Company und der lokalen Ajlan & Bros Mining Company erwarb im September 2022 für 73 Mio Dollar eine Lizenz für die Khnaiguiyah-Lagerstätten. Hier sollen jährlich 55.000 t Kupfer- und Zinkkonzentrat produziert werden, möglicherweise auch Mangan.

Ma'aden bleibt wichtigster Akteur



Die staatliche Ma'aden bleibt weiterhin wichtigster Akteur

Das zunehmende private Engagement im Bergbau und in der Metallindustrie wird vorerst nichts daran ändern, dass die staatlich kontrollierte Saudi Arabian Mining Company eine zentrale Rolle spielt. Der Staat hält an dem börsennotierten Unternehmen eine Beteiligung von 65,4%. Der Jahresumsatz stieg 2022 auf 10,7 Mrd Dollar.

Nach dem Phosphatabbau und der Düngemittelherstellung ist die Bauxit- und Aluminiumgewinnung mit einem Jahresumsatz von etwa 3 Mrd Dollar (2022) der zweitgrößte Geschäftsbereich von Ma'aden. Das Unternehmen fördert jährlich 5 Mio t Bauxit in den Al-Baitha-Minen. Daraus produzierte die Raffinerie in Ras Al Khair 2022 rund 1,75 Mio t Aluminiumoxid. Der Ausstoß der Aluminiumschmelze betrug 950.000 t. Das Walzwerk verarbeitete 310.000 t.

Ma'aden hat 2022 etwa 335.000 Unzen Gold gewonnen. Mit der schrittweisen Inbetriebnahme der Mansourah-Massarag-Minen soll die jährliche Goldproduktion um 250.000 Unzen steigen. Mittelfristig strebt Ma'aden eine Goldförderung von 1 Mio Unzen pro Jahr an.

Ausfuhren metallurgischer Erze stark gestiegen

Nach saudi-arabischen Zollangaben haben sich die Ausfuhren metallurgischer Erze in den letzten Jahren stark erhöht. Zwischen 2019 und 2022 stieg der Exportwert von 417 Mio auf 873 Mio Dollar (HS-Position 26). Detaillierte Daten liegen bislang nur bis 2021 vor, als 775 Mio Dollar verbucht wurden. Der größte Abnehmer war 2021 China mit 536 Mio Dollar. Es folgten Indien (98 Mio Dollar), Japan (81 Mio Dollar) und Deutschland (46 Mio Dollar). Fast 87% der Erzausfuhren entfielen auf Kupfererze und -konzentrate.

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE / WIRTSCHAFT & POLITIK: VEREINBARUNG MIT HONGKONGER WIRTSCHAFTSKAMMER GETROFFEN

Die größte Freihandelszone der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) hat mit einer Wirtschaftskammer aus Hongkong eine Absichtserklärung unterzeichnet, um ihre Handelsbeziehungen zu fördern, berichtet die „South China Morning Post“.

Die Vereinbarung zwischen dem Dubai Multi Commodities Centre (DMCC) und der Hongkong-Middle East Business Chamber beinhaltet Wissenstransfer und die Bereitstellung von Handels- und Logistikunterstützung.

Hongkong wirbt inmitten der Spannungen zwischen Beijing und Washington um den Nahen Osten als potenzielle Kapitalquelle. Die DMCC ist die größte Freihandelszone der VAE und wurde im Jahr 2002 gegründet. Sie beherbergt derzeit etwa 23.000 Unternehmen, davon 800 aus China. 11% der ausländischen Investitionen, die nach Dubai fließen, sind allein in der DMCC angesiedelt.

Letzte Woche unterzeichneten Dubais Ministerium für Wirtschaft und Tourismus und Hongkongs Büro für Finanzwesen und -dienstleistungen eine Vereinbarung zur Einrichtung eines Wirtschaftskorridors zur Förderung des grenzüberschreitenden Handels. Ebenfalls Inhalt der Abmachung waren die Bereiche Fintech, grünes Finanzwesen und Family Offices.

In Dubai gibt es etwa 30 Freihandelszonen, die nicht unter das Gesetz für Handelsgesellschaften der VAE fallen. Die Standorte haben ihre eigenen regulatorischen Zuständigkeiten und bieten 100% ausländisches Eigentum und Steuerfreiheit.

Welt

WELT / AUSSENHANDEL: HANDELSBESCHRÄNKUNGEN NEHMEN WELTWEIT ZU

Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die Ernährungskrise, geopolitische Spannungen, die Energiewende sowie der Klimawandel hat sich die Zahl der seit 2020 verhängten Handelsbeschränkungen laut IWF seit 2019 verdreifacht. Sie beschränken die ausgetauschten Volumina, erhöhen die Kosten für Unternehmen und beeinträchtigen Lieferketten. Insbesondere in den letzten Wochen wurden auf der ganzen Welt neue De-facto- oder De-jure-Beschränkungen eingeführt, wie eine Analyse von Credendo zeigt.



Viele Länder begrenzen ihre Ausfuhren zum Schutz der Binnenkonjunktur

Die USA versuchen, Chinas Zugang zu oder Produktion von hochmodernen Chips einzuschränken, die in sensiblen Bereichen wie Militär und künstlicher Intelligenz zum Einsatz gelangen. Zu diesem Zweck haben die USA im letzten Jahr Ausfuhrkontrollen für moderne Chips eingeführt, und US-amerikanische Firmen dürfen in China keine Investitionen mehr in moderne Halbleiter tätigen.

In Reaktion zu den diversen westlichen Ausfuhrkontrollen beschränkte China Juli den Export für Gallium und Germanium. Seit Anfang August müssen chinesische Exporteure für die Ausfuhr dieser Metalle eine Lizenz des Handelsministeriums beantragen. Der Umfang der Auswirkungen wird davon abhängen, in welchem Maße dies den tatsächlichen Export beeinträchtigt. Eine Blockade sämtlicher Ausfuhren aus China wäre ein ernsthaftes Problem, da die Suche nach alternativen Quellen Jahre dauern und hohe Kosten verursachen würde.

Die wachsende Nachfrage nach kritischen Rohstoffen wie Seltene Erden, Lithium, Kobalt und Nickel für die Dekarbonisierung der Wirtschaft bewirkt einen Anstieg des internationalen Handels, die im Gegenzug einen Anstieg von Ausfuhrbeschränkungen, vorwiegend in Form von Exportsteuern, nach sich zieht. Die OECD-Datenbank über Handelsbeschränkungen für Rohstoffe zeigt, dass Beschränkungen für kritische Rohstoffe seit 2009 um ein Fünffaches zugenommen haben, und dass 10% des globalen Handels mit kritischen Rohstoffen heute mindestens einer Maßnahme unterliegen.

Der Anstieg von Ausfuhrbeschränkungen für Nahrungs-, Futter- und Düngemittel seit dem Ukraine-Krieg ist besonders auffallend. Während die Welthandelsorganisation Anfang 2022 lediglich eine Beschränkung für diese Güter feststellte, war diese Zahl Ende Februar auf 68 gestiegen und lag Mitte Juli immer noch bei 59. Daneben kann auch der Klimawandel Grund für die Einführung von Handelsbeschränkungen sein. Am 20. Juli kündigte Indien ein sofortiges Ausfuhrverbot für weißen Nicht-Basmati-Reis an, um angesichts steigender Preise infolge von schweren Monsunregenfällen die inländische Versorgung zu schützen.

Weiterhin wird der Warenhandel auch von Durchfahrtsbeschränkungen im Panamakanal infolge einer Dürre in der Region beeinträchtigt. Dies verursacht Verzögerungen durch Schiffswartezeiten und Zusatzkosten für Reedereien. Bisher ist es jedoch zu keinen großen Verkehrsstörungen gekommen, und aufgrund einer Überkapazität an Containern auf dem Markt sollten Frachtratenhöhen begrenzt bleiben. Die Frachtraten in der Containerschifffahrt zwischen Shanghai und New York sind zwischen Ende Juni und Ende August um 37% gestiegen.

WELT / ELEKTRONIK: OHNE SIGNAL KEINE AUTOMATISIERTEN LAGERHALLEN

Roboter, die durch die Lagergänge rollen, um Waren zu finden und zu kommissionieren, brauchen eine Hochgeschwindigkeitsverbindung, damit sie auf dem richtigen Weg bleiben. Autonome Gabelstapler benötigen ein Signal, um Paletten von den Laderampen zu den Lagerregalen zu befördern. Selbstfahrende Lastwagen müssen eine GPS-Verbindung aufrechterhalten, um sie auf dem richtigen Weg von Produktionsstätte zum Lager zu halten.

Während Unternehmen ihre Betriebe mit immer ausgefeilteren Maschinen aufrüsten, stellen viele fest, dass die vorhandenen Internetverbindungen den Anforderungen der neuen Technik nicht genügen. Für einige kann dies teure und zeitaufwändige Upgrades bedeuten, so Branchenexperten.



Ohne zuverlässige Internetverbindung nutzt die neuste Technik nichts

Häufig wurde „bereits eine Technologie ausgewählt, die eingesetzt werden soll, bevor diese Frage überhaupt auftaucht“, so Nick Leonard vom Logistiksoftwareanbieter SVT Robotics in Norfolk, USA. „Oft laufen die Standorte im Wesentlichen mit ihrer Telefoninfrastruktur oder nur mit einer einfachen Internetverbindung für die Bearbeitung von E-Mails.“

Dies verdeutlicht eine der Herausforderungen, wenn Logistiker ihre Abläufe mit mehr Technologie ausstatten - von der Automatisierung von Containerterminals bis hin zum Einsatz Künstlicher Intelligenz für die Sendungsverfolgung. Die sich rasch entwickelnde Technologie stellt neue Anforderungen und der Aufbau entsprechender Kapazitäten kann sich für Industriebetriebe in ländlichen

Gebieten, die weit von der bestehenden Infrastruktur entfernt sind, oder in städtischen Gebieten, die hohe Anforderungen an das Stromnetz stellen, als besonders schwierig erweisen.

Leonard zufolge kann die Aufrüstung des Internetanschlusses so einfach sein wie ein Anruf beim Anbieter, um die Bandbreite zu erhöhen, oder so kompliziert wie die Installation von Glasfaserkabeln, Antennen und Serverräumen, je nach Art der hinzukommenden Automatisierung und der vorhandenen Verbindungen. Solche Upgrades können teuer werden.

Einige Betreiber installieren private 5G-Netzwerke, die laut Experten ein schnelleres und stabileres Internet als herkömmliche Wi-Fi-Netzwerke bieten kann. Etwa 45% der Führungskräfte im Transportwesen und 35% der Führungskräfte in der Fertigung, die vom Marktforschungsunternehmen Gartner 2022 befragt wurden, gaben an, dass sie in den nächsten 24 Monaten in 5G investieren wollen. Damit kann selbst bei Stromausfall oder Cyber-Angriffen eine starke, sichere Internetverbindung gewährleistet werden, so Experten.

„Wenn man an autonome Fahrzeuge oder Roboter denkt, benötigen sie viele verschiedene Arten von Sensor- und Bilddaten, um Entscheidungen zu treffen und autonom zu operieren. Diese Daten müssen sie zuverlässig und rechtzeitig erreichen“, so Harpreet Dhillon, Professor an der Virginia Tech.

Bis zur breiten 5G-Einführung in der Industrie ist es noch ein weiter Weg, auch weil nicht alle Lagerautomaten damit kompatibel sind. Roboter, die für den Einsatz mit Wi-Fi entwickelt wurden, müssen erst angepasst werden.

WELT / WINDENERGIE: 60% DES TURBINEN-MATERIALS KOMMT AUS CHINA

Der Fachverband Power Systems im deutschen Anlagenbauer-Verband VDMA hat in der Debatte über innereuropäische Wertschöpfungsketten Zahlen zur Rolle Chinas in der europäischen Windkraft präsentiert. Geschäftsführer Dennis Rendschmidt gab am 12. September vor der Presse dem Standortleiter des Windturbinen-Herstellers GE in Salzbergen, Dimitri Schneider, das Wort, der schätzte, dass im europäischen Durchschnitt circa 60% des Materials von Windturbinen direkt oder indirekt aus China kommen.

Dies betreffe, so Schneider, Rohstoffe, Stahl sowie Guss- und Schmiedeteile. Der Ukraine-Krieg habe viele russische und ukrainische Firmen mit Guss- und Schmiedekenntnissen aus Deutschland abgezogen, die nicht ersetzt werden könnten. Es gebe zwar auch hierzulande Gießereien, aber nur wenige könnten die für Windenergieanlagen nötigen Abmessungen liefern.

Mittlerweile rüsteten chinesische Windturbinen-Hersteller auch die Parks in Europa aus. Die installierte Leistung auf dem Kontinent mit chinesischen Windrädern belaufe sich auf 2.800 MW. Die Windparks befänden sich in Italien, allen voran Goldwind mit dem 40-MW-Offshore-Windpark „Tarranto“, Rumänien und Serbien. Umgekehrt sei der chinesische Markt für europäische Hersteller abgeschottet.



Rendschmidt nennt den Wettbewerb mit der Volksrepublik unfair

Rendschmidt nannte den Wettbewerb mit der Volksrepublik unfair und machte dies an den niedrigeren Produktionsstandards und an der Subventionspolitik des Landes fest. Er wiederholte seinen Appell, nur noch präqualifizierte Hersteller an europäischen Erneuerbaren-Ausschreibungen teilnehmen zu lassen.

Ähnlich dem Lieferkettengesetz, hinter dem der VDMA Power Systems im Grundsatz, wenn auch nicht in jedem Detail stehe, sollen Hersteller bei Ausschreibungen nach den Vorstellungen Rendschmidts nachweisen, dass sie und ihre gesamte Lieferkette europäische Umwelt- und Arbeitsstandards einhalten. „Es kann doch nicht egal sein, wie Energiewende-Produkte hergestellt werden!“, kommentierte er.

Dimitri Schneider von GE Renewable Energy beteuerte, dass sein Werk in Salzbergen nur Zulieferer akzeptiere, die solche Standards einhalten. Daher würde sich zumindest die Produktion von GE im Falle einer verpflichtenden Lieferketten-Regulierung nicht verteuern, meinte er. Zu anderen Herstellern wollte Schneider nichts sagen.

An anderer Stelle sagte Rendschmidt, europäische Windparks sollten mit europäischen Windenergieanlagen errichtet werden. Dafür sprächen „geostrategische, im Zweifel sicherheitspolitische“ Gesichtspunkte.

Dass chinesische Hersteller theoretisch dereinst selbst in Europa produzieren, wäre auch nicht unweigerlich eine Lösung des Problems, meinte Rendschmidt. Man müsse schauen, ob sich dann nicht die Subventionierung auf den Export von Arbeitskräften verlagere. Derzeit verhandelt das Wirtschaftsministerium unter anderem mit dem VDMA über Staatsbürgschaften für die deutsche Windindustrie.

WELT / VERSICHERUNGEN: STEIGENDE PREISE FÜR RÜCKVERSICHERUNGEN ERHÖHEN DEN DRUCK



Wie jedes Jahr trifft sich die Branche im Hotel Fairmont Monte-Carlo

Das Klima in Monte Carlo ist dieses Jahr ruhiger. Auf dem traditionellen Rückversicherungstreffen Rendez-Vous de Septembre, bei dem die Vertragserneuerungen verhandelt werden, loben die Führungskräfte der Branche den „konstruktiven Dialog“ mit ihren Kunden. Aber nach zehn Jahren billiger Rückversicherung warteten die Erneuerungen vom 1. Januar 2023 mit Preiserhöhungen von bis zu 50% bei Katastrophenverträgen im Bereich Sachschäden auf.

Die Rückversicherer haben also ihren Ton geändert, nicht aber ihre Ziele. Zwar werden die Tarifierhöhungen und die strengeren Zeichnungsbedingungen in diesem Jahr weniger heftig ausfallen, aber es ist noch ein weiter Weg, bis sie ihre Rentabilität wiederherstellen können. „Wir haben die Last der Volatilität fünf Jahre lang getragen. Die Eigenkapitalrendite der Rückversicherer hat die Kapitalkosten in der ersten Hälfte des Jahres 2023 gerade erst übertroffen. Wir brauchen mehr als ein halbes Jahr mit einer anständigen Rendite“, sagt Jean-Paul Conoscente von Scor Global P&C.

Vorausgesetzt, die guten Ergebnisse der Rückversicherer werden in der zweiten Jahreshälfte bestätigt - die Hurrikansaison im Atlantik hat gerade erst begonnen -, dürften die Tarifierhöhungen zum 1.

Januar 2024 also moderater, aber immer noch „zweistellig“ ausfallen, warnt Conoscente. In diesem Jahr ist es schwierig, den großen globalen Rückversicherern eine Schätzung zu entlocken. „Das Kartellgesetz hindert uns daran, unsere Tarife bekannt zu geben“, antwortet Thomas Blunck der Münchener Rück.

Die Rückversicherer müssen aufpassen, dass sie nicht den Ast absägen, auf dem sie sitzen, indem sie ihr Underwriting reduzieren, analysiert Benoit Butel von LSN Ré Walbaum. Angesichts der verschärften Bedingungen im letzten Jahr „haben die Versicherer begonnen zu lernen, mit mehr Volatilität zu leben“.

Denn sie begnügten sich nicht damit, ihre Preise zu erhöhen, sondern versuchten auch, ihr Nettoexposure gegenüber Naturkatastrophen zu reduzieren. So zog sich Scor aus den niedrigen Tranchen zurück, indem es Katastrophenereignisse mit einer Wiederkehrperiode von weniger als 1 über 10 Jahre nicht mehr abdeckte.

Mit der globalen Erwärmung werden kleinere Schäden, also „sekundäre Gefahren“, häufiger, und kosten viel Geld. Ohne sich aus der Deckung von Naturkatastrophen, die nach wie vor ihr Kerngeschäft ist, zurückzuziehen, haben die meisten beschlossen, die durch sekundäre Gefahren erzeugte Volatilität nicht mehr zu absorbieren. „Unsere Aufgabe ist es, schwere Schocks wie das jüngste Erdbeben in der Türkei abzufangen. Die Branche muss ein neues Gleichgewicht zwischen Rückversicherern und Versicherern sowie zwischen Versicherern und Versicherten finden“, betont Nikhil da Victoria Lobo von Swiss Re.

Mit anderen Worten: Auch die Versicherer werden ihre Preise an das Risiko anpassen oder selektiver vorgehen müssen, wenn sie nicht wollen, dass sich die Volatilität in ihren Büchern niederschlägt. So haben sich die Versicherer in Kalifornien oder Florida regelrecht aus dem Markt zurückgezogen und weigern sich, Neugeschäft im Bereich der Sachschäden anzunehmen.

WELT / WIRTSCHAFT & POLITIK: DREI NEUE MITGLIEDER FÜR DIE AIIB

Die Salomonen sind der von China unterstützten Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) beigetreten, wie "South China Morning Post" berichtet. Zudem zentralamerikanisches Land El Salvador Mitglied der Entwicklungsbank, das seine Beziehungen zu Beijing seit einigen Jahren vertieft. Auch Tansania wurde als potenzielles Mitglied aufgenommen. Der Gouverneursrat der AIIB genehmigte die Anträge während der achten Jahrestagung der Bank im ägyptischen Sharm el-Sheikh. Die drei künftigen Mitglieder werden offiziell beitreten, sobald sie die erforderlichen nationalen Verfahren abgeschlossen und die erste Kapitaltranche bei der Bank eingezahlt haben.

Mit den neuen Mitgliedern der AIIB steigt die Gesamtzahl der Länder auf 109. Die meisten davon befinden sich in Asien, aber die Bank hat auch Mitglieder außerhalb der Region, wie Großbritannien, Frankreich sowie Dutzende afrikanische Länder, darunter Algerien, Äthiopien, Ruanda und Ägypten.